

142. Sitzung

Mittwoch, den 27.03.2019

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Blechschmidt, DIE LINKE

12262

Aktuelle Stunde

12263

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Brexit: Eine Europäische Union ohne Großbritannien – mögliche Auswirkungen auf Thüringen“

12263

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 6/6971 -

Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

12263,
12264,
12265

Wucherpfennig, CDU

12265,
12275

Kubitzki, DIE LINKE

12265,
12266,

Rudy, AfD

12272, 12276

12267,
12268,

Marx, SPD

12268, 12268, 12272, 12272

12268

Tiefensee, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

12269

Ramelow, Ministerpräsident

12273

Höcke, AfD	12274
Fiedler, CDU	12275
Pelke, SPD	12275
b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Enteignung der Pflegebedürftigen in Thüringen stoppen – Notwendigkeit der Systemveränderung in der Pflegeversicherung“	12276
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 6/6978 -	
Kubitzki, DIE LINKE	12276, 12277
Thamm, CDU	12277, 12278
Pelke, SPD	12278
Herold, AfD	12279
Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12280
Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	12282
c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Hände weg vom Thüringer Wald – Keine Verschandelung unserer schönen Heimat durch Windkraftanlagen“	12283
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 6/6993 -	
Höcke, AfD	12283, 12291
Mühlbauer, SPD	12284, 12285
Harzer, DIE LINKE	12285, 12286, 12291, 12292
Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12286
Gruhner, CDU	12287
Möller, Staatssekretär	12289
d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Personalnot im Thüringer Justizvollzug – Situation der Vollzugsbeamten verbessern – Sicherheitsrisiken im Justizvollzug minimieren – mögliches Leitungsversagen des Thüringer Justizministers beenden“	12292

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 6/6998 -

Scherer, CDU	12292
Helmerich, SPD	12293
Möller, AfD	12294
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12294
Müller, DIE LINKE	12295, 12296, 12297
Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz	12297

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Thüringen stärken und medizinische Versorgung flächendeckend sicherstellen“ 12298

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 6/6999 -

Aussprache

Dr. Hartung, SPD	12298, 12308, 12309
Zippel, CDU	12299, 12307
Kubitzki, DIE LINKE	12301, 12302, 12307, 12308, 12308
Herold, AfD	12302, 12303, 12308
Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12303
Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	12304

Thüringer Gesetz für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (Thüringer Brexit-Übergangsgesetz – ThürBrexitÜG –) 12309

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 6/6553 -
dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 6/6579 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Ausschusses für Europa,
Kultur und Medien
- Drucksache 6/7001 -

ZWEITE BERATUNG

Die Beschlussempfehlung wird angenommen.

*Der Gesetzentwurf wird unter Berücksichtigung der Annahme der
Beschlussempfehlung in ZWEITER BERATUNG sowie in der
Schlussabstimmung jeweils angenommen.*

Blehschmidt, DIE LINKE

12309

**Erstes Gesetz zur Änderung
des Thüringer Ausführungsge-
setzes zum Gesetz zur vorläu-
figen Regelung des Rechts der
Industrie- und Handelskam-
mern**

12310

Gesetzentwurf der Landesregie-
rung

- Drucksache 6/6652 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Ausschusses für Wirt-
schaft und Wissenschaft
- Drucksache 6/6994 -

ZWEITE BERATUNG

*Der Gesetzentwurf wird in ZWEITER BERATUNG sowie in der
Schlussabstimmung jeweils angenommen.*

Wirkner, CDU

12310

Rudy, AfD

12310

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bühl, Diezel, Emde, Fiedler, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Dr. König, Kowalleck, Lehmann, Liebetau, Malsch, Meißner, Mohring, Primas, Rosin, Scherer, Schulze, Tasch, Thamm, Tischner, Prof. Dr. Voigt, Walk, Wirkner, Worm, Wucherpfennig, Zippel

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Engel, Hande, Harzer, Hausold, Jung, Kalich, König-Preuss, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Lukin, Dr. Martin-Gehl, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wagler, Wolf

Fraktion der SPD:

Becker, Dr. Hartung, Helmerich, Hey, Lehmann, Marx, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Scheerschmidt, Taubert, Warnecke

Fraktion der AfD:

Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Muhsal, Rudy

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Henfling, Kobelt, Müller, Pfefferlein, Rothe-Beinlich

fraktionslos:

Gentele, Krumpe, Reinholz

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Ramelow, die Minister Taubert, Holter, Keller, Lauinger, Maier, Tiefensee, Werner

Beginn: 14.01 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Zuschauer am Livestream sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Für diese Plenarsitzung hat als Schriftführerin neben mir Frau Abgeordnete Rosin Platz genommen. Die Redeliste führt Herr Abgeordneter Schaft.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Frau Abgeordnete Lieberknecht, Herr Abgeordneter Rietschel, Herr Minister Prof. Dr. Hoff und Frau Ministerin Taubert.

Gestatten Sie mir zu Beginn folgende allgemeine Hinweise: Der Ältestenrat hat gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung für Herrn Tassilo Klöppel, Auszubildender beim MDR, eine Dauerarbeitsgenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen im Plenarsaal erteilt.

Die Landesärztekammer Thüringen, der Verein Landeskrankenhausgesellschaft Thüringen e. V., die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen und die AOK Plus haben für heute zu einem parlamentarischen Abend eingeladen, der nach dem Ende der Plenarsitzung gegen 19.00 Uhr beginnen soll. Das Thema lautet: „Gemeinsam – Regional – Vernetzt“ – Herausforderungen der medizinischen Versorgung gemeinsam bewältigen“.

Die UNICEF-Arbeitsgruppe Erfurt führt morgen im Foyer ihren traditionellen Verkauf von Osterkarten sowie Grußkarten zugunsten der UNICEF-Kinderhilfsprojekte durch. Ebenfalls im Foyer präsentiert sich während der Plenarsitzung das Projekt „Weidewonne“. Dieses wird vom Ministerium für Umwelt, Energie, Naturschutz sowie der Stiftung DAVID getragen. Damit soll für die Landschaftspflege durch Thüringer Schäfer geworben werden.

Kommen wir zur Tagesordnung: Die Beschlussempfehlung zu Tagesordnungspunkt 4 hat die Drucksachennummer 6/6994 und zu Tagesordnungspunkt 18 die Drucksachennummer 6/6989.

Die Beschlussempfehlung zu Tagesordnungspunkt 2 hat die Drucksachennummer 6/7006 und zu Tagesordnungspunkt 3 die Drucksachennummer 6/7001.

Zu diesen Tagesordnungspunkten 2 und 3 haben die zuständigen Ausschüsse erst heute abschließend beraten. Die Beschlussempfehlungen können dadurch auch erst im Laufe des heutigen Tages be-

reitgestellt werden, sodass unter Einhaltung der Frist gemäß § 58 Abs. 1 der Geschäftsordnung die beiden Tagesordnungspunkte erst am Freitag zum Aufruf kommen können. Ein Aufruf davor setzt eine Fristverkürzung nach § 66 Abs. 1 der Geschäftsordnung voraus. Diese kann mit einfacher Mehrheit beschlossen werden.

Die Fraktionen waren im Ältestenrat übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 3 heute auf jeden Fall aufzurufen. Deshalb stimmen wir nun über die Fristverkürzung zur Beratung des Tagesordnungspunkts 3 in der heutigen Plenarsitzung ab. Erhebt sich Widerspruch gegen diese Fristverkürzung? Ich sehe, das ist nicht der Fall, dann würden wir so verfahren.

Die Tagesordnungspunkte 1 und 5 wurden in den zuständigen Ausschüssen noch nicht abschließend beraten und werden deshalb von der Tagesordnung abgesetzt.

Zu Tagesordnungspunkt 7 wurde eine zweite Neufassung des Gesetzentwurfs verteilt, zu Tagesordnungspunkt 18 wird ein Entschließungsantrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Drucksache 6/7005 verteilt.

Der Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses 6/3 zu Tagesordnungspunkt 19 hat die Drucksachennummer 6/6990.

Der Wahlvorschlag der Fraktion Die Linke zu Tagesordnungspunkt 20 hat die Drucksachennummer 6/7000.

Die Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU, Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu Tagesordnungspunkt 21 haben die Drucksachennummern 6/7002 und 6/7003.

Zur Fragestunde in Tagesordnungspunkt 22 kommen folgende Mündliche Anfragen hinzu: Drucksachen 6/6967, 6/6968, 6/6970, 6/6972, 6/6973, 6/6975, 6/6977 und 6/6992. Die Mündliche Anfrage in der Drucksache 6/6974 wurde von der Fragestellerin in eine Kleine Anfrage umgewandelt.

Die Landesregierung hat mitgeteilt, zu Tagesordnungspunkt 14 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Gibt es weitere Anmerkungen zur Tagesordnung? Bitte schön, Herr Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Namens der Koalitionsfraktionen beantrage ich drei Platzierungen. TOP 12 „Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019

(Abg. Blechschmidt)

und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften“ hätten wir gern als ersten TOP am Donnerstag. Den TOP 10 „Gesetz zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungsgesetzes“ würden wir gern am Freitag als zweiten TOP aufrufen. Anknüpfend an Ihre Worte, dass erst heute entsprechende Sitzungen in Ausschüssen stattgefunden haben, würden wir auf alle Fälle das „Thüringer Gesetz zur Beseitigung von Wahlrechtsausschlüssen“ erst am Freitag abarbeiten.

Präsidentin Diezel:

Gibt es weitere Anmerkungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann werden wir über diese Platzierungen abstimmen – als Erstes TOP 12 am Donnerstag als erster TOP. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie die fraktionslosen Abgeordneten. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Es enthält sich die Fraktion der AfD. Damit ist diese Platzierung so bestätigt.

Ich komme zur nächsten Platzierung: TOP 10 am Freitag als zweiten Tagesordnungspunkt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die fraktionslosen Abgeordneten, die Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Gibt es Gegenstimmen? Haben Sie zugestimmt?

(Zuruf Abg. Kießling, AfD: Ja, wir hatten zugestimmt!)

Also auch Zustimmung der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Dann ist dies so beschlossen.

Wir kommen zu dem Wunsch, Tagesordnungspunkt 2 auf jeden Fall am Freitag zu behandeln. Dann bitte ich jetzt um die Zustimmung für diese Platzierung. Das sind die fraktionslosen Abgeordneten, die Fraktionen der AfD, Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und Die Linke. Wer ist dagegen? Dagegen sind zwei Abgeordnete aus der CDU-Fraktion.

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE:
Das waren drei!)

Wer enthält sich? Es enthält sich die Mehrheit der CDU-Fraktion und Abgeordneter Reinholz. Damit ist diese Platzierung auch so bestätigt. Ich sehe keine weiteren Anmerkungen.

Dann treten wir in die Tagesordnung ein und ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**

Aktuelle Stunde

Alle Fraktionen haben jeweils ein Thema zur Aktuellen Stunde eingereicht. Jede Fraktion hat in der Aussprache eine Redezeit von 5 Minuten für dieses Thema. Die Redezeit der Landesregierung beträgt grundsätzlich 10 Minuten für jedes Thema. Bei fraktionslosen Abgeordneten beträgt die Gesamtredezeit in der Aktuellen Stunde 5 Minuten. Diese Gesamtredezeit kann durch einen fraktionslosen Abgeordneten auf die beantragten Themen zur Aktuellen Stunde aufgeteilt werden.

Hat die Landesregierung in einer ersten Wortmeldung eine Redezeit von mehr als 10 Minuten in der Aussprache zu einem Thema in Anspruch genommen bzw. ergreift sie erneut das Wort, so erhält jede Fraktion jeweils 2 Minuten Verlängerungszeit.

Gemäß § 27 Abs. 1 der Geschäftsordnung bestimmt die Präsidentin die Reihenfolge der Redner. Zwischenfragen sind nicht zulässig.

Ich rufe auf den **ersten Teil** der Aktuellen Stunde

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: „Brexit: Eine Europäische Union ohne Großbritannien – mögliche Auswirkungen auf Thüringen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 6/6971 -

Ich eröffne die Aussprache und als Erste hat Frau Abgeordnete Henfling das Wort.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne! Ganz ehrlich – ich weiß nicht, wie es Ihnen geht –, aber ich kann ein Wort nicht mehr hören und das ist „Brexit“.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit über zwei Jahren mit dem Ergebnis des Referendums in Großbritannien am 23. Juni 2016 wird die Welt in regelmäßigen Abständen über die Fortschritte oder besser gesagt die Nicht-Fortschritte der Brexit-Verhandlungen informiert.

Präsidentin Diezel:

Ich bitte doch um mehr Aufmerksamkeit.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Inzwischen lässt sich das Agieren der britischen Regierung und des britischen Unterhauses mit einem Wort beschreiben, nämlich: Chaos. In den letzten Monaten kam es immer wieder zu Abstimmungen, die das Wie des Brexit bestimmen sollten. Über den Austrittsvertrag, über den mit Brüssel nachverhandelten Austrittsvertrag, über einen Austritt ohne Vertrag, den sogenannten Hard Brexit oder über die Möglichkeit eines zweiten Referendums. Immer wieder stimmte die Mehrheit der britischen Abgeordneten dagegen. Wofür sie letztendlich sind, wie also ein mehrheitsfähiger Brexit tatsächlich aussehen könnte, ist auch zwei Tage vor dem eigentlichen Austrittstermin, nämlich am Freitag dieser Woche, offen. Heute Abend will das britische Unterhaus selbst ausloten, welcher Brexit eine Mehrheit in den eigenen Reihen finden würde. Noch immer stehen sieben Möglichkeiten im Raum: Das Austrittsabkommen von Theresa May, ein No-Deal-Brexit, ein zweites Brexit-Referendum, die Rücknahme des Austrittswunsches gegenüber der EU, ein Freihandelsabkommen mit der EU, ein Verbleib des Landes in der Zollunion oder ein Verbleib des Landes im Gemeinsamen Markt. Ob eine Verschiebung des Brexit-Austrittstermins auf den 12. April entscheidungsfördernd ist, wird sich zeigen.

Doch wie geht es eigentlich den Britinnen und Briten? Das Land ist gespalten, der Brexit treibt Keile zwischen Familien, zwischen Freundinnen und Kolleginnen. Da sind auf der einen Seite die Nationalistinnen, die der Europäischen Union schon immer kritisch gegenüberstanden, die einen zügigen Hard Brexit befürworten. Auf der anderen Seite sind die Pro-Europäerinnen, die die Zukunft eines weltoffenen, Wohlstand und Frieden sichernden Großbritanniens und einer geeinten und starken Europäischen Union sehen.

Lassen Sie mich einige Worte zum Referendum verlieren. Wie einleitend erwähnt, stimmte im Juli 2016 eine knappe Mehrheit, nämlich 52 Prozent, für den Austritt Großbritanniens und Nordirlands aus der Europäischen Union. Schaut man in einzelne Regionen, gibt es da unterschiedliche Abstimmungsverhalten. In England und Wales stimmte eine knappe Mehrheit für den Austritt, in Nordirland und Schottland hingegen stimmte die Mehrheit mit 56 und 62 Prozent für den Verbleib. Inzwischen, fast drei Jahre nach dem Referendum, werden kritische Stimmen immer lauter. Guy Verhofstadt, der Brexit-Verhandlungschef des EU-Parlaments, spricht davon, dass der Brexit gekauft und das Referendum manipuliert wurde. Dieser Auffassung

sind inzwischen viele Wissenschaftlerinnen, Journalistinnen und Politikerinnen. Das Gesicht der Anti-EU-Bewegung ist Nigel Farage, selbst britisches Mitglied im EU-Parlament. Farage erhielt für seine Brexit-Kampagne unter anderem von dem britischen Milliardär Arron Banks eine Million Pfund, die höchste Summe, die in der politischen Geschichte des Königreichs jemals gespendet worden ist. Hilfe gab es auch vom rechtspopulistischen Breitbart Network aus der USA und Steve Bannon, mit dessen Hilfe gezielt die sozialen Medien als Brandbeschleuniger genutzt wurden. Bannon war Vizepräsident von Cambridge Analytica, einem Unternehmen, welches 80 Millionen Menschen ausspionierte. Mit den gewonnenen Daten wurden Behauptungen auf die potenziellen Wählerinnen zugeschnitten, Propaganda wurde maßgeschneidert personalisiert verbreitet. Auf diese Weise wurde das demokratische Prinzip verändert, wurden demokratische Prozesse, wie öffentliche Debatten und Faktenüberprüfungen, untergraben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, warum sage ich das? Wir befinden uns in einem Superwahljahr, so nennen wir das ja immer gern. Am 26. Mai haben wir hier in Thüringen nicht nur die Kommunalwahlen, sondern auch die Wahl zum Europaparlament. Uns treibt tatsächlich um, wie momentan Stimmung gemacht wird, wie Politik gemacht wird. Ich glaube, das hat auch Auswirkungen auf Thüringen und deswegen hier auch unsere Aktuelle Stunde.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie erinnern sich alle an die Schreckensszenarien, die in Großbritannien an die Wand gemalt wurden, warum die Leute für einen Brexit stimmen sollten. Erinnern Sie sich an die Vote-Leave-Kampagne von Boris Johnson, die am Ende übrigens täglich 100.000 Pfund für, ich nenne es immer gern Propaganda ausgegeben hat. Inzwischen beschäftigt sich übrigens unter anderem die britische Justiz mit den Manipulationen, mit der Spionage und dem Verdacht, dubiose Spendengelder erhalten zu haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten in Thüringen und in Europa vergiften das Klima, sie wollen unsere Demokratie abschaffen und vor allen Dingen übernehmen sie dann am Ende keine Verantwortung dafür.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich bin sofort fertig, das ist mein letzter Satz.

Ich rufe im Namen auch meiner Fraktion alle Abgeordneten der demokratischen Fraktionen auf, in den nächsten Wochen dafür zu sorgen, dass wir das hohe Gut unserer Demokratie auch hier in Thüringen schützen und uns eben nicht darauf einlassen, was Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten hier versuchen. Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Als Nächster spricht Abgeordneter Wucherpfennig von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Wucherpfennig, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren, heute werden wir uns zweimal mit dem Thema „Brexit und seine Auswirkungen auf Thüringen“ beschäftigen. Diesbezüglich verweise ich auch auf den Tagesordnungspunkt 3, und heute Abend wird es im Europäischen Informationszentrum in der Staatskanzlei das sogenannte Europagespräch geben, auch zum Thema „Brexit“.

Unabhängig davon wird das Thema „Brexit“ auch schon seit zweieinhalb Jahren sinnvollerweise im Europaausschuss behandelt, aber auch ungeachtet dessen vermag kaum jemand in Europa die weitreichenden Folgen des Brexit für das Vereinigte Königreich und die Europäische Union vollumfänglich abschätzen zu können. Auf jeden Fall wird der Brexit und seine Auswirkungen ein höchst interessanter wissenschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsgegenstand verschiedenster Disziplinen sein. So interessant dieses auch sein mag, so höchst bedauerlich ist der Brexit für meine Fraktion und für mich als überzeugter Europäer.

(Beifall CDU)

Und am Ende – das wird die Zukunft zeigen, da bin ich mir ganz sicher – werden sowohl die Briten als auch die verbleibenden 27 Mitgliedstaaten der EU und ihre dann 320 NUTS-1- und NUTS-2-Regionen nicht gewinnen, sondern verlieren.

(Beifall CDU)

Auch an Thüringen werden diese Entwicklungen nicht spurlos vorübergehen. Die Massivität dieser Auswirkungen werden auch nicht vordergründig die Teilnehmer des Erasmus-plus-Programms spüren. Ich bin mir sicher, für die 50 Beteiligten aus Thüringen und die 37 aus Großbritannien wird eine Lö-

sung gefunden werden. In diesem Zusammenhang spreche ich von den sogenannten Notfallregelungen. Dieses wird wohl auch für 80 Thüringerinnen und Thüringer gelten, die 2017 ihren Wohnsitz von Thüringen nach Großbritannien verlegt haben.

Meine Damen, meine Herren, die mit dem Brexit verbundenen Folgen werden uns alle treffen. Dafür sprechen bereits die Zahlen, die Minister Tiefensee kürzlich vorgelegt hat. Danach ist Großbritannien für mehr als 270 Thüringer Betriebe mit einem Gesamthandelsvolumen von fast 2 Milliarden Euro der zweitwichtigste Handelspartner. Was das bedeutet, dürfte uns allen hier bewusst sein. Selbstverständlich muss der Brexit geregelt und fair verlaufen. Gleichwohl sollten wir sehr daran interessiert sein, auch nach einem unregelmäßigem Brexit intensive wirtschaftliche, soziale, kulturelle und sonstige Verbindungen mit Großbritannien zu erhalten, zu pflegen und weiterzuentwickeln.

Meine Damen, meine Herren, um die nur zum Teil absehbaren wirtschaftlichen Folgen für Thüringen und Deutschland insgesamt zu minimieren, setzen CDU und CSU in ihrem gerade verabschiedeten Europawahlprogramm auch auf die Gestaltung der künftigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, in deren Rahmen eine möglichst enge Anbindung der beiderseitigen Märkte angestrebt wird, ohne jedoch dabei die Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts zu gefährden.

Abschließend, meine Damen, meine Herren, gebe ich zu erkennen: Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen. Es wird Zeit, aus dem Brexit die möglichst richtigen Lehren zu ziehen, dann sollte, dürfte oder müsste die Friedens- und Wertegemeinschaft Europäische Union, der größte Binnenmarkt der Welt, hoffentlich auch eine gute Zukunft haben. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Aus der Fraktion Die Linke spricht jetzt Abgeordneter Kubitzki.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich wollte eigentlich so beginnen wie Frau Henfling: die unendliche Geschichte des Brexit. Und viele Menschen, mit denen man spricht, können das Wort „Brexit“ wirklich schon nicht mehr hören. Wir müssen aber auch anerkennen, dass der Entscheidung zum Brexit ein Referendum in Großbritannien vorangegangen ist, die Menschen abgestimmt haben und das Ergebnis so ist, wie es ist. Uns bleibt nichts

(Abg. Kubitzki)

anderes übrig – und das gehört dazu –, dass wir dieses Referendum erst einmal akzeptieren – mit allen Auswirkungen, die dieses Referendum hat.

Natürlich sollten wir nicht vergessen, warum das Referendum zustande gekommen ist: Weil ein konservativer Ministerpräsident Cameron seine Macht erhalten wollte, dann mit dem Feuer gespielt hat, die Meinung seiner Menschen im eigenen Land nicht kannte und dann dieses Referendum losgestoßen hat – unter dem Motto: „Das wird schon nicht schiefgehen!“ Es ist schiefgegangen, weil die Menschen so abgestimmt haben, wie es ist.

Eine Ursache für mich, dass die Abstimmung so war, wie sie eben stattgefunden hat, ist unter anderem auch die Angst der Briten vor ausländischen Bürgern. Aber nicht, wie vielleicht manche denken, vor denen, die aus Afrika kommen oder sonst woher. Nein: Angst vor EU-Bürgern. Zum Beispiel wissen wir alle, dass viele polnische Bürger in Großbritannien arbeiten und auch die Freizügigkeit wahrnehmen, die das europäische Recht ihnen gewährt, was eine gute Sache ist. Aber viele hatten dann Angst: Die nehmen uns die Arbeit und sonst was weg und dergleichen mehr. Und warum ist das so? Weil in Europa die soziale Frage innerhalb der EU nicht geklärt ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Das ist eigentlich die Hauptursache, dass dieses Referendum zustande gekommen ist. Und deshalb müssen wir auch die Ursachen für solche Sachen bekämpfen. Und deshalb fordern wir zum Beispiel: Wir brauchen in Europa soziale Standards, wir brauchen eine Angleichung der sozialen Sicherungssysteme und wir brauchen auch einen europäischen Mindestlohn! Schrittweise müssen wir dort hinkommen, damit die Freizügigkeit im Interesse der Menschen auch wirklich bewahrt werden kann. Wir sollten natürlich auch, wenn wir sagen, dass wir das Referendum akzeptieren – ich will jetzt gar nicht die Politik des Unterhauses beurteilen oder so was, was dort ist, Chaos, das wissen wir alle ...

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das steht Ihnen auch gar nicht zu!)

Aber natürlich hat das auch Auswirkungen auf Deutschland und auf uns. So gibt es eine Bertelsmann-Studie, die zum Beispiel errechnet hat, dass die Einkommensverluste nach dem Brexit – also nach einem harten Brexit – in Deutschland pro Jahr 10 Milliarden Euro betragen würden. Das heißt, statistisch berechnet hat jeder 115 Euro im Jahr weniger in der Tasche. In Großbritannien sind das 57 Milliarden Euro, das heißt 850 Euro pro Kopf. Das sind natürlich Zahlenspielereien, aber die drücken unter anderem aus: Jawohl, wir werden Nach-

teile haben und wir werden auch Verluste haben. Verlierer wird vor allem die Jugend sein. Die Jugend, die Erasmus-Programme wahrnehmen konnte, Studienaustausche gemacht hat, die wird der Verlierer sein, weil das zukünftig wegfällt. Deshalb gibt es jetzt erst einmal die Notfall-Lösung, dass zumindest die – und das kann man hier sagen –, die im Erasmus-Studium sind und das begonnen haben, das zu Ende führen können.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Verlierer werden auch wir hier in Thüringen sein, die einzelnen Betriebe mit Zollgebühren und dergleichen mehr. Aber es wird auch weniger Mittel im EU-Haushalt geben und damit auch weniger Mittel für Thüringen aus dem Kohäsionsfonds.

Und ein letztes Beispiel nach einem Gespräch gestern mit dem Apothekerverband: Besonders auch auf die Arzneimittelversorgung wird das Auswirkungen haben, weil der freie Arzneimittelhandel zwischen Großbritannien und Deutschland und der EU wegfallen wird. Es ist heutzutage so, dass in Großbritannien auch viele Ausgangsprodukte für Arzneimittel hergestellt werden. Das heißt, auf die muss ein Zoll erhoben werden, bis die hier reinkommen und dergleichen mehr. Damit kann auch die Gefahr bestehen, dass die Arzneimittel teurer werden.

Insgesamt kommt es aber jetzt darauf an, dass wir durch eine soziale und ökologische Politik innerhalb der EU – und die Politik wird durch die Mitgliedstaaten bestimmt – solche Faktoren wie Sozialneid, soziale Ungerechtigkeiten innerhalb der EU schrittweise beseitigen, damit nicht noch andere Länder eventuell auf die Idee kommen: Wir wollen uns mal trennen und machen unseren eigenen Mist. Diese Tendenzen gibt es, denen sollten wir entgegenwirken. Und wir werden spüren, was es bedeutet –

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

– wenn wir dann plötzlich allein sein müssen bzw. ein Land austritt. Ich danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Für die AfD-Fraktion spricht jetzt Herr Abgeordneter Rudy.

Abgeordneter Rudy, AfD:

Sehr geehrte Frau Parlamentspräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuschauer am Livestream oder am Fernseher! Die heutige Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Brexit: Eine Europäische Union ohne Großbritannien – mögliche Auswirkungen auf Thüringen“ können wir gestrost unter der Aktennotiz „Grüne Weltrettungsfantasien“ der berühmten Rundablage zuführen.

(Beifall AfD)

Vermutlich um von den katastrophalen Zuständen im grün verwalteten Justizressort abzulenken

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oder als Amtshilfe für die sonstigen überforderten Ressorts der Landesregierung – Stichwort „Bildungsmisere“ oder „Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ fallen mir da auf Anhieb ein – soll sich der Thüringer Landtag nun mit dem sogenannten Brexit befassen und womöglich hier in Erfurt die eierlegende Wollmilchsau finden, die im altherwürdigen House of Commons immer noch fleißig gesucht wird. Frei nach Claudia Roth, Cem Özdemir oder Anton Hofreiter: „Am grünen Wesen soll die Welt genesen!“

(Beifall AfD)

Lassen Sie uns also die Begründung für diese Aktuelle Stunde näher betrachten. Dort ist von Kritik am demokratischen Zustandekommen der Brexit-Entscheidung die Rede. Es wird auch behauptet, sogenannte Fake News hätten erheblich zur Entscheidungsfindung beigetragen. Unsere grünen Freunde von ganz links wissen also nicht nur, was besser für Europa ist, nein, sie wissen auch, dass 17.410.742 britische Wähler sich in erheblichem Maße von sogenannten Fake News in ihrer Ablehnung des „Bürokratiemolochs Europäische Union“ haben beeinflussen lassen. Und nicht nur das!

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Demokratiemoloch! Aber sonst geht's noch?)

Auch wenn Sie es in der Begründung für die Einbringung dieser Aktuellen Stunde nur am Rande erwähnen, wissen unsere grünen Freunde auch ganz genau, dass der Brexit, ob er kommt oder nicht,

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich bin übrigens nicht Ihre Freundin!)

ganz fürchterliche Auswirkungen auf Deutschland und auf Thüringen haben wird. Damit ist jedenfalls der Thüringen-Bezug hergestellt, der es uns allen

am heutigen Tag erlaubt, für jeweils 5 Minuten unsere Meinung zum Brexit kundzutun, und der es den Grünen erlaubt, Ängste zu schüren.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ängste schüren ist doch Ihr Job!)

Dabei dachte ich, dies sei unsere Aufgabe als böse, böse rechtspopulistische Fraktion. Bündnis 90/Die Grünen auf Abwegen!

(Beifall AfD)

Was wir in den letzten Tagen und Wochen in London und Brüssel erleben, ist jedenfalls der finale Beweis dafür, dass die Europäische Union mehr und mehr zu einer Sekte mutiert, aus der man zwar herauskommen kann, dafür aber teuer bezahlen und womöglich auch bluten muss. Von Anfang an stellte es die Europäische Schickeria aus seinerzeit noch Martin Schulz, inzwischen Jean-Claude Juncker, Michel Barnier und Guy Verhofstadt klar, man müsse die Wahl der Briten zwar widerwillig akzeptieren, man wolle ihnen das Leben aber nun möglichst schwer machen, um andere Völker und Nationen ja nicht auf die Idee zu bringen, Ähnliches zu wagen und über einen ebensolchen Austritt aus ihrer Sekte abzustimmen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wissen Sie, was Sie da sagen?)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Nein, er liest vor!)

Verbunden mit der Schwäche der britischen Premierministerin, die immer wieder öffentlichkeitswirksam auf die einzige Verhandlungsbasis verzichtete, die ihr zur Verfügung steht, nämlich den sogenannten No-Deal-Brexit, kam es, wie es kommen musste: Den Briten wurde ein Vertrag vorgelegt, der Großbritannien in einen Vasallenstaat der Europäischen Union verwandelt.

Wohl wissend, dass ein solcher Vertrag niemals vom britischen Unterhaus akzeptiert werden konnte,

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

werden von europäischer Seite parallel dazu Proteste befeuert und unterstützt, die ein zweites Referendum fordern, in der Hoffnung, dass das Volk nun so abstimmt, wie die europäische Führung es für richtig hält – nicht nur die europäische Führung, auch die Grünen und die Roten und die CDU. Wie schon beim Wahnsinnsprojekt der Europäischen Verfassung, wie schon beim Vertrag von Lissabon: Zur Not wird in Europa so lange und so oft gewählt und abgestimmt, bis das Ergebnis passt. Diesseits des Ärmelkanals werden dann von der staats- und

(Abg. Rudy)

regierungsnahen Bertelsmann Stiftung seltsame Studien kampagnenartig vorbereitet, die die gewagte Behauptung aufstellen, genau beziffern zu können, wie viel der Brexit jeden deutschen Arbeitnehmer kostet. Beweise dafür hat Bertelsmann – wie es so ist – nicht. Es handelt sich um Mutmaßungen und Hochrechnungen. Die gleiche Bertelsmann Stiftung behauptete 2017 übrigens noch, durch die Wahl Donald Trumps werde die Wirtschaftsleistung der USA langfristig um 2,3 Prozent reduziert und das Bruttoinlandsprodukt Amerikas um 415 Milliarden US-Dollar gesenkt.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Rudy, AfD:

Bitte?

Präsidentin Diezel:

Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Zwischenruf Abg. Skibbe, DIE LINKE: Na endlich!)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Ist gut so!)

Abgeordneter Rudy, AfD:

Ich bin gleich fertig. Wie sich aber die Wirtschafts- und Arbeitsmarktzahlen Amerikas tatsächlich entwickeln, können ...

Präsidentin Diezel:

Zu Ende. Bitte beenden Sie Ihren Satz.

Abgeordneter Rudy, AfD:

Ja. Okay. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Frau Abgeordnete Marx steht schon bereit. Bitte schön, Frau Abgeordnete Marx.

Abgeordnete Marx, SPD:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, es war eine sehr merkwürdige Rede – die armen Briten, die jetzt gar nicht raus dürften aus der EU. Ich vermisste in Ihrer Rede die wunderbaren Wohltaten, die dann sozusagen über die Briten hereinbrechen, wenn sie denn endlich draußen sind. Dazu haben Sie kein einziges Wort verloren. War-

um? Weil es diese Wohltaten nicht zu erkennen gibt.

Ja, es ist nämlich doch schwierig mit dem Brexit. Und was geht es uns Thüringer an, Kollegen? Freunde von mir haben neulich Konzertkarten gebucht im Sommer für ein super Konzert in England. Ich habe gesagt: Habt ihr euch denn schon gekümmert? – Wie? – Na ja, eventuelle Visa-Pflicht, euer EU-Führerschein gilt nicht, die europäische Krankenversicherungskarte nicht, Roaming-Gebühren fallen an und falls ihr ein Tier mitnehmen wolltet, ist das auch nicht so einfach – nur mal so im Kleinen. Das ist der Moloch Europa und wenn das da nicht mehr gilt, wird es schwierig, auch mit privaten Reisen.

Nach den Unterhaus-Debatten der letzten Wochen ist eigentlich gar nichts klar, weder wissen wir, wann es sozusagen zu einem Austritt kommt und wir wissen auch nicht, zu welchen Bedingungen. Das Austrittsdatum soll nicht der 29. sein, aber auch jedes andere konkrete Datum kennen wir nicht. Am 23. Juni, es ist schon gesagt worden, war eine hauchdünne Mehrheit der britischen Wähler für einen Austritt. Die Auswirkungen dieses Referendums sind bereits jetzt katastrophal. Die Heilsversprechungen der Brexit Tears erweisen sich als das, was sie immer gewesen sind, Großbritannien hat bei einem Austritt nur Nachteile zu erwarten, alles heiße Luft. Es droht Chaos bei Grenzkontrollen, bei der Erhebung von Zöllen, der Abwicklung von Import- und Exportgeschäften, darunter würde vor allem die Wirtschaft leiden, für die Großbritannien immerhin der viertwichtigste Export- und zweitwichtigste Importmarkt ist. Wir haben 270 thüringische Unternehmen, die Handelsbeziehungen nach Großbritannien unterhalten. Kollege Wucherpennig hat schon darauf hingewiesen, an 29 Unternehmen sind britische Investoren beteiligt. Aus der Sicht meiner Fraktion ist der Brexit schon jetzt ein Fehler von historischem Ausmaß. Er zeigt deutlich, welche Auswirkungen es haben kann, wenn sich politische Amtsträger, statt ihrer Verantwortung gerecht zu werden, ein vermeintlich demokratisches Referendum ausdenken. Es war ein Riesenfehler der britischen Regierung, ein solches Referendum anzubereiten, ohne darüber abstimmen zu lassen, was denn die Details eines solchen Austritts überhaupt sein sollen. Auf diese Weise wurde die Deutungshoheit dubiosen Kräften überlassen, die diese Gelegenheit genutzt haben. Das Brexit-Lager – darauf hat die Kollegin Henfling schon hingewiesen – hat im großen Stil Daten missbraucht, um Lügen zu verbreiten und damit die Wählerinnen und Wähler in Großbritannien zu manipulieren. Es wurden sogenannte Dark Ads und Dark Posts verwendet, also elektronische Nachrichtenanzeigen, die nur für den

(Abg. Marx)

Absender und den nach bestimmten Algorithmen definierten Empfänger sichtbar sind, um gezielt Falschmeldungen zu verbreiten. Das sind keine Gutmenschen-Gerüchte, sondern das war Gegenstand verschiedenster Untersuchungen. Das hat ein Aussteiger aus Cambridge Analytics genau so bestätigt und es ist auch ein Ergebnis des Digitalausschusses des Britischen Parlaments gewesen, der diese Kampagne näher unter die Lupe genommen hat. Inhalte dieser Posts, dieser personalisierten Posts, waren Halbwahrheiten und Lügen, wie zum Beispiel, die EU, die Europäische Union wolle den Briten die Teekessel verbieten oder die Behauptung, Großbritannien würde durch den Brexit 350 Millionen Pfund pro Woche sparen. Auch rassistisch motivierte Fake News fanden sich unter den Anzeigen, wie zum Beispiel die Falschmeldung, die EU wolle 76 Millionen Türken eine visa-freie Einreise nach Großbritannien ermöglichen. Der Brexit-Strategen Dominic Cummings hat sich bereits vor zwei Jahren damit gebrüstet, dass die von ihm geleitete Vote-Leave-Kampagne, also „Stimmen Sie für das Verlassen“-Kampagne, rund eine Milliarde solcher zielgerichteten Anzeigen versendet habe, und zwar vor allem in der letzten Woche vor der Abstimmung. Finanziert wurden dieser Datenmissbrauch und die teuren Kampagnen durch rechtsradikale Netzwerke mit zweifelhaften Unterstützern und mit dem Ziel, die Europäische Union zu spalten.

Das knappe Abstimmungsergebnis über den Brexit erscheint vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis in einem sehr zweifelhaften Licht. Das sehen nicht nur wir so, sondern auch etwa 1 Million Briten, die am vergangenen Samstag in London für ein zweites Referendum demonstriert haben. Es wäre im Interesse der EU und Großbritanniens, die Entscheidung über den Brexit noch einmal zu überdenken. Großbritannien und seine Menschen haben eine zweite Chance verdient. Die EU und die Regierung sollten deshalb alles tun, um ein zweites Brexit-Referendum – ein ehrliches – zu ermöglichen. Und ich kann allen Bürgerinnen und Bürgern hier heute nur zurufen: Bekennen Sie sich zu Europa, nehmen Sie im Mai an der Europawahl teil und geben Sie Ihre Stimme dann nicht den Hetzern und Rattenfängern, die vermeintlich einfache Lösungen vorgaukeln! Wohin es führt, wenn man solchen Leuten vertraut, kann man in Großbritannien deutlich sehen. Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Mir liegen keine Wortmeldungen seitens der Abgeordneten vor. Gibt es Wortmeldungen aus der Landesregierung? Bitte sehr, Herr Minister Tiefensee.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wo ist der Europaminister?)

Tiefensee, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, sehr verehrte Gäste! 23. Juni 2016: 52 Prozent der Briten stimmen für den Austritt. Wir wünschten uns ein anderes Ergebnis. Wir wünschten, dass Großbritannien in der EU bleibt, solidarisieren uns mit denjenigen, die am vergangenen Samstag vom Hyde Park zum Parlament gegangen sind und für einen weiteren Verbleib Großbritanniens in der EU demonstriert haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wir sind unlängst in Brüssel gewesen und haben mit der Stellvertreterin von Kommissar Barnier über den Brexit diskutiert. Wir wissen, dass es einerseits Falschinformationen gegeben hat – das ist breit ausgeführt worden –, andererseits – das ist noch nicht thematisiert worden – hat die Europäische Union es versäumt, diesen verbreiteten Lügen in aller Schärfe und Deutlichkeit entgegenzutreten. Wir müssen also daraus lernen, dass die Europäische Union mehr für sich werben muss. Deshalb steht am Anfang, auch mit Blick auf die Europawahl, meine Damen und Herren – diejenigen, die uns zuschauen –: Informieren Sie sich gründlich, nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr, es ist eine ganz entscheidende Wahl! Wir müssen denjenigen die Stimme geben, die dafür sorgen, dass es ein einheitliches, ein starkes und, Herr Kubitzki, auch ein soziales Europa gibt. Dafür stehen auch wir in der Regierung, damit die Europäische Union sich mehr auf ihre Vervollkommnung, auf ihre Entwicklung konzentrieren kann als auf Verhandlungen mit Großbritannien, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nach den konkreten Auswirkungen für Thüringen gefragt worden und deshalb, Herr Rudy bzw. Herr Höcke, verbietet sich in der Zukunft, dass Sie sich als Unterstützer des Mittelstands oder der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerieren, wenn Sie nicht interessiert, was ich jetzt an Zahlen vorlesen werde. Es gibt nämlich sehr konkrete Auswir-

(Minister Tiefensee)

kungen auf Thüringen, die wir im Blick behalten müssen – und nicht nur das –, auf die wir uns vorbereiten müssen. Und wer sich dafür nicht interessiert und das abtut, der hat das Recht verwirkt, für diese Klientel zu sprechen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach der Bertelsmann-Studie vom 24. März 2019 müsste sich Deutschland bei einem harten Brexit wohl auf einen Einkommensverlust von 9,5 Milliarden Euro jährlich einstellen, das entspräche 0,3 Prozent des BIP. Pro Kopf wären dies rein statistisch gesehen rund 115 Euro weniger. Nach Großbritannien selbst wäre demnach das exportorientierte Deutschland beim Bruttoeinkommen am stärksten belastet, gefolgt von Frankreich und Italien. Mitteldeutschland läge nach dieser Studie unter dem Durchschnitt, Sachsen würde mit Kosten von 101 bis 150 Euro pro Einwohner belastet, Thüringen und Sachsen-Anhalt mit 49 bis 101 Euro. Bei einem weichen Brexit würden die Verluste für Deutschland insgesamt jährlich rund 5 Milliarden Euro betragen, im Vereinigten Königreich dagegen 32 Milliarden Euro. Sachsen-Anhalt und Thüringen würden – merken Sie auf – auf 86 Millionen Euro verzichten müssen, Sachsen auf 157 Millionen Euro.

Das Vereinigte Königreich ist für die Thüringer Wirtschaft der fünfthöchste Exportpartner hinter China und vor Polen. Bei den Importen liegt Großbritannien hinter Polen an dritter Stelle. So importierten im vergangenen Jahr Thüringer Firmen Waren im Wert von 860 Millionen Euro, die Summe der Exporte in das Vereinigte Königreich lag bei 950 Milliarden Euro – Herr Wucherpfennig hat die Zahl schon in Summe vorgetragen –, sodass ein Handelsüberschuss von 90 Millionen Euro für das Jahr 2018 verzeichnet werden konnte. Rund – man merke auf – 270 Thüringer Unternehmen verkauften ihre Produkte und Dienstleistungen nach Großbritannien, laut der Landesentwicklungsgesellschaft sind an 30 Firmen britische Investoren beteiligt und im Vereinigten Königreich gibt es 10 Firmen mit Thüringer Beteiligung. Thüringer Exportschlager sind dabei hauptsächlich Auto- und Fahrzeugteile, Flugzeugteile, Maschinen und Kunststoffartikel.

Ich bin in der vergangenen Woche – nein, es war sogar diese Woche – bei N3 Engine Overhaul Services gewesen, habe mit Betriebsrat und Firmenchef diskutiert. Diese Firma macht allein 70 Prozent des Exportvolumens aus. Die gute Nachricht war, dass man keine wesentlichen Auswirkungen auf diese Firma durch den Brexit befürchtet. Laut IHK Erfurt befürchtet aber jedes zweite Unternehmen wegen des Brexit sinkende Ausfuhren, mögliche

Zölle und mehr Bürokratie. Auch die IHK Ostthüringen befürchtet, dass die zu erwartenden Handelshemmnisse vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen wirtschaftsbedrohliche Aufwände durch zusätzliche Regularien, vermehrte Kontrollen und lange Wartezeiten mit sich bringen könnten. Eine Umfrage der IHK Südthüringen ergab, dass der Brexit und seine Folgen für 28 Prozent der Firmen in der Region von Bedeutung sind. In der Industrie liegt der Anteil sogar bei 37 Prozent.

Großbritannien ist für Thüringen aber nicht nur ein Wirtschaftsfaktor, sondern es gibt auch in der Wissenschaft teilweise enge Bindungen. Etwa 200 Partnerschaften und Kontakte bestehen zwischen britischen und thüringischen Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten.

Meine Damen und Herren, die EU, der Bund und auch die deutschen Länder haben sich sowohl auf einen geregelten Austritt als auch auf einen No-Deal vorbereitet. Dabei werden die Vorbereitungen auf einen unregelmäßigen Brexit zunehmend intensiviert. Wie alle Länder ist auch der Freistaat Mitglied in der Bund-Länder-AG Brexit, die seit dem 14. September 2017 13-mal getagt hat. Die dort aufgeworfenen Fragen werden in die Ressorts gespiegelt und bilateral bzw. ressortübergreifend in einer frühzeitig ins Leben gerufenen Thüringer AG Brexit erörtert. Einen besonderen Informationsgewinn bringen auch die etwa alle 14 Tage erfolgenden telefonischen Briefings durch die vom Bundesrat bestellten Beauftragten für die Ratsarbeitsgruppe Brexit – das letzte hat am gestrigen Tag stattgefunden. Ein fachlicher Austausch erfolgt auch über die jeweiligen Fachministerkonferenzen und deren Untergremien.

In allen deutschen Ländern befassen sich ressortübergreifende Arbeitsgruppen mit dem Brexit. Es geht um spezifische Probleme. Darüber hinaus wurde beispielsweise in Hessen ein Runder Tisch „Flughafen“ und in Berlin wegen der zu erwartenden Antragsflut ein Online-Registrierungsverfahren für einbürgerungswillige Britinnen und Briten eingerichtet.

Das Kabinett hat am 20. Juli 2017 unter anderem folgende Thüringer Interessen in Bezug auf die zukünftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich definiert: erstens die weitere Förderung Thüringens aus den Europäischen Struktur- und Innovationsfonds – auch nach 2020 –, zweitens die größtmögliche Beschränkung von Zöllen und Handelsbarrieren, drittens die Beibehaltung der Arbeitnehmerfreizügigkeit, viertens den Schutz von deutschen Unternehmensbeteiligungen im Vereinigten Königreich, fünftens eine weiterhin enge Zusammenar-

(Minister Tiefensee)

beit in der Wissenschaft durch die Schaffung transparenter Rahmenbedingungen, sechstens eine größtmögliche Mobilität bei Bildung, Wissenschaft und Forschung, siebentens die Beibehaltung der gegenteiligen Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Qualifikationen, achtens die Gewährleistung von sozialen und medizinischen Dienstleistungen für deutsche Staatsbürger in Großbritannien, neuntens eine weiterhin enge Zusammenarbeit in polizeilichen Angelegenheiten, zehntens die Schaffung von großzügigen Übergangsregelungen nach dem Austritt, insbesondere im Bereich Justiz und Inneres, elftens einen klaren rechtlichen Status von britischen Tochterunternehmen in Deutschland und schließlich eine größtmögliche Sicherheit des Arzneimittelverkehrs zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU.

Diese Interessen wurden beispielsweise in der auswärtigen Kabinettsitzung – ich sprach die bilateralen Gespräche von Mitgliedern der Landesregierung in Brüssel an –, in den Fachministerkonferenzen, aber auch bei der Vorbereitung von Brexit-Beschlüssen des Bundesrats und des Ausschusses der Regionen artikuliert. Auch bei Gesprächen des Ministerpräsidenten mit Unternehmerinnen und Unternehmern im Rahmen etwa seiner Kreisbereisung wurde der Brexit immer wieder thematisiert. Die Thüringer Vertretung in Brüssel und das Europäische Informationszentrum haben einen engen Kontakt mit der Kommission. Entsprechende Veranstaltungen wurden angestoßen bzw. organisiert. Im Sommer 2018 wurde ein Screening des gesamten Landesrechts durchgeführt, um einen möglichen brexitbedingten Anpassungsbedarf zu identifizieren. Dies haben auch die anderen Bundesländer und der Bund getan. Ein quasi Produkt dieser Untersuchungen sind die Brexitübergangsgesetze von Bund und Ländern. Sie werden ja heute noch Vorsorge treffen für den Fall, dass der Austrittsvertrag doch noch vom britischen Unterhaus gebilligt wird, und das Thüringer Brexit-Übergangsgesetz diskutieren und verabschieden. Für den Fall des No-Deal plant kein deutsches Bundesland gesetzgeberische Maßnahmen. Hier reichen die auf EU- und Bundesebene verabschiedeten Gesetze aus. Die Länder haben sich auch versprochen, einen Wettlauf etwa um britische Ansiedlungen oder Arbeitskräfte zu unterlassen. Themenfelder, bei denen Thüringen von einem No-Deal im Vergleich zu anderen Ländern besonders betroffen wäre, wurden nicht identifiziert. Allerdings wurden brexitrelevante Maßnahmen beispielsweise in folgenden Bereichen ergriffen: im Geschäftsbereich meiner Kollegin Werner bei der Pharmazie und den akademischen Heilberufen. Beim Kollegen Lauinger wurden insbesondere aufenthaltsrechtliche Fragestellungen im Hinblick auf

die hier lebenden Britinnen und Briten geprüft. Beim Kollegen Maier ist vor allem in den Bereichen Beamtenstatusrecht und Kommunalwahlrecht Aktivität notwendig. Frau Taubert hat sich intensiver mit dem Verwaltungskostenrecht befasst. Aufgrund des unsicheren Ausgangs des Prozesses und der jeweils individuell spezifischen Betroffenheit der Unternehmen hat mein Haus in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer eine sogenannte Brexit-Checkliste erarbeitet, damit sich Unternehmen ein Bild darüber machen können, inwiefern sie möglicherweise von einem Brexit betroffen sind.

Mein Haus steht darüber hinaus in ständigem Austausch auch mit der Landesentwicklungsgesellschaft zum Thema „Brexit“, wobei die LEG sowohl im Inland als auch im Vereinigten Königreich Kontakt mit Unternehmen hält. Mein Haus und die LEG beabsichtigen, die Kommunikation bzw. den Dialog mit der Wirtschaft bzw. den Unternehmen weiter zu intensivieren, um auch mögliche Maßnahmen und Handlungsfelder zusätzlich zum Vorteil der Thüringer Wirtschaft zu identifizieren. Im Hochschulbereich nimmt mein Haus vorwiegend informative Funktionen wahr. Auch im internationalen Hochschulbereich, zum Beispiel bei Auswirkungen auf Lernmobilitätsmaßnahmen – Erasmus+, Horizont 2020 usw. –, übernimmt mein Haus eine Mittlerfunktion, indem man zum Beispiel im Vorfeld des Brexit die Hochschulen zu den erwarteten Auswirkungen des Brexit befragt.

Meine Damen und Herren, egal, wie das Ganze ausgeht, es bleibt festzustellen, dass die EU, der Bund, die deutschen Länder und damit auch Thüringen alles unternommen haben, um so gut wie möglich auf den Brexit vorbereitet zu sein. Positiv ist, dass alle EU-Staaten Schulter an Schulter stehen und wir uns gemeinsam auf das Kommende vorbereiten. Es bleibt dennoch die Hoffnung, dass es vielleicht doch nicht ganz so schlimm kommt. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Minister. Da die Landesregierung die Redezeit von 10 Minuten überschritten hat, besteht jetzt die Möglichkeit für die Fraktionen, jeweils noch 2 Minuten Redezeit zu beanspruchen. Bitte, Herr Rudy.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Der liest jetzt seine letzten zwei Seiten vor!)

Bitte schön, Sie wünschen das Wort, Herr Rudy?

(Zuruf Abg. Rudy, AfD: Jawohl!)

(Präsidentin Diezel)

2 Minuten, Herr Rudy.

(Zuruf Abg. Rudy, AfD: Da muss ich mich aber beeilen, um alles zu schaffen!)

Abgeordneter Rudy, AfD:

Ich möchte jetzt gerade mal weitermachen, wo ich vorhin aufgehört habe.

(Heiterkeit DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem gibt es natürlich etwas – Herr Tiefensee hat da einiges erwähnt über diese Bertelsmann Stiftung. Darauf möchte ich auch eingehen. Da gibt es diese vergleichbare Studie der Bertelsmann Stiftung über die Verluste der Deutschen durch die Nullzins- und Enteignungspolitik der Europäischen Zentralbank von Mario Draghi. Da gibt es gar nichts. Aber Sie wollen wissen, welche Verluste die deutschen Bürger da –

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Was haben Sie denn für einen Verlust im Kopf?)

Bitte stören Sie mich hier nicht. Ich habe noch 2 Minuten.

Präsidentin Diezel:

Frau König-Preuss, ich rüge Ihre Aussage.

Abgeordneter Rudy, AfD:

Allein im letzten Jahr verloren deutsche Sparer 38,9 Milliarden Euro durch die Nullzinspolitik. Das wären pro Bundesbürger 486 Euro, weit mehr als die angeblichen Brexit-Kosten,

(Beifall AfD)

die überhaupt nicht bewiesen sind. Und von wem die Bertelsmann-Studie wohl bezahlt worden ist, das kann man sich ja ausrechnen. Lassen wir uns also nicht beirren, schon gar nicht von grün-fundamentalistischer Seite. Es ist zwar schade um die Briten, da sie innerhalb der Europäischen Union doch immer eine bremsende Stimme der Vernunft waren, wenn Eurokraten wieder mit ihren Allmachtphantasien auffielen und die europäischen Nationalstaaten am liebsten gestern als heute zugunsten des europäischen Superstaats auflösen wollen. Die Wahrheit ist aber, dass die Sonne für die Thüringer Wirtschaft auch bei einem vermeintlich unregelmäßigen Brexit weiter jeden Tag aufgehen wird. Es greift dann die internationale Handelsordnung der WHO. Von Anarchie kann also beim besten Willen nicht die Rede sein. Beide Seiten – die EU und Großbritannien – haben großes Interesse an einer Weiter-

führung der wirtschaftlichen Beziehungen. Der Brexit dürfte sogar eher ein Anlass für den Abbau bestimmter Handelshemmnisse sein und sich langfristig positiv auf unsere Wirtschaftsentwicklung auswirken. Darauf können und sollen wir uns als Gesetzgeber einsetzen und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank, hat genau gepasst.

(Beifall AfD)

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: In welcher Welt leben Sie denn?)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Herr Abgeordneter Kubitzki von der Fraktion Die Linke hat sich zu Wort gemeldet, auch hier 2 Minuten.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Also ich glaube, Herr Rudy, für Sie ist die Erde eine Scheibe, also nach diesen Worten jetzt bleibt mir nichts anderes übrig. Es wird keine Handelseinschränkungen geben – sagen Sie mal, in welcher Welt leben Sie denn? Haben Sie überhaupt was begriffen? Es werden Zölle erhoben werden, es werden Handelsverträge nicht mehr gültig sein, damit werden sich die Preise verteuern. Die deutsche Wirtschaft ist auf Export ausgerichtet, was ein großes Problem ist. Das wird sich aber auswirken, weil nämlich unsere Ausfuhren für die britischen Bürger teurer werden und damit vielleicht auch nicht mehr so viele Produkte aus Deutschland angenommen werden. Die Einfuhr von Arzneimitteln wird mit Zoll belegt sein, das haben wir vorhin alles gesagt. Also für Sie ist die Erde eine Scheibe. Und dann behaupten Sie hier, das hat keine Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen mit Großbritannien. Das ist einfach falsch.

Und Thüringen wird weniger Mittel innerhalb des Kohäsionsfonds bekommen, allein weil 10 Milliarden Euro – mehr sogar noch, ich habe jetzt die Zahlen nicht im Kopf – Mittel im EU-Haushalt fehlen werden. Das wird sich auf die 27 restlichen Staaten auswirken – aber der Brexit hat keine Auswirkungen auf Europa für Sie, weil Sie in Ihrer nationalen Kiste denken und nicht global denken können. Aber das hat auch was mit Bildung zu tun, Herr Rudy. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Rudy, AfD: Tatsachenverdrehung!)

Präsidentin Diezel:

Es hat sich der Ministerpräsident Herr Ramelow zu Wort gemeldet. Bitte schön.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Noch 2 Minuten!)

Ramelow, Ministerpräsident:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kollege Fiedler hat gefragt, wo der Europaminister ist, ich will das gerne erläutern. Der ist bei der Europaministersitzung.

(Beifall DIE LINKE)

Und wie wir gerade gehört haben, hat der Kollege Tiefensee zu Recht zwei der zentralsten Themen angesprochen, nämlich den Bereich Wirtschaft und den Bereich Hochschule. Deswegen war es selbstverständlich, dass der Europaminister durch den Wirtschaftsminister und Universitäts- und Hochschulminister vertreten wird, weil dort die Auswirkungen am konkretesten sind.

Aber was ich eben gehört habe, dass wir mehr einzahlen als wir bekommen, wir in Thüringen – wir sind hier im Thüringer Landtag, ich will es nur mal erwähnen, weil offenkundig einige hier es gar nicht mehr wissen,

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Deutschland gesamt war gemeint!)

dass wir eines der Bundesländer sind, die darauf angewiesen sind, dass die europäischen Gelder bei uns wirksam angelegt werden, in unseren Gemeinden, in unseren Sozialprojekten. ESF- und EFRE-Mittel sind die Gelder, die wir dringend brauchen und die unsere Wirtschaft braucht und auf die wir angewiesen sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Falls es auch die Kollegen noch nicht verstanden haben: Wir erhöhen gerade den Eigenfinanzierungsanteil unseres Landes beim Haushalt von 64 Prozent auf 67 Prozent. Aber offenkundig hört eine Fraktion schlicht und einfach in den Haushaltsberatungen nicht zu. 67 Prozent sind noch nicht 100 Prozent. Also wir scheinen nicht diejenigen zu sein, die einzahlen. Wir sind aber diejenigen, die davon direkt profitieren. Deswegen bin ich auch der CDU-Fraktion sehr dankbar, dass so deutlich wird, dass wir alle zusammenstehen, wenn es um das Europäische Haus geht, weil das Europäische Haus unsere Heimat ist. Und in dieser Heimat haben unser Land und unsere Firmen immerhin in 62 Fällen die Weltmarktführung oder die europäische Marktführung. Das heißt, unsere Firmen sind

darauf angewiesen, dass die Märkte für uns erreichbar sind. Und wenn man versucht, das mit Füßen zu treten, weil man ein politisches Konstrukt in seinem Kopf hat, weil man von einem Superstaat schwafelt und gar nicht zur Kenntnis nimmt, welche wirtschaftliche Potenz für Thüringen daran hängt, dass der europäische Markt für uns erreichbar ist, dann gruselt es mich einfach.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Und meine Damen und Herren, dass wir Panik machen würden, Herr Rudy, das nehme ich Ihnen übel. Ich will Ihnen mal ein ganz einfaches Beispiel nennen: In der Nacht der Abstimmung haben wir in zwei Betrieben in Thüringen eine konkrete Auswirkung gehabt, die Sie nicht mal zur Kenntnis genommen zu haben scheinen. Das zeigt mir, wie viel Sie von unserem Land wissen oder verstehen. Opel in Eisenach hat in dieser Nacht die gesamte Vauxhall-Produktion verloren, weil der Vauxhall in englischen Pfund abgerechnet wird und in Deutschland produziert worden ist. Ab dieser Stunde, ab dem sich in England die Entscheidung abzeichnete, ist die Währungsparität radikal auseinandergegangen und der Vauxhall war in Eisenach nicht mehr zu produzieren. Die Nachtschicht, die gerade mühselig aufgebaut worden ist, haben wir in der Nacht verloren und es war ein Riesenproblem.

Jetzt kann man sagen: Was schert uns denn Opel? Vielleicht ist das die Sicht der AfD. Mich schert aber, was das mit den Menschen in Eisenach und im Wartburgkreis macht. Und wenn ich dann auf der Gesamtübersicht sehe, dass der Wartburgkreis aufgrund der Handels- und Lieferbeziehungen einer der zehn am stärksten betroffenen Kreise sein wird, wenn es einen kalten Brexit gibt, dann will ich mal sagen: BMW produziert in Eisenach die gesamten Werkzeuge für alle BMW-Werke in Europa. Ein Teil davon geht direkt nach England, der wird nicht mehr veräußerbar sein. Und damit haben wir ein zweites Thema, wo wir direkt spüren werden, dass eine Hochleistung von Thüringerinnen und Thüringern auf einmal nicht mehr abgenommen werden kann.

Ein drittes ist Dr. Schär in Apolda. Es muss Ihnen ja nicht bekannt sein, aber Dr. Schär produziert glutenfreies Brot und Backwaren in Thüringen und beliefert aus Apolda den gesamten englischen Markt. In der Nacht der Entscheidung ist auf einmal die Kalkulation für Dr. Schär fast nicht mehr darstellbar gewesen. Und Dr. Schär berichtete mir, dass sie es nur unter ganz großen Mühen geschafft haben, in der Produktpalette zu bleiben. Also einfach zu sagen, da gäbe es gar keine Auswirkungen!

(Ministerpräsident Ramelow)

Und eine letzte Bemerkung: In Nordhausen gab es eine Fabrik, eine Firma, die sich darauf spezialisiert hat, Batterien herzustellen. Diese Batterien sollten genutzt werden, um in England Black Cabs – schwarze Taxis – auf Elektrobasis herzustellen, weil die ohne Maut in die Stadt London einfahren durften oder hätten sollen, und Nordhausen wäre der zentrale Player dabei gewesen. Wir waren froh, als wir die Firma besucht und mit denen über ihre Zukunft geredet haben, dass es einen englischen Investor gab, der gesagt hat: Die Nordhäuser Batteriefirma ist unser Herzstück für das, was wir vorhaben. Kaum war die Brexit-Entscheidung gefallen, haben sich die Investoren zurückgezogen und die Nordhäuser Firma musste Insolvenz anmelden.

Ich finde, das sind alles keine guten Aussichten. Thüringen ist Teil Europas und Thüringen ist ein starker Player in Europa. Um es noch mal anders zu sagen: Nach der Wende – das mag ja auch nicht jedem richtig passen, wenn ich das so sage – waren die westdeutschen Märkte zu. Und auf westdeutschen Märkten hatten wir auf einmal Konzernentscheidungen, wann man den ostdeutschen Mitbewerber vom Markt genommen hat. Insoweit war es gut und richtig, dass sich die Thüringerinnen und Thüringer als Unternehmer aufgemacht, den europäischen Markt durchdrungen und gesagt haben: Das ist unser Zuhause. Deswegen haben wir 62 Europa- und Weltmarktführer. Denen dann zu sagen, ein Teil, nämlich der zweitwichtigste Partner in Europa, sei aus Gründen der Freiheit und aus Gründen eines Signals gegen den Superstaat in Brüssel zu Recht ausgeschieden – wer so eine Weltsicht hat, der will die Grenzen wieder ganz hoch haben, der will hohe Zäune haben.

Meine Damen und Herren, mit unseren Menschen in diesem Land sollten wir gegen solche apokalyptischen Reiter immer ein klares Stoppschild setzen. Vielen Dank.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Abgeordneter Höcke?

(Zuruf Abg. Höcke, AfD: Habe ich noch Redezeit?)

Ja. Ich sage die Redezeiten für alle Fraktionen an: Die AfD 2 Minuten, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 4 Minuten, SPD 4 Minuten, CDU 5 Minuten und Die Linke 2 Minuten und 30 Sekunden. Zur Erläuterung: Das hängt damit zusammen, dass die Regierung zweimal das Wort hatte.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ich denke, wir sind gut beraten, das Schwarz-weiß-Denken von hier vorn nicht noch zu befördern. Das ist mein Ansatz und das sollte auch Ihr Ansatz sein, sehr geehrter Herr Ramelow.

(Heiterkeit DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Kollege Rudy hat darauf hingewiesen und ich möchte das auch noch einmal verdeutlichen, dass wir neben der Mikroebene auch immer die volkswirtschaftliche Makroebene betrachten müssen. Noch einmal, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete: In der Zeit, als es die EWG noch gab, hat Europa besser funktioniert als jetzt. Die Konflikte sind mit dem weiteren Integrationsprozess in Europa nicht weniger geworden, sondern leider mehr geworden. Das ist ein Faktum.

(Beifall AfD)

Zudem hat Herr Rudy vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, dass die deutschen Sparer durch die Niedrigzinspolitik, die für Ihr Ideologiestück namens Euro angewandt werden muss, tatsächlich enteignet werden. 400 Milliarden Zinsverlust sind keine Peanuts, sondern eine enorme Belastung für den „kleinen Mann“, vor allen Dingen in Deutschland.

(Beifall AfD)

Last but not least, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, müssen wir jedes Jahr etwa 30 Milliarden Euro von Deutschland nach EU/Brüssel überweisen – 30 Milliarden Euro. Davon bekommen wir 15 Milliarden Euro zurück. Was wäre denn, wenn dieses Geld nicht erst von Berlin nach Brüssel überwiesen würde, sondern von Berlin direkt nach Thüringen, von Berlin nach Sachsen, von Berlin nach Brandenburg?

(Beifall AfD)

Dann könnten wir uns den Unterhalt des Bürokratenmolochs in Brüssel tatsächlich sparen. Das wäre ökonomischer. Das wäre intelligenter. Das wäre eine Politik des gesunden Menschenverstands. Ich danke Ihnen.

(Beifall AfD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Zuruf Abg. Fiedler, CDU: Hier!)

(Präsidentin Diezel)

Bitte, Herr Abgeordneter Fiedler, das waren 5 Minuten.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren, keine Angst, ich will hier keine Volksreden halten, aber eins will ich mal festhalten: Wenn wir alles nur noch in Geld rechnen wollen – Wo sparen wir? Wo kriegen wir? –, die EU besteht doch auch aus anderen Dingen. Wir haben es hingekriegt, dass wir Frieden im Land haben, dass wir überhaupt als EU existieren. Das war der Grundgedanke von Helmut Kohl, Adenauer und Co., die das auf den Weg gebracht haben.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Nie war Europa zerrissener als heute!)

Da können Sie abwinken, wie Sie wollen, Herr Höcke, Sie sind ein Ewiggestriger! Sie werden es nie merken! Es gehört auch dazu, dass wir Frieden in Europa haben

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dass wir zusammen stehen gegen China und andere Großplayer, gegen Trump und Co., wenn es sein muss. Immer nur Ihr Zeug hier vorzutragen – Sie reden schwarz-weiß. Da nehme ich ausnahmsweise einmal den Herrn Ministerpräsidenten in Schutz. Sie reden schwarz-weiß und nichts anderes. Sie haben es nicht kapiert.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Rudy, AfD: Ihr redet schwarz-weiß!)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Es spricht jetzt Frau Abgeordnete Pelke für die SPD-Fraktion. 4 Minuten, Frau Pelke.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch aus Sicht meiner Fraktion will ich noch mal klarstellen und mich auch den Worten von Kollegen Fiedler anschließen: Es geht bei Europa auch, aber nicht nur um Geld. Aus unserer Sicht ist die europäische Gemeinschaft eine Wertegemeinschaft. Werte, die Sie, Herr Höcke, wahrscheinlich nicht verstehen.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich hier herstellen und sagen, zu EWG-Zeiten war alles schöner. Ja, da gab es noch Kühlenkampf im Fernsehen, jawohl.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er würde sich im Grab umdrehen, wenn er wüsste, was Sie heute hier losgelassen haben, weil er selbst ein großer Europäer war. Da bleibt mir wirklich – sehen Sie es mir bitte nach, aber ich muss auch diese ironische Bemerkung hier bitte von diesem Pult im Namen meiner Fraktion noch einmal loslassen. Wir leben auf keiner Insel, auch wenn Sie das gern hätten. Sie können sich aber gern eine kaufen und mitsamt Ihrer AfD auf die Insel gehen und dort bleiben. Ganz herzlichen Dank!

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Frau Abgeordnete. Herr Wucherpfennig von der Fraktion der CDU hätte gern noch das Wort und er hat noch 4 Minuten.

Abgeordneter Wucherpfennig, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren, ich hatte bereits in meiner kurzen Rede gesagt, dass die Europäische Union eine Werte- und Friedensgemeinschaft ist.

(Beifall CDU)

Das kann ich auch jetzt einfach nur noch einmal unterstreichen. Unabhängig davon ist ja das Thema „Geld“ hier auch in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt; dazu kann ich sagen: Durch die EU 28 oder demnächst EU 27 sind wir der größte Binnenmarkt der Welt geworden.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur Deutschland würde überhaupt gar nicht wahrgenommen werden auf diesem weltweiten Binnenmarkt. Das ist das eine. Und das andere: Deutschland als größter Nettozahler. Natürlich sind wir der größte Nettozahler in die Europäische Union, aber wir sind auch die größten Profiteure von dieser Einzahlung.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wollte ich zur Versachlichung der Diskussion noch sagen. Vielen Dank.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kubitzki, bitte schön.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Gerade wir als Thüringer haben nach 1989 der EU sehr viel zu verdanken. Wir hätten es nämlich nicht geschafft,

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: So ist es!)

so eine soziale Infrastruktur aufzubauen und kleine und mittelständische Betriebe aufzubauen. Wir hätten nach 1989 eine Arbeitslosigkeit gehabt, die wäre jenseits von Gut und Böse gewesen. Dank der Mittel von ESF, dank EFRE-Mittel konnte diese Arbeitslosigkeit verhältnismäßig niedrig gehalten werden, und vor allem hat diese Förderung ESF dazu beigetragen, dass viele aus dem damals sogenannten zweiten Arbeitsmarkt einen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben. Und das waren EU-Mittel und da haben – und da sind wir bei Wertegemeinschaft und nicht bei Geld –

(Unruhe AfD)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Aber dennoch immer mit deutschem Steuergeld!)

nämlich die europäischen Staaten Solidarität auch mit den schwachen Regionen bei uns hier in Ostdeutschland geübt, und das hat was mit Wertegemeinschaft zu tun.

Für mich gibt es heute eine ganz tolle Erkenntnis, dass nämlich ab diesem Gang hier in diesem Haus die Europäer sitzen, und wir sollten gerade auch in Vorbereitung der Europawahlen bei unserer Meinung bleiben und wir sollten uns in diesem Haus auch weiter als Europäer darstellen, vor allem aber auch draußen gegenüber den Thüringerinnen und Thüringern.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Und die Norweger sind keine Europäer und die Schweizer sind keine Europäer oder was?)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann schließe ich den ersten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **zweiten Teil**

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum**Thema: „Enteignung der Pflegebedürftigen in Thüringen stoppen – Notwendigkeit der Systemveränderung in der Pflegeversicherung“**

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 6/6978 -

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubitzki das Wort.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur am Rande: Ich komme noch öfter heute.

Wir stellen zurzeit bei Gesprächen mit Menschen – in der Presse wird das dargestellt, aber auch bei Gesprächen, die im Wahlbüro geführt werden – fest, dass besonders Bewohner von Altenheimen jetzt neue Pflegevereinbarungen bekommen und dass ihre Beiträge für die Unterbringung im Heim bzw. Pflege im Heim teurer werden, dass sie mehr bezahlen müssen. Das Gleiche trifft auch auf Menschen zu, die ambulant betreut werden; auch hier steigen die Zuzahlungen. Es ist ja bekannt, dass ich in meiner Trägerschaft Pflegedienste habe. Selbst wir haben jetzt neue Pflegeverträge mit unseren Pflegebedürftigen abgeschlossen und die Erhöhung der Zuzahlung betrifft je nach Pflegegrad teilweise bis 250 Euro mehr. Warum ist das so gekommen? Weil wir zum Beispiel Pflegesatzverhandlungen mit den Krankenkassen geführt haben, im Interesse, dass unsere Pflegekräfte mehr Geld für ihre Arbeit bekommen. Es ist ja in diesem Land gesellschaftlicher Konsens, dass die Pflegekräfte eine angemessene, ihrer Arbeit entsprechende gerechte Vergütung bekommen sollen. Das wollen wir alle und das wird überall bekundet. Und hier an dieser Stelle habe ich schon öfter gesagt: Aber wie das System funktioniert, bezahlen das nicht die Pflegekassen – diese Gehaltserhöhung und die Lohnerhöhung für die Pflegekräfte –, sondern diese Erhöhung müssen die Pflegebedürftigen bezahlen. Und können die das nicht, bezahlen das die Kommunen.

Ursache dafür ist, dass die Pflegeversicherung eine sogenannte Teilversicherung ist, manche sagen auch, es ist eine Teilkaskoversicherung. Das heißt, die Deckelbeträge für die Pflegenden bleiben gleich, wird etwas erhöht, zahlen es die Betroffenen selbst. Und das ist nicht nur wegen der Gehaltserhöhungen für unsere Pflegekräfte so, sondern privat muss auch noch die Umlage für die Ausbildungsvergütung bezahlt werden. Wenn eine Pflegeeinrichtung ausbildet, werden eigentlich die Pflegebedürftigen in der Einrichtung bestraft, weil die

(Abg. Kubitzki)

mit einer Umlage die Ausbildungsvergütung bezahlen müssen. Und es werden von den Pflegebedürftigen sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich Investitionskosten verlangt und eine Investitionsumlage. Das heißt, mit diesem System werden unsere Pflegebedürftigen enteignet – und das kann es nicht sein, da brauchen wir einen Systemwechsel. Der Systemwechsel kann nur darin bestehen, dass aus der Pflegeversicherung – aus dieser Teilversicherung – eine Vollversicherung wird.

(Beifall DIE LINKE)

Da wird gleich wieder die nächste Frage kommen: Vollversicherung bedeutet mehr Geld, wo nehmen wir das Geld her? Ja, da müssen wir uns alle tief in die Augen schauen: Entweder Beitragserhöhung oder – was wir favorisieren – wir bauen das System der Pflegeversicherung auf der Grundlage einer Bürgerversicherung auf. Jeder, der Einkommen erzielt, zahlt in diese Versicherung ein, ebenfalls die Beamten, Politiker und so weiter, damit mehr Geld in die Pflegekasse reinkommt. Oder wir müssen das System steuerfinanzieren. Nur das sind die Auswege aus der Krise, in der die Pflege zurzeit ist. Was Herr Spahn jetzt vorschlägt, die Deckelung der Eigenanteile und dergleichen mehr, das ist aus unserer Sicht nicht weit genug gegriffen, das ist Kosmetik am System. Wir brauchen eine grundsätzliche Veränderung.

An dieser Stelle muss ich natürlich auch sagen: Die Krankenkassen bezahlen keinen müden Pfennig mehr. Und wenn sich die Kassen aber hinstellen – und das habe ich selbst erlebt: Wenn sich der Chefunterhändler oder Chefverhandler, der extra aus Chemnitz kam, einer großen grünen Kasse, die für zwei Bundesländer zuständig ist, in den Gebührenverhandlungen so arrogant und überheblich hinstellt und ich mir Sätze gefallen lassen musste wie: „Herr Kubitzki, Sie sind selbst dran schuld, wenn Sie ältere Pflegekräfte beschäftigen, die viel Geld kosten!“, dann ist das einfach nicht richtig und ist falsch. Das sollten sich die Kassen mal überlegen, wie sie hier mit Pflegekräften umgehen.

Oder wenn ich einen Artikel lese, geschrieben von Hanno Müller in der TLZ: „Wer pflegt, kämpft allein auf weiter Flur“. Was hier drinsteht, dass Pflegebedürftige überfordert sind, die Rechnung zu verstehen, das stimmt, das erlebe ich manchmal jeden Tag. Aber was hier unterschwellig auch drinsteht, dass die Pflegedienste und -einrichtungen teilweise als Abzocker dargestellt werden, das ist in meinen Augen eine Riesensauerei. Und damit danken wir den vielen Pflegekräften nicht, die tagaus tagein, nachts, am Tag, am Wochenende arbeiten. Denen gehört unser Dank und dafür gehört sich auch eine gerechte Bezahlung.

(Beifall DIE LINKE)

Diesen Herrn Hanno Müller würde ich gern mal für eine Woche in meine Einrichtung einladen. Da kann er jeden Tag eine Doppelschicht fahren, da kann er Wochenenddienst machen, da kann er mal sehen –

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

– wie das Leben einer Krankenschwester ist. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Diezel:

Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Thamm das Wort.

Abgeordneter Thamm, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Enteignung der Pflegebedürftigen stoppen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist schon eine schwere Aussage und aus unserer Sicht pauschal nicht richtig. Ja, die Pflegeversicherung basiert auf einer Teilversicherung, wie Herr Kubitzki schon sagte, und ist keine Vollversicherung. Als solche war sie bei der Einführung in den Neunzigerjahren auch nicht gedacht. Und es ist auch richtig, dass sich in den letzten 25 Jahren die Uhren weitergedreht haben und wir heute andere Bedingungen haben, vor anderen Herausforderungen stehen. Und da macht natürlich besonders der demografische Wandel in der heutigen Situation das alles komplexer und schwieriger. Dieser Landtag hat sich zu dieser gesellschaftlichen Aufgabe schon mehrfach sehr intensiven Diskussionen unterzogen und auch im Haus bekannt. Ich erinnere daran, dass wir hier 2012 einen Thüringer Pflegepakt beschlossen haben und er 2015 gemeinschaftlich erneuert wurde. Dass diese neuen Rahmenbedingungen auch zu einer Kostenerhöhung führen, haben nicht zuletzt die Akteure auf dem Pflegemarkt immer wieder vorhergesagt.

Ich möchte an dieser Stelle aber darauf hinweisen: Wir stehen zu dem Pflegepakt und seinen Zielen. Die erzielten Ergebnisse in der Bezahlung sind richtig und wichtig. Sie steigern die Attraktivität des Berufs, des Images und stehen deshalb nicht zur Diskussion. Aber wir müssen uns schon Gedanken machen, wie die Pflege als gesellschaftliche Aufgabe auch zukünftig bezahlt werden soll. Dabei ist eine unterstützende Kofinanzierung über Steuern

(Abg. Thamm)

schon als eine Möglichkeit neben einer Steigerung der Beiträge zur Pflegeversicherung zu betrachten. Auch die Festschreibung des Eigenanteils an der Pflege ist ein Baustein im Konstrukt der Finanzierung.

Aber dabei pauschal von einer Enteignung zu sprechen, ist nicht gut und verbreitet Angst. Sie wissen genauso gut wie wir, dass es eine Einzelfallprüfung gibt, die sicher für den Einzelnen auch nicht einfach ist. Aber es gibt heute schon das Schonvermögen, sowohl für den zu Pflegenden als auch für den eventuell Unterhaltspflichtigen. Selbstgenutztes Wohneigentum muss nicht zwangsläufig veräußert werden, der Ehepartner kann im Haus oder in der Wohnung bleiben und auch die Kinder haben Selbstbehalt für ihren Lebensunterhalt von 1.800 Euro bei Singles, von 3.204 Euro pro vierköpfige Familie. Auch das Einkommen über dem Selbstbehalt wird nur anteilmäßig auf die Unterhaltsunterstützung angerechnet. Die Altersvorsorge in ihren verschiedenen Formen liegt bis zu 5 Prozent des Jahreseinkommens ebenfalls im Schonvermögen. Auch Rücklagen für Sanierungsarbeiten an den eigenen Immobilien sind laut eines BGH-Urteils von 2013 nicht zwingend aufzulösen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wissen also um die schwierige Situation nicht nur des Pflegepersonals, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Aus- und Weiterbildung, sondern auch der heutigen und zukünftigen Finanzierung der Pflege.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch zwei kurze Aussagen zur Finanzierung ansprechen. Zum Ersten ein Gutachten – von ver.di 2012 in Auftrag gegeben – von Prof. Lungen aus Osnabrück. Herr Lungen sagte damals schon, dass zu diesem Zeitpunkt die Vollversicherung der Pflege 13,25 Milliarden Euro zusätzlich kosten würde, und das vor dem Pflegestärkungsgesetz II, vor der Umstellung von drei Pflegestufen auf fünf Pflegegrade 2017.

Und noch eine zweite Meinung durch die PKV. Laut PKV würde die Vollversicherung entweder eine Beitragserhöhung auf sofort 6 Prozent oder ebenfalls Milliardenzuschuss bedeuten. So die Aussage 2018.

Zusätzlich müssen wir das alles mit dem Wissen betrachten, dass jetzt und heute noch die geburtenstarken Jahrgänge in die Pflegeversicherung einzahlen. Aber in zehn/fünfzehn Jahren werden die ersten dieser Jahrgänge als Einzahler wegfallen. Zusätzlich werden sie später Versicherungsleistungen in Anspruch nehmen oder nehmen müssen.

Ein weiterer Punkt ist der Bedarf an Pflegeplätzen, der sich in den kommenden Jahren entwickeln wird.

Wer wird diese Menschen pflegen, wo wir heute schon von Fachkräftemangel sprechen und in Thüringen allein circa 25.000 Pflegekräfte bis 2035 ersetzen und ergänzen müssen?

Wir sollten mit diesem Wissen auf der einen und der gegebenen Notwendigkeit auf der anderen Seite immer auch die Folgen der Finanzierung und der Belastung der öffentlichen Haushalte beachten und genau beleuchten.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Abgeordneter Thamm, CDU:

Ich bin gleich fertig – einen Satz noch.

Dabei müssen wir alle Rahmenbedingungen und Folgen in die Waagschale werfen und prüfen, wie wir die Aufgaben für die Menschen und mit den Menschen lösen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich jemanden auf der Besuchertribüne begrüßen, natürlich alle Besucher, aber den ehemaligen Landtagspräsidenten Herrn Dr. Frank-Michael Pietzsch. Herzlich willkommen hier im Haus!

(Beifall im Hause)

Wir setzen die Aussprache fort und als Nächste spricht für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Pelke.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Insbesondere an die Kollegen der Linksfraktion: Herzlichen Dank für diese Thematik, die heute hier auf der Tagesordnung steht. Ich will vielleicht auch aus einem Stück persönlicher Betroffenheit, aber auch insgesamt einfach sagen, das Thema „Pflege“ ist für jeden wichtig, das Thema „Pflege“ nimmt mittlerweile einen ganz großen Stellenwert in den Medien ein. Das Thema „Pflege“ ist trotz und alledem bei vielen Diskussionen ganz weit weg, bis zu dem Zeitpunkt, an dem man persönlich betroffen ist, in welcher Form auch immer, ob man selber pflegebedürftig ist, ob es sich um pflegende Angehörige handelt, ob es sich um Familienangehörige handelt, die beispielsweise in der Pflege, wo auch immer, arbeiten. Ich glaube, das macht die Sache auch so diffus: Es geht hier um Geld und wir wissen, dass im Pflege-

(Abg. Pelke)

bereich unzweifelhaft ein ganz dringender Handlungsbedarf besteht.

Ich will es noch ein bisschen deutlicher machen. Ob die Frage der Enteignung in dem Zusammenhang der richtige Begriff ist, darüber kann man streiten. Aber ich will Ihnen anschließend an die Worte von Herrn Kubitzki noch mal deutlich sagen: Aus meiner Sicht ist die Lage im Pflegebereich mittlerweile bedrohlich, und zwar sowohl für die, die im Pflegebereich arbeiten, als auch für die zu Pflegenden und deren Angehörige. Es geht natürlich auch um Geld, das muss alles finanziert werden, aber es geht auch um die Kraft, die Menschen investieren, um diese Arbeit zu leisten. Das bezieht sich auf das hauptamtliche Personal und das bezieht sich auf diejenigen, die privat begleiten, selber pflegen und immer dabei sind. Deswegen ist der von dir, lieber Kollege Kubitzki, zitierte Artikel schon ein – aus meiner Sicht – wichtiger Ruf gewesen, weil man oft allein ist. Es ist die Frage von Wertigkeit für Arbeit am Menschen und mit dem Menschen. Ich glaube, wenn wir darüber reden, wie denn eine Vollversicherung – und keine Teilversicherung mehr – aus der Pflegeversicherung zu machen ist, dann geht es sehr wohl um die Frage, wie wir das finanzieren. Da hat Herr Kubitzki einiges gesagt. Herr Thamm, Sie haben es auch noch mal mit angesprochen. Da gibt es die Variante der steuerfinanzierten Regelung, Beitragserhöhungen, andere Möglichkeiten, die es gibt, die man in Ruhe beraten muss, die man diskutieren muss, das Thema „Bürgerversicherung“ ist an dieser Stelle auch nichts Neues, aber durchaus ein wesentliches Faktum, das mit einzu-beziehen ist in die Diskussionen. Aber letztendlich – Sie haben es gesagt – müssen wir uns da tief in die Augen schauen und müssen einfach sagen, was uns die Arbeit am Menschen wert ist, um einen vernünftigen Pflegealltag zu gewährleisten, sowohl für die, die es tun, als auch die, die es brauchen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zahlen kennen Sie alle. Von allem, was mit dem demografischen Faktor zu tun hat, sind wir mittlerweile in Thüringen sehr intensiv betroffen. Nach Angaben der Arbeitsagentur kommen im Freistaat auf 100 offene Stellen nur 14 Fachkräfte. Im Jahr 2017 waren im Durchschnitt mehr als 730 Stellen im Pflegebereich nicht besetzt. Wir müssen also dringend handeln. Demzufolge ist auch die Thematik heute hier wichtig, wenngleich wir in dieser Aktuellen Stunde nicht alles thematisieren können. Aber wir wollen natürlich insbesondere auch alles in den Blick nehmen, nämlich die Perspektive der Pflegebedürftigen, der Angehörigen und der Fachkräfte. Nur wenn wir beides glei-

chermaßen in den Blick nehmen und alle Interessen und berechtigten Forderungen sorgsam austarieren, wird das Ganze vernünftig zu regeln sein. Denn wir alle wissen, wenn wir mehr investieren und wenn wir mehr zur Verfügung stellen, dann werden sich die Kosten entsprechend erhöhen. Dazu habe ich eben schon was gesagt. Ich denke schon, dass wir mittlerweile dringlichst handeln müssen. Wenn es so ist, dass teilweise Pflegedienste keine Patienten mehr aufnehmen können, wenn es so ist, dass Sie drei Mal täglich Besuch vom Pflegedienst kriegen und drei Mal täglich dieselbe Person kommt, weil anders der krankheitsbedingte Ausfall nicht mehr auf die Reihe zu bekommen ist, dann ist es mittlerweile an der Zeit, dass wir dringlich zu all dem, was wir schon diskutiert haben und zu all dem, was schon gemacht worden ist, handeln müssen. Denn ich glaube – und ich will es an der Stelle noch mal sagen –, die Frage der Pflege ist ja nicht nur eine Frage von alten Menschen. In die Situation, pflegebedürftig zu werden kann jeder kommen – nach einem Unfall, nach einer Krankheit, nach einer Operation, wie auch immer. Insofern bitte ich wirklich: Wir müssen uns gemeinsam im Interesse der Menschen dieser Aufgabe stellen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Es spricht jetzt Frau Abgeordnete Herold von der Fraktion der AfD.

Abgeordnete Herold, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuschauer auf der Tribüne und im Internet, pflegebedürftig zu werden, gehört zu den größten Risiken im Leben eines jeden Menschen völlig unabhängig von seiner Lebensweise. Anders als bei Krankheit ist das Risiko der Pflegebedürftigkeit unter Umständen vermögensverzehrend. Eine Belastungsgrenze wie bei der Zuzahlung zu Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung existiert in der Pflegeversicherung nicht. In der Krankenversicherung liegt die Belastungsgrenze bei 2 Prozent der Bruttoeinkünfte aller im Haushalt lebenden Personen pro Kalenderjahr. Bei chronisch Kranken liegt die Grenze bei 1 Prozent. Damit ist die gesetzliche Krankenversicherung de facto eine Vollversicherung.

Wenn Pflegebedürftige liebevoll von Angehörigen in ihrer gewohnten Umgebung gepflegt werden können, finden wir das außerordentlich schön. Doch was, wenn keine Angehörigen diese Pflege über-

(Abg. Herold)

nehmen können, wenn kein ambulanter Pflegedienst unterstützen kann? Wir wollen, dass grundsätzlich keiner mit den weitreichenden Folgen, die Pflegebedürftigkeit nach sich zieht, alleingelassen wird. Das in Deutschland einmal gut entwickelte Netz aus Maßnahmen häuslicher Pflege und teil- und vollstationärer Pflege kommt an seine Grenzen. Grundsätzlich funktioniert das System noch, muss aber ständig angepasst und fortentwickelt werden, um den Herausforderungen des demografischen Wandels wirkungsvoll begegnen zu können. Eine dieser Herausforderungen ist der seit Langem bestehende und nur sehr schwer zu behebbende Mangel an gut ausgebildeten Pflegekräften, denn nur mit ihnen ist es möglich, unsere Alten und Kranken menschenwürdig und für die Betroffenen so angenehm wie möglich zu versorgen.

(Beifall AfD)

Diesem Missstand wurde nun mit einer überfälligen und deutlichen Anhebung der Vergütung der Pflegekräfte begegnet. Im Gefolge dieser notwendigen und angemessenen finanziellen Besserstellung der Pflegekräfte kommt es jetzt zu dem unerwünschten Nebeneffekt, dass die gesetzlich fixierten Zuzahlungen für die Pflegebedürftigen in den Heimen teilweise exorbitant steigen. Die finanziellen Ressourcen vieler Gepflegter werden damit völlig aufgebraucht, Sparvermögen und Wohneigentum müssen zur Bezahlung des Eigenanteils herangezogen werden. Wo Beides nicht vorhanden ist, werden die Angehörigen auf Leistungsfähigkeit geprüft und erst nachdem auch dort der Griff des Staates ins Leere geht, springen die Kommunen ein. Auch die Kommunen leiden zunehmend unter der Belastung durch ihren Sozialetat.

Die hier von den Linken vorgeschlagene Lösung für diese Kostenfalle klingt sehr einfach und ist es auch – allerdings im Sinne von simpel. Bevor der Gesetzgeber nach dieser einfachen Lösung greift, mehr Geld durch Beitragserhöhung in ein System zu pumpen, dessen Kostenentwicklung systembedingt immer nur einen Weg kennt, nämlich immer ansteigend, und es sich also einfach macht und nach einer Vollkaskoversicherung ruft, sollten wir uns Gedanken darüber machen, ob es nicht ergänzend zu den bisher vorhandenen Instrumenten auch sinnvolle Alternativen gibt.

Mit der Verrentung und Alterung der Generation der Babyboomer werden auf absehbare Zeit immer mehr Menschen pflegebedürftig werden. An der grundsätzlichen Situation, dass sich neun von zehn Befragten laut einer Umfrage des Bayerischen Rundfunks vor einem Aufenthalt in einem Altersheim bei ihrem Lebensabend eher fürchten, gleichzeitig aber eine große Mehrzahl der Menschen am

liebsten zu Hause in den eigenen vier Wänden verbleiben möchte, ist die Politik natürlich aufgefordert zu handeln. Heute schon werden rund 70 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause betreut, was wir ganz außergewöhnlich gut finden und wofür an dieser Stelle auch den Angehörigen, die diese riesige Arbeit leisten, ein aufrichtiger Dank gebührt.

(Beifall AfD)

Dort sehen wir von der AfD die Handlungsfelder, damit wir den Wünschen alter und kranker Menschen an ihrem Lebensabend in einer vertrauten und geliebten Privatsphäre so weit wie möglich entsprechen können.

Grundsätzlich fordern wir die Etablierung von Präventivprogrammen bei den Krankenkassen, die geeignet sind, Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder doch so lange wie möglich hinauszuzögern. Die häusliche Pflege könnte dadurch gestärkt werden, dass diese mit denselben Kostensätzen für die gleichen Pflegegrade vergütet wird wie die stationäre Pflege. Die Etablierung von Tagespflegeeinrichtungen auch für Schwerstpflegebedürftige wäre ein sinnvoller Weg, damit die Familienangehörigen tagsüber ihrer Erwerbsarbeit nachgehen können.

Ein weiterer Kostentreiber, den wir in den Blick nehmen möchten, bevor wir über Beitragssteigerungen und Vollkasko sprechen, sind Renditeerwartungen privater Betreiber von Pflegeeinrichtungen, die teilweise bis zu 17 Prozent des Umsatzes betragen. Überall dort, wo Pflegeeinrichtungen gebaut werden, die private Gewinne abwerfen sollen, ist der Gesetzgeber gefordert, die Bewohner dieser Heime vor finanzieller Überforderung zu schützen. Eine Steigerung der Beiträge für eine Vollzeitkaskoversicherung und damit auch eine Steigerung der Lohnnebenkosten, die die Jungen und Beitragspflichtigen belastet, lehnen wir ab. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Pfefferlein.

Abgeordnete Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Vielen Dank an die Fraktion Die Linke für diese Aktuelle Stunde mit diesem sehr wichtigen Thema.

Ja, es ist richtig, wir brauchen mehr Geld für die Finanzierung der Pflege. 1995, als die Bundesregierung die Pflegeversicherung als eine der Pflichtver-

(Abg. Pfefferlein)

sicherungen im deutschen Sozialstaat einführte, war der Grundgedanke, einen Teil des Pflegerisikos aller abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, Rentner und ihrer Familien abzusichern – aber eben nur einen Teil. Die Pflegeversicherung ist nur als Zuschuss zu den Pflegekosten konzipiert, bestimmte Pflegeaufwendungen werden nicht berücksichtigt. Aus unserem derzeitigen Pflegeversicherungssystem werden also nicht die tatsächlichen Bedarfe gedeckt. Vielmehr reichen die Leistungen der Pflegeversicherung oft nicht zur Deckung aller entstehenden Kosten aus. Es gibt nur einen Höchstbetrag, der gezahlt wird, unabhängig davon, wie hoch die zeitlichen oder finanziellen Aufwendungen im Einzelfall wirklich sind. Nicht nur das. Das geltende Beitragsverfahren weist grobe Gerechtigkeitslücken auf. Es belastet Erwerbseinkommen aus abhängiger Beschäftigung – also Löhne und Gehälter –, aber auch Renten und das Arbeitslosengeld. Vermögenseinkommen und Gewinne bleiben dagegen beitragsfrei. Das ist ungerecht, weil es die Einkommensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, und hier vor allem auch der jüngeren Generation, belastet, die im Normalfall eher Erwerbs- statt Kapitaleinkommen erzielen. Das ist ungerecht, weil damit rund 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger für die Absicherung des Pflegerisikos einseitig mit den Beiträgen belastet werden, die aus ihren Erwerbseinkommen als abhängig Beschäftigte kommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ernst zu nehmende Prognosen gehen davon aus, dass die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis zum Jahr 2035 um 50 Prozent steigt. Schon in gut 10 Jahren kommen die ersten der geburtenstarken Babyboomer-Generation – das wurde schon gesagt –, die zwischen 1955 und 1959 geboren sind in das Alter von 75 plus. Ab 75 steigt die Wahrscheinlichkeit einer Pflegebedürftigkeit deutlich. Und im Jahr 2060 wird nur noch die Hälfte der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sein. Durch diese Entwicklung wird eine alle Einkommen umfassende solidarische Finanzierung für den Fall der Pflegebedürftigkeit immer nötiger für mehr Generationengerechtigkeit und eine auskömmliche Finanzierung in der Pflege.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen dringend ein System, welches solidarisch alle Einkommensarten bei der Berechnung der Beiträge berücksichtigt und so eine solidarische, gerechtere und vor allem vollständige Pflegefinanzierung garantiert. Ein solches System aber muss auf Bundesebene eingeführt werden. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ist da ganz vorn dabei und hat ganz aktuell in der ver-

gangenen Woche den Antrag „Pflege gerecht und stabil finanzieren – die Pflege-Bürgerversicherung vollenden“ in den Bundestag eingebracht. Der Gesundheitsausschuss wird dazu am 1. Mai zusammen mit der Linken und der FDP eine Anhörung durchführen.

Doch das darf uns in Thüringen nicht dazu verleiten, die Hände in den Schoß zu legen. In Thüringen werden die Kosten für die Heimunterbringung steigen. Das ist einerseits sehr erfreulich, weil damit endlich mehr Lohngerechtigkeit in der Pflegebranche ankommt, gleichzeitig darf das aber auch nicht zulasten der Bewohnerinnen und Bewohner gehen, die sich höhere Beiträge aufgrund eines geringen Lebenseinkommens nicht leisten können. Pflegebedürftigkeit darf nicht zum Armutsrisiko werden und Betroffene sollen nicht noch stärker von Sozialleistungen abhängig sein müssen. Heute übersteigen die Kosten für Pflege und Unterbringung in einem Pflegeheim die Leistungen der Pflegekassen schon um ein Vielfaches. Für darüber hinausgehende Kosten müssen die Pflegebedürftigen oder deren Angehörige selbst aufkommen. Ist das nicht möglich, muss die Sozialhilfe einspringen.

Ein Ausweg aus dem Dilemma könnte die Einführung eines Pflegewohngelds sein. Pflegewohngeld ist ein wohnorientierter Zuschuss zur Finanzierung von Betriebsnotwendigem. Die Zahlung eines solchen Zuschusses ist freiwillige Leistung und stünde Thüringen auch ganz gut zu Gesicht. Wir als Grüne setzen uns dafür ein. Eine Pflege-Bürgerversicherung, die von Bündnis 90/Die Grünen derzeit ins Gespräch gebracht wird, berücksichtigt alle Einkommensarten aller Bürgerinnen und Bürger, verteilt die Kosten nachhaltig, solide und gerecht. Als Fundament einer guten Versorgung kann die solidarische Pflege-Bürgerversicherung zusammen mit einem Steuerzuschuss eine gerechte, stabile und nachhaltige Basis zur Finanzierung der Pflege sein. Sie hilft, den demografischen Wandel zu bewältigen, und ermöglicht auch zum Beispiel wohnortnahe Pflegekonzepte und angemessene Personalstandards mit angemessenen Löhnen.

Gute Pflege darf nicht nur Herausforderung für Pflegekräfte, Pflegebedürftige und deren Angehörige sein. Gute Pflege muss längst als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Mir liegen keine Wortmeldungen seitens der Abgeordneten vor. Für die Landesregie-

(Präsidentin Diezel)

rung hat sich Frau Ministerin Werner gemeldet. Bitte schön.

Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, werte Gäste! Es wurde hier schon ausführlich die Krux der aktuell existierenden Pflegeversicherung beschrieben. Sie ist keine Vollversicherung und deswegen schlägt sich jede Kostensteigerung zu 100 Prozent auf den Eigenanteil der Pflegebedürftigen nieder.

Es wurde heute schon von mehreren erwähnt: Die Kosten sind dann für viele Menschen, gerade hier in Ostdeutschland, nicht mehr leistbar und müssen dann beispielsweise von den Kommunen übernommen werden. Die Kommunen müssen also einspringen, Herr Thamm, und das sind für uns natürlich wichtige Akteure in diesem Bereich. Wir wissen auch, die Kostensteigerungen werden weitergehen. Selbst Herr Spahn hat gesagt: Wenn wir die nun beschlossenen Gesetze auf Bundesebene zur Pflege umsetzen, wird es ohne die Anhebung der Beitragssätze in der Pflegeversicherung nicht gehen können. Wir sind natürlich sehr dafür, dass die entsprechenden Gesetze auch umgesetzt werden. Wir glauben, dass die drei Pflegestärkungsgesetze und das Pflegepersonalstärkungsgesetz einen Schritt in die richtige Richtung gehen. Wir brauchen diese Gesetze, damit in Zukunft genügend Fachkräfte für die berufliche Arbeit in der Pflege gewonnen werden. Wir brauchen diese Gesetze, damit die Pflegekräfte auch in der Pflege gehalten werden können und damit die pflegerische Versorgung sichergestellt ist. Den Trägern der Pflege wird es nun möglich sein, mehr Pflegefachkräfte einzustellen, die Bezahlung der Pflegekräfte und vor allem auch die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern.

Es wurde schon deutlich angesprochen: Mit diesen auch von der Thüringer Landesregierung unterstützten notwendigen Qualitätsverbesserungen sind jedoch auch Kostensteigerungen verbunden. Denn wenn Pflegedienste oder Pflegeeinrichtungen ihre Beschäftigten besser bezahlen als bisher, ihren Personalschlüssel anheben oder in den betrieblichen Gesundheitsschutz investieren, dann treffen die damit verbundenen Kosten aufgrund der gedeckelten Leistungsbeträge der Pflegeversicherung zunächst ausschließlich die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen. Genau das ist der Grund, warum sich die Thüringer Landesregierung im Bundesrat dafür einsetzt, dass das System der Pflegeversicherung eine grundlegende Änderung erfährt.

Im letzten Jahr hat Thüringen gemeinsam mit Brandenburg einen Antrag mit einer Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflege in den Bundesrat eingebracht, unter anderem – und das ist mir sehr wichtig – die Einführung einer solidarischen Pflegeversicherung, eine Pflegeversicherung, die eine Vollversicherung ist und in welche alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und alle Einkommensarten einzahlen.

Im Gegensatz zur Kranken- und Rentenversicherung sichert die Pflegeversicherung das Risiko des Einzelnen eben nicht umfassend ab. Die Pflegeversicherung gewährt im Falle der Pflegebedürftigkeit nur einen nach Pflegegraden gestaffelten Zuschuss mit festen gesetzlichen Höchstbeträgen. Damit ist aktuell für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen die Entwicklung der Eigenanteile weder beeinflussbar noch kalkulierbar. Das halten wir für falsch. Bei einem grundlegenden Systemwechsel dagegen wird die Kostenentwicklung, die sich aus der Notwendigkeit der Fachkräftesicherung und der Qualitätsentwicklung ergibt, vom solidarisch beitragsfinanzierten System der Pflegeversicherung getragen.

Sehr geehrte Damen und Herren, vor Kurzem haben auch die Länder Hamburg, Berlin, Bremen und Schleswig-Holstein einen Antrag zum Thema „Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“ in den Bundesrat eingebracht, der teilweise das Ansinnen Thüringens aufgreift. Dieser Antrag geht dahin gehend einen etwas anderen Weg, als dass im aktuellen System der Pflegeversicherung der Eigenanteil der Pflegebedürftigen gesetzlich begrenzt werden soll. Alle darüber hinausgehenden und erforderlichen Pflegekosten soll künftig die Pflegeversicherung tragen. Dieser – wenn wir uns in der aktuellen Logik der Pflegeversicherung bewegen – grundsätzlich richtige Ansatz ließ jedoch zunächst in diesem Antrag einen wichtigen Punkt außer Acht. Es existieren in den Bundesländern nämlich teils erhebliche Unterschiede bei den Eigenanteilen der Pflegebedürftigen. In Berlin liegt der Eigenanteil bei 872 Euro, in Thüringen müssen Pflegebedürftige durchschnittlich jedoch nur 27 Prozent, also reichlich ein Viertel dieser Summe als Eigenanteil aufbringen, also 237 Euro.

Eine Deckelung der Eigenanteile am Bundesdurchschnitt, wie ursprünglich im Antrag von Hamburg und Berlin dargelegt war, würde für die Pflegebedürftigen in Thüringen keinerlei Verbesserungen bringen. Jegliche Kostensteigerungen würden bei uns in Thüringen auch nach einem solchen Beschluss zu 100 Prozent von den Pflegebedürftigen zu tragen sein. Das halten wir für falsch. Inzwischen konnten wir aber nach einem Telefonat auch

(Ministerin Werner)

mit der Hamburger Senatorin einen Kompromiss finden. Eine Deckelung des Eigenanteils darf sich eben nicht am Bundesdurchschnitt orientieren. Die Unterschiede in den Regionen müssen jeweils Beachtung finden.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich denke, wir konnten hier noch mal deutlich machen, dass der Thüringer Landesregierung das Thema „Pflege“ und vor allem „Bezahlbarkeit der Pflege“ ein wichtiges Thema ist. Wir haben hier entsprechend auch im Bundesrat Aktivitäten unternommen. Wir haben uns auch auf den Weg gemacht, kurzfristig Verbesserungen zu erreichen. Ich glaube, mittelfristig braucht es eine solidarische Pflegevollversicherung ganz im Sinne des Antrags zur Aktuellen Stunde.

Nur ganz kurz noch zum Thema „AfD“: Dass es natürlich einen Mix an Unterstützungssystemen braucht, um den Pflegebedürftigen und vor allem den von Pflege bedrohten Menschen hier ein Leben so lange wie möglich auch zu Hause zu ermöglichen, ist der Landesregierung klar. Wir haben das erst kürzlich zur Diskussion zum Pflegepakt hier sehr ausführlich dargestellt. Deswegen möchte ich hier nicht noch mal darauf eingehen. Aber es sind auf jeden Fall keine neuen Ideen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Präsidentin Diezel:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, es gibt auch keine weitere Redezeit. Damit schließe ich den zweiten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **dritten Teil** der Aktuellen Stunde

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: „Hände weg vom Thüringer Wald – Keine Verschandelung unserer schönen Heimat durch Windkraftanlagen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 6/6993 -

Das Wort hat Abgeordneter Höcke. Bitte schön.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Besucher auf der Tribüne! Als Lobbyisten vor Jahrzehnten begannen, die deutsche Politik zu bearbeiten, konnte noch niemand ahnen, dass das, was dann später Energiewende heißen sollte, zum größten planwirtschaftlich organisierten Umverteilungsprojekt in der Ge-

schichte der Bundesrepublik Deutschland werden sollte.

(Beifall AfD)

Eine vierköpfige Familie in Deutschland bezahlt heute 50 Prozent mehr für den täglichen Strom als die Familie im Nachbarland Frankreich, nämlich 900 Euro. Fest steht, die sogenannte Energiewende gefährdet existenziell die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Energiesicherheit des Industriestandorts Deutschland und sie ist darüber hinaus ein unmoralisches Reichenprojekt, das den kleinen Mann auspresst, um millionenschweren Energiespekulanten die Taschen zu füllen.

(Beifall AfD)

Der Hauptträger der sogenannten Energiewende ist die Windenergie. Alle Altparteien wollen mehr Windenergie. In unserem Nachbarland Hessen scheut eine von CDU und Grünen geführte Landesregierung nicht davor zurück, Urwald im Reinhardswald zu roden, um neue Windkraftanlagen mit bis zu 200 Metern Höhe aufzustellen. Einige Tausend neue Windräder sollen dort bis 2050 entstehen, viele von ihnen mitten im Wald.

Das neue Thüringer Klimaschutzgesetz reserviert 1 Prozent der Fläche Thüringens für Windkraftanlagen. Das ist eine Vervierfachung der bisherigen Fläche. Wenn diese Fläche bebaut ist, wird es im Freistaat Thüringen praktisch kein Dorf mehr geben, von dem aus man keine Windkraftanlage sehen wird.

Ich führte es hier schon einmal aus, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, ich tue es heute wieder: Windkraft, das sind deutschlandweit jedes Jahr Hunderttausende tote Vögel und Fledermäuse. Windkraft, das sind pro Anlage Tausende Tonnen Stahlbeton im Boden. Windkraft, das sind Infra-schall und Schlagschatten, die Tier und Mensch in den Wahnsinn treiben. Windkraft, das sind nicht recycelbare Verbundstoffrotoren. Windkraft, das ist Neodym-Einsatz für die neue Generation der Permanentantriebe. Die Gewinnung dieses seltenen Metalls in China hat die Luft und das Grundwasser weiter Landstriche dort radioaktiv verseucht. Windkraft, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, das kann je nach Standort eingerechnet Produktion, Transport, Aufbau, Wartung, Rückbau und vor allen Dingen Vorhalten eines im niedrigen Betriebsmodus fahrenden konventionellen Kraftwerks, das in wenigen Stunden abfallende Windkraftleistung kompensieren muss, sogar eine negative CO₂-Bilanz sein.

(Beifall AfD)

(Abg. Höcke)

Und für jedes Windrad im Wald, die nach dem Willen der rot-rot-grünen Umweltzerstörer jetzt kommen sollen und von ThüringenForst – leider, muss man sagen – schon kräftig beworben werden, werden zusätzlich 0,2 bis 1 Hektar Wald und damit wertvoller CO₂-Speicher gerodet. Was für ein Affront gegen den gesunden Menschenverstand!

(Beifall AfD)

Die windkraftbasierte Energiewende zerstört die Reste der Naturschönheit unserer schon stark zersiedelten Landschaft, sie macht den Normalbürger arm und nimmt ihm in Thüringen jetzt auch noch die letzte Rückzugsmöglichkeit vor Luft-, Lärm- und Lichtverschmutzung, den Wald. In Süd- und Südwestthüringen sind weitere Windparks auch in Waldgebieten geplant. Die neuen Vorranggebiete für Windkraft sind dort am Reitenberg, nördlich von Eisenach, auf der Tüngedaer Höhe bei Martinroda, östlich Stadtlengsfeld, südwestlich von Springstille, nordöstlich von Oberstadt und Grub bei Schleusingen, zwischen Fischbach und Gethles, östlich von Eisfeld bei Judenbach-Föritz.

Man kann den betroffenen Bürgern dort nur raten, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen diese menschenfeindliche Heimatzerstörungspolitik vorzugehen. Wir als AfD unterstützen sie dabei gerne.

(Beifall AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, in den letzten 27 Jahren ist der Bestand an Insekten um 75 Prozent geschrumpft. Etwa 5,3 Milliarden Insekten verenden in Deutschland täglich an den Rotoren von Windkraftanlagen. Wenn das Insektensterben, das für die Ernährung der Menschheit fatale Folgen hat, tatsächlich im Zusammenhang mit der Windenergie steht, wie im Artikel „Der Tod am Windrad“, der vor einigen Tagen auf Welt-online erschien, tatsächlich gemutmaßt wird, dann könnte das Windenergie-Aus noch vor dem ersten Black-Out kommen. Den Menschen in Thüringen, den Menschen in Deutschland wäre es zu wünschen. Und bis dahin gilt für uns als AfD: Hände weg vom Thüringer Wald! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Mühlbauer von der SPD-Fraktion.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wenn es nicht so traurig wäre, es wäre ja fast zum Lachen.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Ich wusste, dass Sie traurig sind!)

„Der Tod am Windrad“ – Das könnte ein Titel für einen Thriller werden. Hängen wir uns am Windrad auf? Von wem reden wir? Wer stirbt am Windrad – die Bienen, die Insekten, die in dieser Höhe überhaupt nicht mehr fliegen? Eine Vermischung von Halbwahrheiten, die in keiner Art und Weise hier zu einer sachlichen Diskussion beiträgt.

Deswegen, sehr geehrte Damen und Herren, werte Kollegen, bemühe ich jetzt ZDF – Zahlen, Daten, Fakten –, als Ingenieur steht mir das auch zu. Man muss hier nicht Halbrhetorik vermischen mit Weltuntergangsszenarien. Um was geht es, meine Damen und Herren, damit Sie das auch nachvollziehen können?

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Der Tod von 3 Milliarden Insekten!)

Die Aktuelle Stunde der AfD heißt „Hände weg vom Thüringer Wald – Keine Verschandelung unserer schönen Heimat durch Windkraftanlagen“.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Jawohl!)

Sie bestätigen das – ich habe richtig vorgetragen. Okay.

Meine sehr geehrten Damen und Herren im Plenum, jeder weiß, was der Thüringer Wald ist. Der Thüringer Wald bewegt sich von Eisenach über den Rennsteig bis rüber nach Coburg. Man kann diesen auch abwandern. Sie wollen jetzt von mir wissen, wie viele Windräder es dort gibt oder dort geplant sind. Die Antwort heißt: Null, Zero.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Kein einziges Windrad gibt es im Thüringer Wald.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Bis jetzt!)

Kein einziges Windrad ist in der Bezeichnung Thüringer Wald geplant.

Werte Damen und Herren aus der AfD, ich bin ja sehr stolz, dass Sie uns mit dem leistungsstarken Nachbarland Hessen vergleichen, aber noch machen wir Politik für Thüringen, deswegen sollten wir uns auf unsere Thüringer Gesetzgebung reduzieren und nicht Tausend Windräder, die in Hessen gebaut sind, hier als Beleg oder Praxisbeispiel anführen.

Ich habe Ihnen Zahlen, Daten, Fakten versprochen: 2015 hatten wir 1.297 Megawatt installierte Leistung, 2016 waren es 1.413 Megawatt und im Jahr 2017 1.577 Megawatt, davon 6 Megawatt Leistung

(Abg. Mühlbauer)

im Wald, das heißt zwei Windräder. Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, gehen Sie ruhig am Sonntag zum Waldspaziergang, Ostern wird man ja dazu aufgerufen, machen Sie es, versuchen Sie, das Windrad zu finden, ich lobe hier den Preis aus für „Suche das Windrad im Wald“.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Das zu der Realität, zu der Sorge, zu dem Untergang unseres grünen Thüringens. Jetzt auch ein paar Fakten als Ingenieur: Ja, wir haben Waldumbaufragen zu klären, wir haben einen Klimawandel. Das heißt, auch bei uns muss ThüringenForst den Wald erneuern, umbauen, wieder bepflanzen, vor allem in Sturmbereichen. Warum soll es Waldbesitzern verwehrt sein, die nach einem Sturmbruch Fläche von einem Hektar haben – mehr braucht man nicht –, die mit einem Weg erschlossen ist, dort Energie durch Windräder zu produzieren, wenn alle anderen anliegenden Bundesländer – Bayern, Hessen usw. – es den Privaten erlauben? Es ist faktisch eine Enteignung, meine sehr geehrten Damen und Herren, und keine Gleichstellung.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Ein Käse!)

Aus diesem Grunde, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir die Fragen der Zeit beantworten. Frau Tasch, ich bin da bei Ihnen. Brandenburg schaltet die Räder zum Beispiel nachts für die Fledermäuse ab.

(Unruhe CDU)

Wir müssen das diskutieren, wir müssen Beleuchtungen diskutieren. Wir müssen Schlagschatten diskutieren, aber um auf das Monster „Infraschall“ zurückzukommen: Infraschall gab es schon immer. Jeder Blitz erzeugt Infraschall, jeder Donner erzeugt Infraschall, jeder Lkw, der durch eine Straße im bebauten Bereich fährt, produziert Infraschall. Und dieser Infraschall in einer engen innerstädtischen Bebauung ist wesentlich gefährlicher als der Infraschall im Vorranggebiet außerhalb einer bebauten Siedlung.

Präsidentin Diezel:

Frau Abgeordnete, bitte kommen Sie zum Ende.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie sich deswegen nicht von der AfD hinter die Büsche führen oder im Wald vergraben, sondern haben Sie keine Angst, ich schaue mir den Thriller an, den „Tod am Windrad“, empfehle, das als Tatorttitel zu nehmen, und freue mich auf die nächste Produktion aus Weimar. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

(Unruhe AfD)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Als Nächster spricht Abgeordneter Harzer von der Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Harzer, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen,

(Heiterkeit AfD)

es ist wieder mal ein Beispiel aus der Serie „Pleiten, Pech und Pannen“ der AfD-Fraktion, die keine Ahnung von nichts hat und das auch noch tatkräftig und lautstark hier verkauft, die das völkisch auch noch verkauft und die in einer gewohnten Manier hier versucht, Ängste zu schüren, statt letztendlich darauf einzugehen, dass wir Ängste davor haben müssen, dass wir den Thüringer Wald verlieren. Und ich meine damit nicht nur den Thüringer Wald als Thüringer Wald, sondern den Wald in Gesamthüringen. Dann hätten Sie vielleicht mal in ihrer Abgeordnetentätigkeit was Vernünftiges getan und hätten den Waldzustandsbericht von ThüringenForst 2018 gelesen, liebe Damen und Herren von der AfD-Fraktion – „liebe“ ist ja schon zu viel gesagt – Damen und Herren der AfD-Fraktion, hätten Sie den mal gelesen, da hätten Sie gelesen, dass nur noch 19 Prozent des Thüringer Walds gesund sind. Das ist weniger als 1993, als wir mit dem Waldzustandsbericht angefangen haben. 19 Prozent sind noch gesund, der Rest ist geschädigt. Warum ist er denn geschädigt? Er ist geschädigt, weil der Boden dieses Wasser nicht mehr speichert, weil der Boden nicht mehr genug Wasser hat, weil kontinuierlich seit Beginn der Messung die Wasserkonzentration in dem Oberboden des Walds abnimmt, weil auch die Starkregenereignisse in den Herbst- und Wintermonaten, die in den letzten Jahren gefallen sind, nicht mehr ausreichen seit 2003, den Wasservorrat aufzufüllen, weil zu viel kommt, weil es oberflächlich abläuft und nicht mehr aufgenommen wird, weil in den Wintern die kalten Tage fehlen, der Schnee fehlt, der sich langsam beim Abtauen früher in den Waldboden gesogen hat. Das alles ist nicht mehr da und das schädigt die Bäume nachhaltig. Dazu kommen die Borkenkäfer, die dann die Bäume kaputt machen und dann für ein flächendeckendes Absterben des Walds sorgen. Das sind Auswirkungen des Klimawandels. Das sind Auswirkungen, die es durch den Treibhauseffekt in Thüringen mittlerweile gibt. Wir haben 0,8 Grad Celsius Erwärmung seit 1990 in Thüringen. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Harzer)

Deswegen müssen wir was gegen den Klimawandel tun, müssen etwas gegen den CO₂-Ausstoß tun, auch wenn immer gesagt wird, CO₂, das sind ja nur 0,04 ppm pro Kubikmeter in der Luft, also verschwindend gering. Dann empfehle ich Ihnen, nehmen Sie mal ein Nanogramm Botox, mal sehen was mit Ihnen passiert. Sie fallen um und sind tot. Das ist weniger als die 0,04-Konzentration von CO₂. Rechnen Sie es sich aus und nehmen Sie dieses Botox, da werden Sie es mitbekommen, denn Sie überleben es nicht. Es ist nicht immer die Konzentration, die entscheidend ist, es ist die Wirkung, die entscheidend ist. Und es ist nun mal so, dass die Gase O₂ und Stickstoff – N₂ – bei uns in der Atmosphäre keine Wärme binden, keine Wärme abstrahlen, weil sie zweifach sind. Aber bei CO₂ als dreifaches Element ist es wieder etwas anderes – da müssen Sie sich mal damit befassen –, dort wird die Wärme gespeichert und diese Wärme geht nicht heraus aus dieser Erde. Und wenn wir diesen Effekt nicht hätten, dann wäre es bei uns im Durchschnitt minus 18 Grad kalt. Dieser Klimateffekt ist ja auch notwendig für die Erde, aber er wird verstärkt und kommt zu einem Stand, der nicht mehr gesund ist für diese Welt und der nicht mehr gesund ist für uns. Deswegen müssen wir etwas dagegen tun und deswegen müssen wir endlich handeln und dazu gehören natürlich auch Windräder, weil ein Windrad im Schnitt 10.000 Tonnen CO₂ einspart, ein Hektar Wald sind 13 Tonnen CO₂ pro Jahr, die er speichert. Das muss man auch mal dazu sagen. Deswegen ist es auch vernünftig, entsprechend Windräder zu bauen.

Sie haben Bezug genommen auf diese unsägliche Studie der DLR, die rein mathematisch irgendwas berechnet haben, dass irgendwelche Insekten in 150 Metern Höhe fliegen, wo Bienen nie hinkommen, denn was wollen Bienen in 150 Metern Höhe, die sind zum Beispiel eine aussterbende Art oder – wie heißen die Käfer? – die Kotkäfer, die da die Dinger rumrollen, die fliegen überhaupt nicht in 150 Metern, sterben aber trotzdem aus. Weltweit, auch in Gegenden, wo wir keine Windräder stehen haben, sterben die Insekten aus, und in deutlich höheren Raten als in Deutschland. Das ist nun völliger Nonsens, der da erzählt wird. Und wenn Sie mal an die Windräder rangehen und auf die hinaufklettern, wenn die stehen, und sich mal die Flügel anschauen, diese Beschichtung, die da an den Rotoren entstehen müsste, ist überhaupt nicht vorhanden.

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Abgeordneter Harzer, DIE LINKE:

Da müsste ja dick und fett dort Insektenkot oder Insektenschleim drankleben, wenn dieses Wahrheit wäre. Also wie gesagt, lassen Sie uns vernünftig über dieses Thema reden und nicht mit irgendwelchen Märchen und sonstigen Geschichten, die ein völkischer Mensch hier erzählt. Danke.

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Herr Abgeordneter, ich möchte noch einmal darauf hinweisen, wie ich das in jeder Sitzung tue, wenn es angesprochen wird: Alle Abgeordneten dieses Hauses sind demokratisch gewählt.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Das habe ich nicht bestritten, Frau Präsidentin!)

Gut.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Ich bestreite aber, dass die Demokraten sind!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nehmen jetzt einen Wechsel vor. Als Nächster hat Abgeordneter Kobelt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei den Anträgen der Aktuellen Stunde der AfD müssen wir uns als Grüne sehr wundern. Es hat so den Eindruck, als wenn man bei der AfD immer verschiedene Politikbereiche auf Abruf bestellen kann. Einmal haben Sie die Rolle des Wirtschaftsvertreters, dann unterstützen Sie mehr die Politik in Russland, und heute versuchen Sie mal die Rolle als Naturschützer. Aber bei der Rolle als Naturschützer ist in den letzten Jahren, in den letzten Monaten hier im Parlament ziemlich klar geworden, dass das keine wahre Rolle ist, sondern nur eine scheinbare Rolle. Das erscheint mir nicht als eine kontinuierliche Arbeit für den Naturschutz, sondern Herr Höcke kommt mir eher vor wie ein Callboy des Naturschutzes, wo man mal anrufen kann und bestellt, heute möchten wir den Herrn Höcke als Redner für den Naturschutz haben. Denn wenn Sie sich ernsthaft für den Naturschutz interessieren würden, dann würden Sie natürlich wichtige Fragen beantworten, zum Beispiel zum Klimawandel. Da wäre ich auch sehr gespannt, wie Sie den jungen Leuten am Freitag zur Demonstration erklären würden, wie Sie sich denn die Welt in 20 oder 30 Jahren vorstellen. Ob Sie sie dann durch den Klimawandel in einer gewissen

(Abg. Kobelt)

Zerstörung hinterlassen wollen oder ob Sie sie zukunftsfest gestalten wollen.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Das Zerstören machen Sie doch schon!)

Ich höre immer ganz genau zu. Sonst sprechen zu Klimafragen immer auch andere Abgeordnete in Ihrer Fraktion. Es ist eher selten, dass Herr Höcke dazu spricht. Aber ich habe immer sehr genau zugehört. In keiner einzigen Wortmeldung in den letzten Monaten oder Jahren haben Sie etwas dazu gesagt, wie Sie sich eine klimafreundliche Energiepolitik oder überhaupt eine vernünftige – wie Sie es bezeichnen – Energiepolitik vorstellen. Nicht ein Mal sind Sie darauf eingegangen.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Da haben Sie nicht aufgepasst!)

In manchen Nebensätzen ist immer mal darauf zu sprechen gekommen worden, dass Sie von der Revolution des Fusionskraftwerks träumen.

(Zwischenruf Abg. Henke, AfD: Ja!)

Aber auf weitere Punkte sind Sie nicht eingegangen. Wenn Sie uns jetzt weismachen wollen, dass Sie die Natur schützen wollen, dann müssen Sie schon zur Kenntnis nehmen, dass der Klimawandel die Natur zerstört. Herr Harzer hat es ansatzweise gesagt: Der Wald wird nicht wegen zwei Windrädern, die es in Thüringen zurzeit gibt – darauf gehe ich gleich im Detail noch mal ein –, zugrunde gehen, sondern durch die hohe Trockenheit werden wir hektarweise Wald verlieren. Wenn Sie sich den Bericht von ThüringenForst anschauen, dann sehen Sie ganz genau, dass das nicht nur ein Umweltproblem ist, sondern auch ein finanzielles Problem. Wenn Sie sich interessieren würden, wo Windräder gebaut werden – Sie haben ja behauptet, dass das im Wald gefährlich oder schädlich für den Naturschutz ist –, dann würden Sie sich auch damit befassen, was Artenvielfalt ist und werden sehen, dass es sich dort, wo überhaupt Windräder im Wald durch uns ermöglicht werden, um reine Fichtenmonokulturen handelt. Vergleichen Sie mal bitte die Artenvielfalt von Fichtenmonokulturflächen mit landwirtschaftlich genutzten Offenlandflächen. Da werden Sie feststellen, dass die Artenvielfalt dort ungefähr nur ein Drittel ist.

(Unruhe AfD)

Wenn Sie das neutral begutachten würden, dann würden Sie schauen, wo kann man Windräder hinstellen, wo ist es aus naturschutzrechtlicher Sicht sinnvoll und wo nicht. Da sagen wir ganz eindeutig: Wenn es Probleme gibt im Wald, wenn es in Naturschutzgebieten ist, wenn es in Landschaftsschutzgebieten ist, wenn es in Biosphärenreservaten ist,

dann soll dort kein Windrad gebaut werden. Aber wenn sich alle Umweltbehörden einig sind und die Gemeinden und der Landkreis und die Planungsgemeinschaft das möchten und der Eigentümer auch und es auch nicht umweltschädlicher ist als im Offenland, dann soll es doch die Möglichkeit geben, dies sensibel zu ermöglichen. Das ist das, was wir als Grüne und als Koalition gesagt haben. Dazu stehen wir, egal was für Reden Sie hier halten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns das in Südthüringen mal genau anschauen. Dort geht es darum, dass gerade nicht auf den Kammflächen des Thüringer Walds Windräder gebaut werden, sondern dass es in Randgebieten ist. Ich weiß nicht, ob Sie schon mal bei einem Windrad waren, das im Wald in Thüringen errichtet wird. Wir waren zusammen mit Bodo Ramelow bei einem, das ist genau an einer Übergangsfläche zum Offenland gewesen. Dort wurden wegen des Windrads Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen. Die Artenvielfalt hat sich um das Fünffache verbessert. Für die einzelnen Bäume, die dort weggekommen sind, hat es in fünffacher Menge Neuanpflanzungen gegeben, und das in anderen Qualitäten, und zwar in Mischwäldern. Dort hat ein Waldumbau durch Windräder stattgefunden, und das sind Beispiele, die man im Einzelfall umsetzen kann.

Wir sind dafür, das nicht massenweise im Wald zu bauen, aber an zwei oder drei Punkten. In Südthüringen wird jetzt gerade über acht Windräder diskutiert, wovon kein einziges im Kernbereich des Thüringer Walds ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht Abgeordneter Gruhner, Fraktion der CDU.

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, dass diese Debatte und auch schon die Debatten heute Nachmittag, die wir im Vorfeld zu diesem Punkt hier erlebt haben, eines sehr, sehr schön zeigen, nämlich: Wenn Politik von Rändern aus gemacht wird, erleben wir wie vorhin bei der Debatte um die Europäische Union, dass Die Linke am liebsten die völlige Umverteilungsunion und die AfD gar keine Europäische Union will. Und jetzt bei der Debatte um Windräder und der Debatte um Klimaschutz erleben wir, dass Die Linke mit ihren grünen Helfern am liebsten Klimaschutz mit der Brech-

(Abg. Gruhner)

stange will, am liebsten das ganze Land ver-spargeln will,

(Unruhe DIE LINKE)

und bei der AfD erleben wir, dass sie am liebsten gar keinen Klimaschutz und am liebsten auch gar keine Windräder will.

(Beifall AfD)

Und das zeigt eines ganz klar, dass es in der Mitte eine politische Kraft braucht, die mit Vernunft ran-geht, die die Dinge ordnet,

(Beifall CDU)

die Maß und Mitte hält,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Augenmaß im Blick hat, und – Herr Adams, gut, dass Sie es selbst sagen, da muss ich es nicht tun – genau das ist die Union und das ist auch gut so, dass wir aus der Mitte heraus diese Dinge so ordnen.

Ich will Ihnen auch sagen, was das bei diesem Thema bedeutet. Es bedeutet, dass wir ...

(Unruhe im Hause)

Die Lautstärke macht es nicht besser, wenn Sie alle dazwischenschreien. Ich will es Ihnen aber trotzdem gern erklären, was Maß und Mitte bei diesem Thema bedeutet: Es bedeutet – und das ist ja nicht das erste Mal, dass wir über dieses Thema reden –, dass man beim Thema „Windkraftnutzung“, beim Thema „Energiewende“, Leitplanken setzt, die am Ende dafür sorgen, dass es Akzeptanz bei der Bevölkerung gibt.

(Beifall CDU)

Und dazu gehört unser ganz klares Bekenntnis – und das haben wir auch schon oft gesagt –, dass Wind im Wald nichts zu suchen hat.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Genau!)

Und da muss man dann am Ende auch konsequent sein – im Übrigen habe ich diese Konsequenz bei dem Beitrag der AfD heute auch vermisst –, dass man nämlich das Thüringer Waldgesetz jetzt an-geht und im Thüringer Waldgesetz auch ganz klar verankert, dass Windkraftnutzung im Wald verboten sein soll.

(Beifall CDU)

Und deswegen sind wir Rot-Rot-Grün durchaus dankbar, dass Sie das Thema „Waldgesetz“ jetzt auch auf die Tagesordnung gesetzt haben, und deswegen werden wir bei der Debatte um das Waldgesetz auch ganz klar vorschlagen, dass im

Thüringer Waldgesetz verankert wird, dass Windkraftnutzung künftig in Thüringer Wäldern verboten ist. Das ist die konsequente Antwort auf das, was die AfD hier in den Raum stellt. Nur machen wir es eben richtig und konsequent, und das ist dann eben auch der Unterschied von CDU zu AfD an dieser Stelle.

(Beifall CDU)

Und dann will ich aber auch sagen, dass neben der Frage „Wind im Wald“ auch die Frage von Mindestabständen – und auch das ist nicht neu – eine Rolle spielt. Rot-Rot-Grün hat da leider eine Chance vertan, wir hatten, als das noch im Baugesetzbuch ermöglicht wurde, eine Länderöffnungsklausel hier schon am Anfang dieser Legislaturperiode in das Parlament eingebracht. Sie von rot-rot-grüner Seite haben das abgelehnt und auch da hat sich gezeigt, dass Sie überhaupt nicht an Maß und Mitte und an Augenmaß interessiert sind, und deswegen ist es auch ein Thema, wo wir ganz klar sagen, das gehört dazu, wenn man Leitplanken beim Thema „Windkraftnutzung“ setzt, dass man eben auch für entsprechende Mindestabstände zur Wohnbebauung sorgt.

Dann will ich ein drittes Thema ansprechen, auch das hat hier schon eine Rolle gespielt und auch da hat man wieder gesehen, dass Rot-Rot-Grün an Maß und Mitte nicht interessiert ist, dass wir nämlich auch im Baugesetzbuch die Privilegierung der Windkraftnutzung abschaffen, weil wir – auch das haben wir schon mehrfach betont – immer wieder sagen müssen, dass die Windkraftnutzung den Kinderschuhen entwachsen ist. Deswegen sind das alles Beispiele, wo wunderbar deutlich wird, dass man beim Thema „Klimaschutz“, beim Thema „Energiewende“ einen konsequenten Weg gehen kann, dass man aber Maß und Mitte walten lassen muss, wofür wir stehen. Links und rechts in diesem Haus ist genau Maß und Mitte nicht vorhanden. Wie gesagt, die einen wollen gar keinen Klimaschutz, die anderen wollen ihn mit der Brechstange.

Deswegen kann man an dieser Stelle nur sagen, dass unser Weg aus der Mitte heraus durchaus auch an dieser Stelle wie bei anderen Themen auch der richtige ist. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Alles Ausreden!)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Landesregierung hat Staatssekretär Möller das Wort.

Möller, Staatssekretär:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Gäste auf der Tribüne und im Internet! Windkraft, das ist ja der zentrale Punkt, der hier zur Debatte stehen soll, bedeutet einen schwerwiegenden Eingriff in das Ökosystem unseres Bundeslands. Über das Ökosystem Thüringens nachzudenken, ist uns als Umweltministerium selbstverständlich immer wichtig. Deshalb beteiligen wir uns auch gern an dieser Debatte. Wenn ich allerdings die Überschrift dieser Aktuellen Stunde sehe „Keine Verschandelung unserer schönen Heimat“, dann kommen mir jedoch Zweifel daran, dass es sich hier um eine ehrliche Debatte um Nutzen und Probleme des Windkraftausbaus handeln soll. Und ich frage mich, ob es sich doch nicht eher um eine billige Stimmungsmache und plumpes Wahlkampfgetöse handelt.

Wie dem auch sei, wir führen heute die Debatte und ich will die Gelegenheit nutzen, ein paar grundlegende Dinge klarzustellen. Dazu gehört, dass die Landesregierung ohne Wenn und Aber zum Ausbau der Windenergie steht. Wenn wir den Klimawandel – und die Folgen erleben wir derzeit an vielen Stellen überdeutlich – überhaupt noch in den Griff bekommen wollen, dann müssen wir bis zur Mitte des Jahrhunderts unseren CO₂-Ausstoß, unseren Klimagasausstoß auf Null gebracht haben.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Sagen Sie das mal den Chinesen!)

Wir sind hier nicht in China, Herr Höcke, sondern wir sind in Thüringen, und deswegen rede ich auch hier in Thüringen und rede zu Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf diese Notwendigkeit hat einmal mehr, gerade in der letzten Woche, der renommierte Klimaforscher Anders Levermann auf unserer Erneuerbare-Energien- und Klimakonferenz eindringlich hingewiesen. Herr Levermann hat es ziemlich deutlich auf den Punkt gebracht und ich will es einmal so sagen: Wir alle – und ich nehme mich da gar nicht aus – glauben wahrscheinlich nicht wirklich, dass Hamburg absaufen wird. Wenn wir so ganz tief in uns reinhorchen, denken wir, so schlimm wird es schon nicht kommen. Aber die Situation ist tatsächlich dramatisch. Wenn der CO₂-Ausstoß bis 2050 tatsächlich auf Null reduziert werden soll, dann müssen wir jetzt dringend handeln. Das führen uns auch jeden Freitag die Schülerinnen und Schüler vor Augen, die für einen besseren und konsequenteren Klimaschutz nicht zur Schule gehen, sondern uns in der Öffentlichkeit darauf hinweisen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Handeln heißt im Bereich Energieversorgung weg von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energien. Vor diesem Hintergrund führt kein Weg am Ausbau der Windkraft vorbei. Es gibt keine überzeugende Alternative. Auch die Gegner der Windkraft sind bis heute nicht in der Lage, solche überzeugenden Alternativen zum Ausbau der Windkraft aufzuzeigen. Destruktive Kritik üben, das kann jeder. Aber eine seriöse Antwort auf die Frage, wie es stattdessen gehen soll, sind Sie uns bis heute leider schuldig geblieben.

Wenn ich darauf hingewiesen habe, dass die Landesregierung am Ausbau der Erneuerbaren und damit auch am Ausbau der Windkraft festhält, dann heißt das auch, dass wir uns natürlich auch in der Öffentlichkeit der Debatte stellen. Und dann heißt das auch, dass wir die realen Konflikte, die es gibt, den realen Zielkonflikt zwischen Natur- und Klimaschutz sehen und dass wir da natürlich für einen fairen Interessenausgleich sorgen müssen. Ich sage Ihnen, als 2016 der Windenergieerlass von der Landesregierung verabschiedet wurde, ist dieser Verabschiedung eine umfangreiche Debatte, eine ausführliche und breite Beteiligung der Öffentlichkeit vorausgegangen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Aber es ist doch nicht umgesetzt!)

Es wurden, Frau Tasch, Hunderte von Stellungnahmen ausgewertet, der Erlass wurde landesweit in vier Dialogforen vorgestellt. Frau Keller war vielfältig unterwegs. Es wurden Hinweise der Bevölkerung dazu gehört. Und es wurde die Möglichkeit geschaffen, über viele Aspekte der Windenergie in Thüringen konstruktiv zu diskutieren.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Es wurde nichts umgesetzt!)

Natürlich, es wurde eine ganze Reihe umgesetzt. Und immer wieder stellen wir uns der Diskussion und stellen wir uns den Kritikern des Windenergieausbaus in Thüringen. Wir werden alles daran setzen, die verschiedenen Kräfte und Positionen zum Thema „Windausbau“ an einen Tisch zu bekommen und für mehr Akzeptanz zu sorgen. Herr Gruhner, ich sage Ihnen, Maß und Mitte heißt nicht 10H. 10H heißt Schluss mit Windenergieausbau. Das ist die Konsequenz Ihrer Forderung. Sie verschleiern nur, was Sie wirklich wollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind wirtschaftsfeindlich und Sie sind eigentümergefährdend. Es gibt eine ganze Reihe von Waldeigentümern und Kommunen, die auch als Gemeinden und Eigentümer von Windkraftausbau im Wald

(Staatssekretär Möller)

profitieren wollen. Die Windenergie ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Thüringen. Wenn Sie sich mit den ENERCON-Leuten in Gotha unterhalten, sagen diese Ihnen: Drei Windräder schaffen einen zusätzlichen Arbeitsplatz.

(Beifall SPD)

Nach Einschätzung der Landesregierung ist die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich auch in Waldgebieten möglich, insbesondere dann, wenn dies ohne unverhältnismäßigen Eingriff möglich ist. Das gilt auch für bestimmte Gebiete im Thüringer Wald. Wenn wir den Windenergieausbau in Thüringen weiter vorantreiben wollen, brauchen wir dafür auch Flächen. Da halten wir es für absolut richtig und angemessen, dass wir Waldflächen in unsere Überlegungen und Standortprüfungen mit einbeziehen.

Ich spare mir an dieser Stelle Ausführungen zu der Frage, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen im Einzelnen wir das für zulässig halten. Das können Sie alles nachlesen – im besagten Windenergieerlass, in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Energiepolitik und in diversen Antworten der Landesregierung auf Kleine Anfragen. Ich will vielmehr an dieser Stelle drei Aspekte zur Diskussion „Wind im Wald“ herausgreifen.

Da wäre zunächst einmal der etwas lapidar klingende Hinweis, dass Wald nicht gleich Wald ist. Der Ausbau der Windenergie soll und wird nicht generell und überall auf Waldflächen möglich sein. Das sollte klar sein. Gerade der Wald, der durch Rechtsverordnungen als Schutz- oder als Erholungswald ausgewiesen ist, steht selbstverständlich für Windenergienutzung nicht zur Verfügung. Darüber hinaus können auch weitere Waldfunktionen schützenswert sein und Wälder deshalb von den regionalen Planungsgemeinschaften, die dafür verantwortlich sind, Windvorranggebiete auszuweisen, von der Windenergienutzung freigehalten werden.

Etwas anderes gilt aber für die Windenergienutzung in reinem Nutzwald, in der Regel in Fichtenmonokulturen. Hier können die Vorteile, die mit der Windenergienutzung verbunden sind, die Nachteile deutlich überwiegen, zumal der Betreiber einer dort errichteten Windenergieanlage grundsätzlich zur Wiederaufforstung im Verhältnis eins zu eins verpflichtet ist. Es ist also eine Unwahrheit, wenn immer wieder behauptet wird, durch das Aufstellen von Windrädern geht Wald verloren. Es geht kein Wald verloren. Wenn wir die zwei Windräder, die in Thüringen bisher im Wald errichtet worden sind, anschauen, dann ist dort mehr als eins zu eins wieder aufgeforstet worden und auch nicht wieder mit Fich-

tenmonokulturen, sondern mit hochwertigem Mischwald, der viel besser den Herausforderungen des Klimawandels trotzen kann.

Einen zweiten Punkt möchte ich ansprechen: Wenn Sie von Verschandelung der Landschaft sprechen, dann erlauben Sie mir den Hinweis, dass – anders, als man es bei Ihrer Wortwahl denken könnte – die Tourismuswirtschaft nicht unter der Windenergienutzung bzw. der vermeintlichen Verschandelung der Landschaft gelitten hat. Es gibt mittlerweile zahlreiche Studien, in denen die Touristen mit großer Mehrheit angeben, dass sie sich an ihrem Urlaubsort nicht durch Windkraftanlagen gestört fühlen. Stattdessen kann man das auch umkehren und sagen, dass die Windenergie für die betreffende Region eine Möglichkeit sein kann, sich als nachhaltiger und umweltfreundlicher Tourismusstandort zu etablieren.

Schließlich noch etwas zu dem von Ihnen aufgeworfenen Stichwort „Ökologie“: Natürlich muss es eine faire Interessenabwägung zwischen den verschiedenen Dingen, die bei der Errichtung von Windkraftanlagen eine Rolle spielen, geben. Wir ignorieren selbstverständlich nicht das Problem, was es mit Vogelzugkorridoren gibt. Wir ignorieren nicht, was das für Auswirkungen auf die Fledermauspopulation hat. Auch das Thema „Insekten“ wird heute schon in den emissionsschutzrechtlichen Verfahren geprüft. Aber die Frage, die sich in diesem Zusammenhang doch vor allem stellt, ist, wie wir hier in Thüringen den Klimaschutz am besten und am nachhaltigsten vorantreiben.

Zweifellos leistet der Wald beim Klimaschutz einen erheblichen Beitrag, indem er CO₂ in seiner Biomasse bindet und dabei einen nachwachsenden Rohstoff produziert. Aber wenn man allein mal die Energiebilanz anschaut und diese Energiefrage mal ein bisschen in die Tiefe analysiert, dann kann man feststellen, dass die Energiemenge, die durch eine moderne Windenergieanlage auf einem Hektar Fläche im Durchschnitt pro Jahr in Thüringen produziert wird, bei Weitem die Energiemenge übersteigt, die aus der Verbrennung von dem Holz erzeugt werden kann, das auf der gleichen Fläche im gleichen Zeitraum wächst – um ein Vielfaches. Ich rechne Ihnen das gern auch mal vor, weil Sie ja immer so gern mit dem gesunden Menschenverstand argumentieren. Wenn man mal die Bundeswaldinventur hernimmt, dann beträgt der durchschnittliche Holzzuwachs in Thüringens Wäldern derzeit 11,2 Festmeter Derbholz pro Hektar und Jahr über alle Baumarten und Altersklassen. Das entspricht etwa 9 Erntefestmetern Derbholz. Derbholz für die, die es nicht wissen, ist das Holz, bei dem die Stämme und Äste einen Durchmesser von mehr als

(Staatssekretär Möller)

7 Zentimetern haben. Das ist das Holz, was verwertet wird; der Rest bleibt im Wald. Wenn man davon ausgeht, dass man dieses Holz runterrocknet und dann trocken verbrennt, dann kann man damit eine Energiemenge zwischen 18.000 Kilowattstunden und 26.000 Kilowattstunden je nach Holzart erzeugen. Im Vergleich dazu erbringt eine übliche 2-Megawatt-Windenergieanlage – und das ist eine eher kleine nach heutigen Maßstäben –, die weniger als 1 Hektar Fläche beansprucht, einen durchschnittlichen Energieertrag von 3,5 Millionen Kilowattstunden. Also auf der einen Seite 18.000 bis 26.000 Kilowattstunden, auf der anderen Seite 3,5 Millionen Kilowattstunden. So viel zum gesunden Menschenverstand von Herrn Höcke.

Der Ausbau der Windenergie optimiert also unsere Klimaschutzmaßnahmen, und damit rede ich vom Klimaschutz, der zum Beispiel auch dazu beiträgt, langfristig unkontrollierbare Schadensereignisse zu vermeiden. Allein beim Orkan „Kyrill“ im Jahr 2007 waren 11.000 Hektar Waldfläche als Kahlfäche und gelichteter Wald betroffen. Wir haben inzwischen ja fast jedes Jahr diese orkanartigen Stürme, die dazu beitragen, dass Waldflächen vernichtet werden. Wir haben im letzten Jahr durch die Dürre massenhaft Borkenkäferkalamitäten gehabt, also auch Waldvernichtung. Und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, diese Zerstörung von Wald ist in meinen Augen total unsinnig und überflüssig. Und dagegen müssen wir etwas tun und nicht über Zerstörung von Wald durch Windräder reden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Ausbau von Windenergie in Thüringen ist gewissermaßen die Voraussetzung dafür, dass das Ökosystem Wald uns auch in Zukunft erhalten bleibt. Deshalb bitte ich Sie: Lassen Sie sich nicht von diesen kurzatmigen Betrachtungen über Verschandelung der Landschaft – ich vermute mal, die nächste Generation wird das ohnehin ganz anders sehen – leiten, sondern behalten Sie die Zukunft Thüringens im Blick! Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Da es der Landesregierung nicht möglich war, in 10 Minuten ihre Argumente vorzutragen, haben alle Fraktionen jetzt noch mal 2 Minuten Redezeit. Herr Abgeordneter Höcke.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ich danke Ihnen, denn Sie haben eindeutig bekannt, dass die Landesregierung Ja zur Windkraft im Wald sagt. Im Gegensatz zu den Abgeordneten der Regierungskoalition, die hier vorn gestanden haben, noch so ein bisschen laviert haben, rumgedrückt haben, haben Sie eindeutig Ja zur Windkraft im Wald gesagt. Und ich sage noch mal eindeutig als AfD-Fraktionsvorsitzender für die AfD: Wir sagen Nein zur Windkraft im Wald.

(Beifall AfD)

Sie haben auch – verbessern Sie mich bitte, falls ich Sie falsch verstanden habe –, zumindest indirekt, gesagt, dass Windkraft im Wald eine tourismusfördernde Wirkung haben könnte. Ich weiß nicht, wie oft Sie im Nachbarland Hessen unterwegs sind. Fahren Sie mal durch den Reinhardswald, fahren Sie mal durch Nordhessen, das ist ein sehr waldriches Gebiet, wie dort die Windräder unter grün-schwarzer Ägide oder grün-schwarzer Landesregierung aus dem Boden, aus dem Waldgebiet wie Pilze schießen und die Landschaft vollkommen entstellen. Ich kann Ihnen sagen, dass das mit Sicherheit nicht tourismusfördernd ist.

(Beifall AfD)

Wenn Sie wirklich diesen Schritt gehen und dieses Sakrileg hier für Thüringen und für den Thüringer Wald tatsächlich begehen, dann brauchen wir kein Tourismuskonzept für den Thüringer Wald mehr, dann können Sie sich das sparen.

(Beifall AfD)

Das wäre tatsächlich die Axt an die Wurzel der Thüringer Zukunft in diesem Bereich gelegt und das lehnen wir als AfD ab. Herzlichen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Harzer, Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Harzer, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich denke, wenn es nach gewissen Abgeordneten hier in diesem Haus geht, dann werden wir in 50 Jahren keinen Wald mehr haben, dann werden wir Wüstungen haben, werden wir Steppen haben. Dann werden wir auch vieles andere haben. Wenn wir auf die Insekten zurückkommen – ich hatte vorhin von einem Käfer gesprochen, das ist der Dungkäfer; dann die Hautflügler, hauptsächlich Wildbienen, Wespen und Amei-

(Abg. Harzer)

sen, die aussterben. Schmetterlinge gehören genauso dazu. Diese fliegen noch nicht mal in 100 oder 150 Metern Höhe, denn da finden sie keine Nahrung, denn die brauchen den Nektar. Von der Warte aus ist das auch ein bisschen sehr weit hergeholt. Wenn es um Tourismus geht, dann frage ich mich, warum an der Küste jedes Jahr Hunderttausende von Touristen sind, obwohl da oben die Windräder stehen, obwohl man sie sowohl auf der Seeseite als auch auf der Landseite sieht. Wenn man nach hinten guckt, sieht man sie, wenn man nach vorne guckt, sieht man sie.

Wenn es darum geht, lieber Herr Gruhner, wenn Sie das Baugesetzbuch ändern wollen, Sie sagen ständig, ich will die Privilegierung der Windkraft aufheben. Wie kommen Sie denn nicht mal darauf, dass Sie sagen, ich will die Privilegierung der Atomkraftwerke aufheben? Die sind genauso privilegiert im Baugesetzbuch. Die Biomasse ist privilegiert, die Bauernhöfe sind privilegiert. Wollen Sie das alles aufheben, wollen Sie die Privilegierung abschaffen?

(Unruhe CDU, AfD)

Mit welcher Begründung wollen Sie denn Atomkraftwerke weiterhin privilegieren lassen, aber Windkraftanlagen nicht mehr? Diese schaden wenigstens nicht und diese hinterlassen wenigstens keine radioaktiven Abfälle. Das einfach dazu.

Wenn wir über Neodym reden, Herr Höcke, dann müssten Sie sich aber mal damit befassen, dass das generell in Stromgeneratoren eingesetzt wird, also nicht nur bei Windkraftanlagen, dass es in MRT-Anlagen eingesetzt wird für die Gesundheit, aber das müssten Sie eben wissen.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist um.

Abgeordneter Harzer, DIE LINKE:

Und da Sie das nicht wissen, verwenden Sie Ihre Schlagworte und haben keine Ahnung. Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das kann ich nicht erkennen. Dann schließe ich den dritten Teil und rufe auf den **vierten Teil** der Aktuellen Stunde

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Personalnot im Thüringer Justizvollzug – Situation der Vollzugsbeamten verbessern –

Sicherheitsrisiken im Justizvollzug minimieren – mögliches Leitungsversagen des Thüringer Justizministers beenden“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 6/6998 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile Abgeordnetem Scherer, Fraktion der CDU, das Wort.

Abgeordneter Scherer, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben das Thema „Personalnotstand“ im Thüringer Justizvollzug zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde gemacht, obwohl das Thema schon sehr lange aktuell ist, nämlich schon ungefähr seit fünf Jahren.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Sie lachen zu früh, Herr Adams. Sie lachen einfach zu früh, Sie müssen warten, bis der Satz zu Ende ist.

Es ist mittlerweile immer noch aktuell, aber mittlerweile ist es akut – deshalb diese Aktuelle Stunde. Es ist ein kleiner Unterschied zwischen aktuell und akut. Aber „akut“ ist doch ein bisschen mehr als „aktuell“. Ich zitiere aus einem aktuellen Schreiben des Vorstandes des BSBD-Landesverbandes Thüringen an eine Kollegin von uns: „Der Vollzug steuert auf eine personelle Katastrophe zu, die sich kaum abwenden lässt. Man kann allenfalls noch Schadensbegrenzung betreiben und die Folgen vielleicht etwas mildern.“ Schon bei der Behandlung des Strafvollzugsgesetzbuchs im Jahr 2014 – parallel zum Jugendarrestvollzugsgesetz vor einiger Zeit – hatte ich 2014 schon mal gesagt, dass so ein Strafvollzugsgesetzbuch eine hohle Nuss ist, wenn es nicht eine den geänderten personalintensiven Anforderungen angepasste Personalbedarfsplanung gibt und diese dann auch unmittelbar umgesetzt wird. Bis heute, fünf Jahre später, ist nichts passiert.

Im Juli 2015 hat die CDU eine Kleine Anfrage zu diesem Thema – immerhin war damals schon ein Jahr vergangen – gemacht. Der Justizminister hat Folgendes geantwortet – ich zitiere –: „Auf der Grundlage des am 7. März 2014 in Kraft getretenen Thüringer Justizvollzugsgesetzbuches ist eine aktuelle Personalbedarfsberechnung für die einzelnen Justizvollzugseinrichtungen noch nicht durchgeführt worden. [...] Zudem sind aufgrund der zahlreichen neuen Aufgaben,“ – man höre – „die sich aus dem Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch ergeben, auch

(Abg. Scherer)

die Zuständigkeiten der Justizvollzugseinrichtungen nach dem Vollstreckungsplan aufgrund der sich verändernden Gefangenenzahlen neu zu strukturieren. Dieser Prozess ist derzeit – wir waren eben im Jahr 2015 – „noch nicht abgeschlossen, so dass mit einer Personalbedarfsberechnung noch zugewartet werden muss.“

Nach mehrfachen Aufforderungen hat dann der Landtag im Dezember 2017 – zwei Jahre später – folgenden Beschluss gefasst: „Die Landesregierung wird gebeten, dem Landtag in der ersten Hälfte des Jahres 2018 ein umfassendes Justizvollzugskonzept mit der Perspektive für das Jahr 2025 vorzulegen.“ Das ist an sich schon ein Vorgang, der verdeutlicht, dass der Justizminister seinen Aufgaben hier offensichtlich nicht nachkommt, und bis heute – fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Vollzugsgesetzbuchs – liegt uns immer noch kein Personal-konzept vor. Das alles lässt nur einen Schluss zu: Der Justizminister ist die gesamte Legislaturperiode seiner Fürsorgepflicht für die Justizvollzugs-beamten nicht nachgekommen. Eine dringend notwendige Aufstockung des Personals wegen der personalintensiven Neugestaltung des Strafvollzugs ist nicht erfolgt. Nicht zuletzt sind auch die Entweichungen aus dem Justizvollzug darauf zurückzuführen.

Es gibt in der „Thüringer Allgemeinen“ vom 20.11.2017 einen Ausspruch, ein Zitat des Fraktionsvorsitzenden der Grünen,

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright,
DIE LINKE: Das ist ja aktuell!)

Herrn Adams, zur Arbeit des Justizministers. Ich gehe mal davon aus, dass die TA ordentlich zitiert. Da sollen Sie gesagt haben: Danke für den Superjob, den du machst, Dieter. – Von einem Superjob kann aus meiner Sicht keine Rede sein; die Justizvollzugsbeamten fühlen sich im Stich gelassen.

(Beifall CDU)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere aus einem Schreiben des BSBD vom 17.02.2018 – letztes Zitat, dann bin ich schon fertig –: „Es sieht zunehmend so aus, als ob man sich über den Termin der Landtagswahl retten wolle. Die oft verbal geäußerte Wertschätzung für die Arbeit der Beschäftigten im Justizvollzug wird von diesen überwiegend nur noch als Lippenbekenntnis empfunden.“ Und das sagt meines Erachtens alles.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN: Sie müssen es nötig haben!)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der SPD hat Abgeordneter Helmerich das Wort.

Abgeordneter Helmerich, SPD:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Zuschauer, die CDU hat im Rahmen der heutigen Aktuellen Stunde ein Thema auf die Agenda gebracht, das mich auf der einen Seite als Mitglied der Strafvollzugskommission, auf der anderen Seite aber auch als Rechtsanwalt in besonderem Maße umtreibt.

Es ist die Aufgabe des Justizvollzugs, Verurteilungen zu vollziehen, folglich also eine sichere Unterbringung von Inhaftierten zu gewährleisten und sie zu befähigen, nach ihrer Strafverbüßung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Ich habe große Zweifel, dass der Thüringer Strafvollzug dieser anspruchsvollen Aufgabe vor dem Hintergrund einer äußerst angespannten Personalsituation noch gerecht werden kann.

Sehr verehrte Damen und Herren, im Rahmen der Gespräche der Strafvollzugskommission mit dem Personal in den Justizvollzugsanstalten wurde für mich eines deutlich: In Thüringer Gefängnissen herrscht ein erheblicher Personalnotstand. Und eben dieser Personalnotstand ist hausgemacht. Der deutliche Stellenabbauplan aus vergangenen CDU-Zeiten hat maßgeblich dazu beigetragen. Neues Personal wurde kaum bis gar nicht ausgebildet bzw. eingestellt. Im Ergebnis liegt das Durchschnittsalter des im Strafvollzug arbeitenden Personals bei 46 Jahren. Die Folgen: krankheits- bzw. altersbedingte Ausfälle. Zur Verdeutlichung noch mal konkrete Zahlen: Aktuell gibt es im mittleren Justizvollzugsdienst knapp 900 Stellen, die aber nur mit 823 Bediensteten besetzt sind. Jeder von ihnen ist im Jahresdurchschnitt mehr als 30 Tage krank. Dass diese Situation personell nur schwerlich kompensiert werden kann, ist deutlich. Dies wiederum hat unmittelbaren Einfluss auf die Haftbedingungen der Inhaftierten, sodass sich die Sicherheitslage verschlechtert. Fraglich ist zudem, wie Resozialisierungsmaßnahmen erfolgreich umgesetzt werden sollen, wenn das erforderliche Personal fehlt. Obwohl vonseiten der Personalvertretungen auf den Mangel hingewiesen wurde, sind seit 2014 die erforderlichen Maßnahmen nicht mit Nachdruck angegangen worden.

Sehr geehrte Damen und Herren, seit Jahren nimmt die Zahl der Gefangenen mit psychischen Störungen und Suchtmittelproblematiken stetig zu. Hier muss ganz konkret angesetzt und mit einer entsprechenden Personalentwicklung in den kom-

(Abg. Helmerich)

menden Jahren gegengesteuert werden. Ich begrüße es, dass mir die CDU mit ihrer Aktuellen Stunde die Möglichkeit eröffnet hat, den Blickpunkt auf die Personalsituation im Thüringer Strafvollzug zu richten. Ich möchte dafür werben, sich umfassend mit dieser Problematik auseinanderzusetzen. Im Rahmen der Haushaltsdiskussion müssen wir an weiteren, über das Personalentwicklungskonzept des Justizministeriums hinausgehenden Lösungsstrategien arbeiten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der AfD hat Abgeordneter Möller das Wort.

Abgeordneter Möller, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Ja, liebe Kollegen der CDU-Fraktion, die Personalbedarfsmessung aus dem Jahr 2004 ist nicht mehr zeitgemäß. Und ja, es liegt bis heute kein Personalentwicklungskonzept vor. Ja, es dürfte im erheblichen Umfang unstrittig sein, dass die Überlastungssituation im Justizvollzug und insbesondere die diversen Mängel, die im Laufe der Legislaturperiode für diverse Skandale gesorgt haben, darauf zurückzuführen sind – zu erwähnen sind nur der eskalierende Drogenmissbrauch oder eben auch die Gefangenausbrüche. Selbst Herr Helmerich hat ja eben festgestellt, dass es hier ein erhebliches Organisationsversagen gibt und dass es dieses Organisationsversagen natürlich abzustellen gilt. Allerdings hat er da auch schon auf die nächsten Jahre verwiesen. Offensichtlich, weil er ganz genau weiß, unter der derzeitigen Hausspitze wird sich da natürlich nichts mehr ändern.

Insofern sind die Verantwortlichkeiten eigentlich so weit schon geklärt. Man muss vielleicht noch dazu sagen: Das ganze Problem begann nicht erst mit Rot-Rot-Grün, es war schon vorher da, vielleicht nicht ganz so schlimm, es ist dann natürlich konsequent verschlechtert worden. Das kann einen auch nicht wirklich verwundern, nachdem die Behandlung dieser Themen hier im Plenum und auch in den Ausschüssen beispielsweise mit Ausreden erfolgt ist. Allein meine Fraktion hat zu diesem Themenkomplex insgesamt 34 Kleine Anfragen, fünf Anträge, fünf Selbstbefassungsanträge im Justizausschuss, zwei Aktuelle Stunden und eine Mündliche Anfrage gestellt. Genützt hat das alles nichts, weil trotz der bekannten Defizite in der Führung des Justizministeriums das Wohl und Wehe der Koalition eben davon abhängt, dass der grüne

Justizminister eben Justizminister bleibt, egal, was er alles zu verantworten hat.

(Beifall AfD)

Jetzt gegen Ende der Legislaturperiode ist im Grunde auch klar, dass sich daran nichts ändern wird – Herr Helmerich hat es auch schon festgestellt. Das mag unbefriedigend sein, insbesondere natürlich aus Sicht der Opposition, angesichts der Latte an Skandalen, die keine Führungskraft in einem privaten Unternehmen überstanden hätte, aber daran kann eben eine Aktuelle Stunde nichts mehr ändern und deswegen, liebe CDU-Fraktion, liebe CDU, sollte man Ihrerseits vielleicht überlegen, ob Sie für die Zeit nach der Wahl Ihre politischen Verbündeten für eine Regierungsbildung in den Reihen derjenigen finden wollen, die dieses Versagen gedeckt haben und die letztendlich dafür sorgten, dass die Bindung von politischer Verantwortung und persönlichen Konsequenzen,

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ein Angebot an die CDU!)

wie sie in demokratischen Regierungssystemen üblich ist, dass diese Bindung in Thüringen aufgekündigt wurde, wie man gerade am Fallbeispiel des Justizministeriums sehen kann. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordnete Rothe-Beinlich das Wort.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Wie entsteht wohl eine Aktuelle Stunde? Bei der CDU stelle ich mir das ungefähr so vor: Man nehme ein Zitat aus einer Thüringer Zeitung von 2017, reiße es aus dem Zusammenhang und kreierte eine – ich betone – „Aktuelle“ Stunde daraus. Denn zur Wahrheit gehört, werter Herr Scherer, dass dieses Zitat, was Sie benannt haben, tatsächlich aus der „Thüringer Allgemeine“ vom 20. November 2017 stammt und – Überraschung! – es ging überhaupt nicht um das Thema „Justiz“, sondern es ist ein Bericht über den Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen, wo Dieter Lauinger das Integrationskonzept, was gerade verabschiedet worden war, vorgestellt hat. Und das hat unser Fraktionsvorsitzender mit den Worten „Dieter, du machst einen tollen Job.“ begrüßt. So viel zur Wahrheit, so viel zum Thema.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Rothe-Beinlich)

Jetzt kommen wir aber zum Thema Ihrer Aktuellen Stunde. Wenn Sie nichts Aktuelleres gefunden haben, Herr Scherer, scheint da ja nicht all zu viel zu sein, denn es ist ja Fakt, dass Sie offenkundig etwas skandalisieren wollen oder müssen und deshalb zu diesem Mittel gegriffen haben. Das passt dann bestimmt auch zur Inszenierung am Freitag, aber eigentlich müssen wir über die Versäumnisse der CDU-Vorgängerregierung reden, denn ihre Politik ist der Grund, warum wir im Justizvollzug die Personalsituation haben, wie Sie sie nun anprangern. Doch damit prangern Sie ganz allein Ihre verfehlte Personalpolitik, bestehend aus Stellenabbaupfad, versäumter Ausbildung und einer ungesunden Altersstruktur, an. Was zuerst einmal festzustellen ist, ist nämlich, dass der Thüringer Justizvollzug mitnichten ein Sicherheitsrisiko darstellt, wie die CDU versucht zu suggerieren. Die Justizvollzugsbeamtinnen leisten Tag für Tag eine hervorragende, aber auch anspruchsvolle Arbeit und an dieser Stelle wollen wir Danke sagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei muss der Justizvollzug vornehmlich zweierlei gewährleisten: erstens den Vollzug einer verhängten Freiheitsstrafe sicherstellen und zweitens die Resozialisierung der Gefangenen befördern. Für beides braucht es, das wissen zumindest die, die sich mal damit beschäftigt haben, gut ausgebildete und auch motivierte Bedienstete im Thüringer Strafvollzug, und zwar in ausreichender Anzahl. Mit der Novellierung des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs sind 2014 unter der schwarz-roten Vorgängerregierung ambitionierte Ziele und Vorgaben zur besseren Resozialisierung Gefangener gesetzlich verankert worden, ohne dafür die notwendigen personellen Mehrbedarfe zu erkennen. In der Folge ist trotz eines Betreuungsschlüssels zwischen Vollzugsbediensteten zu Gefangenen, der seit Jahren auf einem stabilen Niveau verharrt, die Arbeitsbelastung gestiegen, all das war absehbar. Und ja, es gab Ausbrüche, zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Entflohenen alle wieder gefasst werden konnten, der Justizminister stets umfassend Bericht erstattete – das weiß man, wenn man im Ausschuss auch anwesend ist, das kann ich mir gerade nicht verkneifen – und die Koalition ein Sicherheitspaket für Justizvollzugsanstalten im letzten Doppelhaushalt verabschiedet hat, unter anderem,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört! Hört!)

ich erinnere, mit einem Herzschlagdetektor, einer Mobilfunkblockung aller in der JVA Tonna, mit Sicherheitsbekleidung für die Strafvollzugsbediensteten und vielem mehr. All diese Dinge steigern tatsächlich die Sicherheit im Thüringer Justizvollzug.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr richtig!)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer sichere Gefängnisse will, weiß aber auch, dass es hierfür eine mehrjährige und fachlich anspruchsvolle Ausbildung braucht. Der Weg des Justizministers, die Ausbildungskapazitäten auf 25 pro Jahr zu erhöhen, ist daher der völlig richtige. Dies wird nicht nur dazu beitragen, dass die jährlichen Abgänge von 15 bis 27 Bediensteten pro Jahr zu kompensieren sind, sondern dass der Personalkörper auch signifikant verjüngt wird. Das ist höchste Zeit, der aktuelle Altersdurchschnitt liegt bei 46 Jahren und das bei Zunahme an psychischen Störungen und Suchtmittelproblematiken bei Gefangenen, wodurch zur körperlichen noch zusätzlich eine enorme psychische Belastung für die Bediensteten hinzukommt. Entsprechend hoch, das ist schon angesprochen worden, ist auch der Krankenstand im Moment mit 32 Tagen pro Bedienstetem. Hier hat die Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements allerdings schon positive Wirkung gezeigt und für einen Rückgang gesorgt. Durch Verjüngung des Personalkörpers ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen.

Abschließend noch zum Personalentwicklungskonzept: Ich bin froh, dass dieses unter breiter Einbindung der Personalvertretungen im Austausch mit dem Ministerium zustande kommt. Solche Prozesse – das wissen Sie aber auch selbst – sind nicht einfach und brauchen Zeit, aber ich bin überzeugt, dass das kommende Personalentwicklungskonzept von diesen breiten Beteiligungsprozessen profitieren wird. Also Ihr Ablenkungsmanöver ist leider krachend gescheitert. Vielleicht versuchen Sie von der CDU es beim nächsten Mal anders. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Die Linke hat Abgeordnete Müller das Wort.

Abgeordnete Müller, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Abgeordnetenkollegen und -kolleginnen! Liebe Frau Astrid Rothe-Beinlich, ich danke Ihnen ausdrücklich, dass Sie schon einiges erwähnt haben, was den Justizvollzug betrifft, weil wir einen sicheren Justizvollzug und tolle Beamtinnen und Beamte haben, die dort arbeiten und jeden Tag dafür sorgen, dass es den Gefangenen auch gut geht, und die diese Arbeit mit

(Abg. Müller)

Hochachtung erfüllen. Also das sollte uns zuerst einmal deutlich werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum wiederholten Male und innerhalb so kurzer Zeit – das ist wie in so einer Endlosschleife – beschäftigt die CDU-Fraktion das Plenum mit diesem Thema, insbesondere mit dem Teilthema „Personal und Sicherheit“. Werte Damen und Herren der CDU, es wäre sehr, sehr schön gewesen, wenn Sie sich in Ihrer Regierungszeit so intensiv und leidenschaftlich damit auseinandergesetzt hätten.

(Unruhe CDU)

Da müssen Sie nicht „och“ machen. Hätten Sie damals schon gearbeitet, hätten wir die Probleme jetzt nicht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist so. Sie haben uns ein Portfolio an Baustellen in so vielen Bereichen hinterlassen, dass es gut ist, dass wir noch weitere fünf Jahre nach der Landtagswahl regieren können.

Im Augenblick sind die Gefangenenanzahlen rückläufig und der Personalschlüssel im Justizvollzug ist okay. Durch den Haushalt 2018/2019 wurde noch ein extra Sicherheitspaket für den Justizvollzug aufgelegt, das nun umgesetzt wird. Im kommenden Haushalt 2020 wird die Arbeit an dieser Baustelle fortgesetzt.

(Unruhe CDU)

Ich begrüße Sie, Herr Fiedler. Schön, dass Sie wieder im Hause sind.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ja!)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Der ist auch fast der einzige der CDU-Fraktion!)

Eine Baustelle, die auch von der CDU so hinterlassen wurde – vielleicht können wir mal für Ruhe sorgen?

Vizepräsidentin Jung:

Also Anweisungen nehme ich natürlich nicht entgegen, Frau Abgeordnete Müller, aber ich bitte trotzdem um mehr Aufmerksamkeit.

Abgeordnete Müller, DIE LINKE:

Danke Ihnen, Frau Präsidentin!

(Beifall DIE LINKE)

Also eine Baustelle, die auch von der CDU so hinterlassen wurde, weil es eben kein umfassendes Sicherheitskonzept für den Justizvollzug gab. Auch hier haben wir eine Masse an Nachholbedarf vorgefunden, Näheres wird sicherlich auch der Justizminister gleich erwähnen.

Jetzt kommen wir mal auf die Versäumnisse der CDU-Politik zulasten des Thüringer Justizvollzugs zurück: Eines der schwerwiegendsten Versäumnisse der CDU-Landesregierung war – und hören Sie gut zu –, für den Justizvollzug einen Personalabbaupfad festzulegen, den faktischen Ausstieg aus der Ausbildung von Anwältinnen und Anwältern eingeschlossen, und der ist an der Realität völlig vorbei. Damals gab es schon die Entwicklungen und Notwendigkeiten, die gezeigt haben, dass das äußerst falsch ist. Und Ihnen war doch schon damals klar, dass wegen der Altersstruktur der Bediensteten – und das wurde auch schon gesagt, die machen echt einen klasse Job – in einigen Jahren eine massive Pensionswelle in einem kurzen Zeitraum ansteht. Sie sehen, es geht also hier um die Sicherung von Personalersatz und nicht um Personalabbau, den wir erst einmal betreiben. Und Ihnen war auch damals schon bewusst, dass wir wegen der speziellen Arbeitsanforderungen im Justizvollzug das Personal selbst ausbilden müssen, denn man findet es eben nicht einfach auf der Straße und es wächst auch nicht auf den Bäumen.

(Unruhe CDU)

Mit Ihrem Abbaupfad haben Sie das einfach verhindert und trotzdem sind Sie – auch Sie, Herr Scherer – entgegen von Warnungen der Fachleute aus der Anwälterausbildung ausgestiegen und dann ganz, ganz minimal wieder eingestiegen. Das sind in Sachen Personal fast gleichzeitig zwei sehr grundsätzlich und zeitlich weitreichende falsche Weichenstellungen, und die wirken bis heute nach.

(Unruhe CDU)

Und hinsichtlich der Frage Personalentwicklung ist noch Folgendes zu beachten: Die konkreten Planungen für das Personalentwicklungskonzept im Thüringer Justizvollzug hängen untrennbar mit der Frage zusammen, was aus der geplanten gemeinsamen JVA in Zwickau wird. Im Moment stoppt die Sache nicht nur, weil unter den damals sehr intransparenten Bedingungen ein äußerst schwieriger Bauplatz – Stichwort: Altlasten – ausgesucht wurde. Dabei will ich nur mal sagen, es hatte auch in Thüringen gute Bauplätze gegeben, aber die wurden von der CDU-Landesregierung früh aus dem Rennen geworfen. Nun entwickelt sich hinsichtlich der neuen JVA Zwickau immer mehr konzeptionelle und finanzielle Unsicherheit, konzeptionell, da Thü-

(Abg. Müller)

ringen nicht wie geplant die JVA Hohenleuben schließen kann und wider Erwarten gegebenenfalls für ihren Weiterbetrieb ertüchtigen muss.

Vizepräsidentin Jung:

Frau Abgeordnete Müller, Ihre

Abgeordnete Müller, DIE LINKE:

Schade. Ich hätte Ihre Verfehlungen gern noch weiter aufgezeigt, denn Sie sind schuld an dem,

(Unruhe CDU)

was wir gerade vorfinden. Danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Landesregierung hat Minister Lauinger das Wort.

Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich werde das noch ein bisschen fortführen können, wofür die Zeit von Frau Müller nicht mehr gereicht hat. Ich versuche es mal mit ein paar Fakten zum Beginn, nämlich der Situation, wie sie diese Landesregierung vorgefunden hat, als sie im Dezember 2014 ins Amt kam. Personal kann man nur dann haben, wenn man auch ausbildet. Jetzt versuche ich Ihnen mal vorzulesen, was die Vorgängerregierung unter Führung der CDU in der letzten Legislaturperiode im Justizvollzug ausgebildet hat: Im Jahr 2010 null Auszubildende, im Jahr 2011 null Auszubildende,

(Zwischenruf Abg. Müller, DIE LINKE: Hört, hört!)

im Jahr 2012 immer noch null Auszubildende. Dann hat man sich dazu durchgerungen, mal wieder acht und im nächsten Jahr zehn Leute auszubilden. Also wurden in einer Legislaturperiode 18 Leute ausgebildet. Und sich jetzt und hier hinzustellen und zu sagen, es fehlen aber Leute in den nächsten Jahren,

(Unruhe CDU)

ist an Dreistigkeit kaum mehr zu überbieten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

18 Leute in einer Legislaturperiode auszubilden, um dann zu sagen, jetzt fehlt Personal, ist wirklich schon ein starkes Stück. Sie haben in Ihrer Amts-

zeit 67 Stellen abgebaut in dieser Zeit. Von Ihnen stammen das Personalabbau- und das Stellenabbaukonzept für den Justizvollzug. All das stammt aus Ihrer Verantwortung.

Und jetzt sage ich Ihnen, was wir seither gemacht haben. Wir haben diese Ausbildungssituation drastisch verbessert. Wir bilden jetzt wieder 25, vielleicht sogar, wenn es klappt, 30 Leute aus. Das heißt, zum ersten Mal seit vielen, vielen Jahren,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

haben wir mehr Auszubildende als Altersabgänge. Zum ersten Mal drehen wir das Ganze. Von daher: Ich hatte ja die Aktuelle Stunde gelesen, ich habe gesagt, manchmal denke ich, es kann nicht wahr sein, mit welcher Dreistigkeit man Dinge darzustellen versucht.

(Unruhe CDU)

Zu sagen, man bildet überhaupt nicht aus und dann fehlen die Leute. Natürlich können wir die – darauf hat Frau Müller schon hingewiesen – nicht von der Straße nehmen. Das ist eine zwei-, manchmal dreijährige Ausbildung für diese Leute und erst dann stehen sie dem Vollzug tatsächlich zur Verfügung.

Aber das war nicht das einzige, was wir in dieser Zeit für den Vollzug gemacht haben. Wir haben tatsächlich – darauf hat Frau Rothe-Beinlich hingewiesen – mit dem letzten Doppelhaushalt so viel in Sicherheitstechnik investiert, wie es noch nie der Fall gewesen ist. Wir haben massiv die Sicherheitstechnik in den Justizvollzugsanstalten erhöht. Und wir haben uns auch zum Beispiel solchen Problemen wie in Ostthüringen gewidmet. Natürlich war die Situation schlecht in Ostthüringen, aber zum Beispiel die Schließung der JVA Gera hat genau diesen Effekt gehabt. Wir haben die Beamten, die in Gera waren, bis auf ganz wenige, die in den Wachtmeisterdienst in der Justiz gegangen sind, nach Hohenleuben versetzt. Und plötzlich hat sich die Situation in Hohenleuben dramatisch entspannt. Wir haben in Ostthüringen inzwischen eine Situation, dass – nach dem Personalentwicklungskonzept, auf das ich gleich noch zu sprechen kommen werde, auf das Sie ja so dringend warten – wir tatsächlich in Ostthüringen sogar aufgrund dieser Situation einen leichten Überschuss an Personal in Hohenleuben haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das liegt daran, dass wir diesen mutigen Schritt gegangen sind, eine Haftanstalt, die sich einfach durch nichts mehr gerechnet hat – wenn ich nämlich nur 50 Gefangene habe für eine Haftanstalt und mindestens genauso viele Bedienstete, dann rechnet sich das nicht. Wenn Sie dann aber 30 oder 40

(Minister Lauinger)

davon nach Hohenleuben verlegen und das gesamte Personal mitschicken, haben Sie dort eine deutlich bessere Situation. Auch das haben wir gemacht.

Wir haben – auch darauf wurde schon hingewiesen – das Gesundheitsmanagement deutlich verbessert und werden jetzt tatsächlich zum ersten Mal, nachdem wir die Ausbildungskapazitäten wieder deutlich erhöht haben, diese Situation haben, dass die Zahl derjenigen, die aus der Ausbildung kommen, derjenigen übersteigt, die in den Ruhestand gehen werden.

Ihr Vorwurf, man hätte nichts getan, ist völlig an den Haaren herbeigezogen. Die Wahrheit ist, dass wir das tun, was Sie über viele Jahre unterlassen haben, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich zum Schluss vielleicht noch auf dieses Personalentwicklungskonzept zu sprechen kommen. Ja, es ist richtig: Auf der einen Seite hat Thüringen die niedrigsten Gefangenenanzahlen seit der Wiedervereinigung. Noch nie hatte Thüringen so wenig Straftäter in den Gefängnissen, was grundsätzlich ein positives Zeichen ist. Trotzdem ist die Situation – das ist der Punkt, bei dem ich Herrn Helmerich recht gebe –, wenn ich mit vielen dieser Beamten spreche, immer wieder klar, dass die Problemlagen der Inhaftierten, wie es so schön heißt, multipler geworden sind.

Es ist auch richtig und es ist auch gut – da verteidige ich an dieser Stelle immer ganz ausdrücklich meinen Vorgänger, Herrn Poppenhäger –, dass das neue Strafvollzugsgesetzbuch den richtigen Ansatz wählte zu sagen, wir müssen einen stärkeren Fokus auf den behandlerischen Vollzug legen. Dann kommt aber wieder der Vorwurf – den kann ich Ihnen nicht ersparen –, Sie haben dieses Gesetz gemacht und haben hineingeschrieben, personelle Auswirkungen: keine.

Jetzt haben wir festgestellt, dass das einfach nicht richtig ist. Natürlich dauert es ein bisschen, das zu evaluieren, wenn man das umsetzt, was man dann braucht. Deshalb ist es so, dass der Thüringer Vollzug mittelfristig auf jeden Fall zur Durchsetzung dieser richtigen Ansatzpunkte in dem Strafvollzugsgesetzbuch Personal brauchen wird. Das Personal können wir aber erst einmal nur generieren, indem wir die Ausbildungskapazitäten weiter erhöhen. Wir werden Ihnen das noch in der nächsten Zeit vorlegen. Es wird eine Zahl sein, die sich in dem Siebzigerbereich bewegen wird. Wir sind wirklich in den allerletzten Abstimmungen mit den Personalvertretungen. Zum Schluss wird da eine Zahl stehen, dass der Thüringer Vollzug, um diese anspruchsvollen Ziele des Strafvollzugsgesetzbuchs zu erfül-

len, tatsächlich dieses Maß mehr an Personal braucht. Dann freue ich mich auch ganz besonders darauf, Herr Helmerich, wenn Sie und die SPD-Fraktion zusammen mit Ihrer Finanzministerin sagen: Stimmt, das machen wir so. Diese Stellen werden wir in den nächsten Doppelhaushalt in der nächsten Legislaturperiode schreiben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Unterstützung in diesem Kampf haben Sie auf alle Fälle. Das ist keine Frage. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Jung:

Ich schließe den vierten Teil der Aktuellen Stunde und rufe auf den **fünften Teil**

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Thüringen stärken und medizinische Versorgung flächendeckend sicherstellen“

Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 6/6999 -

Das Wort hat Abgeordneter Dr. Hartung für die Fraktion der SPD.

Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste! Vor einigen Tagen hat die DAK eine Studie zur Gesundheit der Kinder hier in Thüringen veröffentlicht. Nun könnte man sagen: Die DAK ist nicht unbedingt die größte Kasse in Thüringen. Das ist sicher richtig, aber es ist zumindest eine Studie, die etwa 4 Prozent aller Thüringer Kinder und Jugendlichen umfasst. 4 Prozent, das ist nicht nichts und damit kann man schon mal umgehen. Die Auswertung bezieht sich ausschließlich auf Versorgungsdaten, das heißt darauf, wenn Kinder und Jugendliche beim Arzt, im Krankenhaus, bei Apotheken oder anderen medizinischen Versorgern aufgetaucht sind und dort eine Behandlung bekommen haben. Was dort festgestellt wird, ist meines Erachtens durchaus bedenkenswert. Wenn wir uns überlegen, dass in fast allen Bereichen, die aufgeführt sind, die Thüringer Kinder wesentlich häufiger behandelt werden müssen als der Bundesschnitt, gibt das schon zu denken.

Der einzige Bereich, in dem es eine niedrigere Arztbesuchsfrequenz von Kindern gab, ist der augenärztliche Bereich. Und selbst da muss man jetzt die

(Abg. Dr. Hartung)

Frage stellen, ob das eventuell an der, sage ich mal, nicht so üppigen Ausstattung mit Augenärzten, die in Thüringen zu konstatieren ist, liegen könnte und ob es, wenn es genügend Termine und genügend Augenärzte gäbe, möglicherweise auch da eine wesentlich höhere Frequentierung geben würde.

Ich möchte mal an dieser Stelle ein paar Zahlen herausgreifen. Beispielsweise ist die Zahl der Neurodermitiserkrankungen oder Neurodermitisbehandlungen von Kindern in Thüringen um fast zwei Drittel höher als im Bundesschnitt. Oder um eine weitere Zahl aufzuführen: Thüringer Kinder sind zu einem Drittel hautkrank, also die Versicherten der DAK. Weitere auffällige Erkrankungen sind Virusinfekte beispielsweise, die in Thüringen 41 Prozent höher liegen als im Bundesschnitt. Wir müssen da tatsächlich auch jede einzelne Zahl genauer anschauen. Hier sind es sehr, sehr viele Erkrankte, also immer mehrere Hundert pro Tausend, also durchaus eine nennenswerte Zahl. In einem anderen Bereich, bei psychischen Auffälligkeiten in Verbindung mit Alkohol, geht es nur um wenige Fälle. Aber immerhin, auch da liegt Thüringen 47 Prozent über dem Bundesschnitt. Ich glaube, das allein macht schon deutlich, dass da tatsächlich etwas im Argen liegt. Und wenn wir uns jetzt noch bestimmte Gewichtungen anschauen, da müssen wir feststellen, dass es einen deutlichen Unterschied zwischen Stadt und Land gibt. Kinder, die in ländlichen Regionen aufwachsen, sind wesentlich seltener beim Arzt vorstellig als Kinder, die in städtischen Regionen aufwachsen. Das macht sich besonders bei Dingen wie Karies, bei psychischen Auffälligkeiten, bei psychosomatischen Erkrankungen, bei Allergien, bei Hautkrankheiten und bei Virusinfekten bemerkbar. Darüber hinaus – auch das sollte uns zu denken geben – sind Kinder unterschiedlich erkrankt oder unterschiedlich in Behandlung nach ihrem sozioökonomischen Umfeld. Kinder aus Studierten-Elternhäusern, mit studierten Eltern, sind zu 74 Prozent weniger mit Karies belastet als Kinder aus Elternhäusern ohne studierte Elternteile. All das müssen wir genauer betrachten. Das wirft ein Starklicht auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Thüringen.

Ich möchte jetzt mal den Blick von dieser DAK-Studie abwenden und zum Robert-Koch-Institut gehen, das mal ausgewertet hat, wie die Impfquoten in Thüringen sind. Ich möchte mal deutlich machen, bei den Masern nimmt Thüringen bei den Kindern, die zweimal geimpft sind, also einen kompletten Impfschutz haben, derzeit den zweitletzten Rang vor Sachsen ein, bei Kinderlähmung ebenfalls den zweitletzten Rang vor Baden-Württemberg. Das sind Zahlen, die müssen uns zu denken geben. Da

waren wir mal wesentlich besser. Da waren wir in der letzten Legislatur an dritter bzw. fünfter Stelle von vorn. Jetzt sind wir an vorletzter Stelle. Das ist im Prinzip der Punkt, weswegen wir diese Aktuelle Stunde hier eingereicht haben. Wir müssen diese beiden Signale – das sind ja nur zwei von vielen Signalen – ernst nehmen. Wir müssen schauen, warum Thüringer Kinder kränker als andere Kinder in der Bundesrepublik sind. Wir müssen schauen, ob wir es uns leisten können, die Impfquote weiterhin so fallen zu lassen. Die wird wirklich schlechter, messbar schlechter, auch wenn sie in diesem Jahr, verglichen zum letzten Jahr, etwas angestiegen ist. Sie ist deutlich schlechter als noch vor zehn Jahren. Und genau diesen Punkt müssen wir beleuchten. Ich glaube, aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir aktuelle Meldungen ernst nehmen und tatsächlich zur Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen eine etwas aufmerksamere Haltung einnehmen, als es vielleicht bisher der Fall ist. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der CDU hat Abgeordneter Zippel das Wort.

Abgeordneter Zippel, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank an die SPD-Fraktion für diese Aktuelle Stunde. Ich selbst hatte Anfang März eine Kleine Anfrage zum Thema „Chronische Erkrankungen bei Kindern“ gestellt. Und es ist jetzt schön, dass nun auch die SPD sieht, dass in Thüringen bei dieser Thematik einiges im Argen liegt. Aber, Herr Kollege, ich bin ein bisschen enttäuscht von dem, was Sie hier so dargeboten haben. Sie haben hier zu 80 Prozent die DAK-Studie aufgezählt und dann noch kurz dem Ministerium ein paar Tritte vors Schienbein gegeben. Das wäre eigentlich meine Aufgabe – aber trotzdem danke für diese Arbeit.

Die Aktuelle Stunde ist nichtsdestotrotz ein wichtiges Signal, dass doch einiges nicht passiert ist, was hätte passieren müssen. Aussitzen hilft eben nicht weiter. Die Ergebnisse der Länderstudie im Auftrag der Krankenkasse DAK sind in der Tat alarmierend.

Wir haben es natürlich auch mit einem bundesweiten Trend zu tun. Die Ursachen sind sicherlich komplex. Es geht um Fragen des Lebensstils, um Freizeitgestaltung. Aber die Frage ist doch, warum in Thüringen eben mehr Kinder chronisch erkrankt

(Abg. Zippel)

sind als Gleichaltrige in anderen Bundesländern. Diese Frage wurde eben gerade vom Antragsteller der Aktuellen Stunde nicht aufgeworfen.

Jedes dritte Kind in Thüringen ist körperlich chronisch krank – jedes dritte Kind! Knapp jedes zehnte Kind in Thüringen leidet an einer potenziell chronischen psychischen Erkrankung. Ich habe schlichtweg den Eindruck, dass das Thema in Thüringen vernachlässigt wird. Schade ist es zum Beispiel, denn die Landesgesundheitskonferenz ist ein Instrument, das ja gerade dafür geschaffen wurde, um sich mit solchen Themen auseinanderzusetzen. Es wäre dafür prädestiniert, eben alle Akteure an einen Tisch zu bringen, aber diese Möglichkeiten bleiben in Thüringen ganz offensichtlich ungenutzt. Es ist kein Geheimnis, ich war nie ein großer Freund der Landesgesundheitskonferenz, und wenn ich solche Probleme höre

(Zwischenruf Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:
Sie waren auch nie da, oder?)

– ich war da, zweimal –, dann merke ich einfach, dass die Landesgesundheitskonferenz offensichtlich viel redet, ins Leere arbeitet, aber solche Probleme einfach nicht gelöst werden. Da würde ich mir doch viel mehr wünschen. Aber, Frau Ministerin, vielleicht können Sie es als Anregung mitnehmen. Falls Sie noch ein Thema für die diesjährige Landesgesundheitskonferenz suchen, dann wäre das doch vielleicht mal ein Anlass, Probleme haben wir in dem Bereich ja genug. Wünschenswert wäre allerdings, auch wirklich mal konkrete Ergebnisse zu liefern und eben nicht nur Symbolpolitik.

Ein weiterer Punkt ist, dass jeder 20. Minderjährige chronisch übergewichtig ist – jeder 20. Minderjährige! Und 6 Prozent aller Kinder ab 12 Jahren wurden wenigstens einmal im Jahr wegen Rückenleiden behandelt. Ganz sicher hilft hier auch nicht – und da kommen wir zum nächsten Problem, was damit zusammenhängt –, wenn in Thüringen eben zunehmend der Sportunterricht wegen fehlender Lehrer ausfällt.

Apropos Schule: Unter den chronisch psychischen Erkrankungen sind eben besonders häufig Schulkinder und Depressionen. Offenbar sehen wir hier eine zunehmend psychische Belastung unserer Schulkinder. Wollen wir dann tatsächlich noch längere Schulwege, noch größere Schulklassen, noch weniger individuelle Angebote für förderbedürftige Schüler? Hier greifen doch die Probleme ineinander, wir können uns doch nicht über die kranken Schüler aufregen und auf der anderen Seite, wenn wir über Bildungsthemen sprechen, halt eben diese Probleme noch weiter befördern. Ich habe den Ein-

druck, man sieht hier einfach nicht die gesamte Größe des Themas. Mein Appell ist eben, diese Ergebnisse der Studie auch ernst zu nehmen und Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall CDU)

Die Studie zeigt auch, dass Kinder von suchterkrankten Eltern eine um zwei Drittel höhere Wahrscheinlichkeit haben, selbst suchtkrank zu werden, und da kommt – das sage ich Ihnen, wie es ist – ein riesiges Problem auf uns zu, denn Thüringen hat, auch wenn es einige von Ihnen nicht hören wollen, ein Drogenproblem. Verharmlosung ist da der absolut falsche Weg.

(Beifall CDU, AfD)

Ein weiteres drängendes Thema in der Kinder- und Jugendmedizin ist das Thema „Impfschutz“ – der Kollege hat es gerade schon mal angerissen. Die zunehmende Zahl von Maserninfektionen ist besorgniserregend und die Kampagne „Thüringen impft“ des Sozialministeriums läuft bisher noch ohne weitere größere Erfolge. Auch da würde mich als nächste Frage interessieren, was da konkret herausgekommen ist. Ein nächstes Projekt, ein Prestigeprojekt, wo ich mich aber frage: Was ist nun da das Ergebnis? Scheint ein weiterer Fall von roter und grüner Schönrederei und Symbolpolitik zu sein. Wo sind hier konkrete Gesetzesinitiativen und vielleicht auch mal eine klare Positionierung zu einer Impfpflicht, in welcher Form auch immer, eine passive Impfpflicht vielleicht, die zum Beispiel sagt, dass eine Impfung notwendig ist und verbindlich ist, überhaupt die Voraussetzungen zu schaffen zum Besuch einer Kita? Solche Vorschläge oder andere Dinge höre ich eben von der rot-rot-grünen Regierung gar nicht.

(Zwischenruf Abg. Kummer, DIE LINKE:
Wenn sie kämen, würde doch bloß gemekert!)

Ein Gedanke wäre zum Beispiel auch, die fehlenden Impfungen bei Schuleingangsuntersuchungen nachzuholen. Es ist einfach ein Irrsinn – das hat der Kollege ja auch schon gesagt –, wenn solche Krankheiten zurückkommen.

Schließlich ist auch im Titel der Aktuellen Stunde davon die Rede, medizinische Versorgung flächendeckend sicherzustellen. Die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen hat Anfang März angekündigt, in Konsequenz eines Urteils des Bundessozialgerichts Krankenhausärzte nicht mehr für den ärztlichen Bereitschaftsdienst einzusetzen. Das betrifft eben auch Kinder- und Jugendmedizin. Mancherorts gibt es eben ohnehin eine Knappheit an niedergelassenen Ärzten. Ich habe dazu auch schon eine Kleine

(Abg. Zippel)

Anfrage eingereicht. Ich würde mich freuen, wenn die Ministerin dazu heute noch etwas sagen könnte, welche Auswirkungen diese Entscheidung eben auf den kinderärztlichen Notdienst hat, ob die Versorgung wirklich noch flächendeckend sichergestellt ist.

Das sind all die Fragen, die eigentlich aufgeworfen werden. Ich hätte mir eine Antwort gewünscht, das ist leider nicht passiert, insbesondere vom Fragesteller. Vielen Dank.

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Die Linke hat Abgeordneter Kubitzki das Wort.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich staune schon etwas, was in so eine Studie, womit 4 Prozent der Kinder von Thüringen erfasst sind, alles reininterpretiert werden kann. Damit will ich nicht ausdrücken, dass diese Studie nicht ernst genommen werden soll. Aber daraus dann gleich „Frau Ministerin, Sie sind schuld, keine Impfungen, Kinder sind zu dick, also lassen Sie sich mal was einfallen“ zu machen, das finde ich schon ein bisschen unredlich in dieser Sache. Dass mit medizinischer Struktur in Verbindung zu bringen, finde ich auch fachlich sehr fragwürdig an dieser Stelle.

Was mich natürlich überrascht hat, sind zum Beispiel an erster Stelle die Atemwegserkrankungen vor allem bei Kindern in der Stadt und Allergien bei Kindern auf dem Land. Aber wenn man mal nachdenkt, ist das ja gar nicht so befremdlich. Ich glaube, unter anderem die Atemwegserkrankungen in der Stadt haben auch was mit unserer Umwelt zu tun – als eine Ursache. Und die zweite Ursache ist fehlende Bewegung. Jetzt könnte ich reininterpretieren, Allergien usw. auf dem Land – wir haben gerade die Glyphosat-Diskussion. Das könnte ich jetzt einbringen. Auch das kann ich hier in diese Studie reininterpretieren.

Aber ich will mal eine andere Aufmerksamkeit bei Ihnen wecken. Vor Kurzem konnte ich die Reha-Einrichtung in Bad Salzungen „Charlottenhall“ besuchen. Dort werden Kinder betreut und rehabilitiert, die übergewichtig sind. Das Programm, was die dort machen, ist eine ganz tolle Sache, in drei, vier Wochen die Kinder in eine gesunde Lebensweise zu bringen. Da sagte mir aber der Chef von dieser Reha-Einrichtung dort: Wir arbeiten auch viel mit Eltern zusammen; aber, Herr Kubitzki, was kann ich denn in den drei Wochen anfangen, wenn ich

auch die Mutti hier habe – und ich sage das jetzt mal ein bisschen plakativ – und die so breit ist, dass sie eigentlich auf zwei Stühlen Platz finden muss. – Ich glaube, und das ist doch das Wesentliche, dass die Lebensverhältnisse und die Lebensweise der Eltern auch entscheidend die Lebensweise der Kinder beeinflussen. Dazu wird in der Studie was gesagt, nämlich, dass es Unterschiede in der Frage bildungsfern oder bildungsnah gibt. Ich sage aber auch, es gibt Unterschiede bei der Frage arm oder reich. Auch das spielt eine Rolle.

Aber wir müssen doch ansetzen unter anderem bei der Erziehung der Eltern. Das beginnt auch schon im Kindergarten bei der Bewegung der Eltern zu einer gesunden Lebensweise, die sie auch an ihre Kinder weitergeben müssen. Deshalb gehört die Erziehung der Eltern für mich – und deshalb haben wir auch Eltern-Kind-Zentren – mit dazu, um das zu erreichen. Ich gebe zu, Bewegung brauchen unsere Kinder, dazu zählt der Sportunterricht. Und es ist schade und schlecht, wenn Sportunterricht ausfällt. Da bin ich bei denen, die das gesagt haben. Aber es gehört auch dazu, dass Kinder mehr für eine Teilnahme in Sportvereinen gewonnen werden. Aber auch das ist eine Geldfrage, manchmal. Ich erlebe das selbst bei meiner Enkelin. Die ist Flossenschwimmerin, macht Leistungssport im Tauchsportverein der TU Ilmenau. Sie nimmt an Wettkämpfen teil. Aber was das für Kosten für die Eltern bringt, allein die Ausrüstung, die Flossen, auch der Transport zu Wettkämpfen und dergleichen mehr – das tragen die Eltern. Manche können das, manche können das nicht. Also fällt das weg. Auch hier spielt die Einkommensfrage eine Rolle bzw. wir müssen darüber nachdenken, wie solche Kinder, die auch aus sozial schwachen Familien kommen, an solchen Sportveranstaltungen zum Beispiel teilnehmen können.

Wir brauchen eine gesunde Ernährung in unseren Schulen; gesundes Schulesse gehört dazu. Aber wir wissen alle, über den Essensanbieter in den Schulen entscheidet die Schulkonferenz. Da denken viele auch noch: Hauptsache es kostet nichts. Also wir können nicht alles nur auf Land und Regierung schieben, sondern es haben hier an dieser Stelle auch die Eltern eine Rolle.

Hier wurde die Frage der Depressionen genannt. Herr Zippel sagt, das ist der Leistungsdruck, der auf unseren Kindern liegt. Mag sein! Ich stelle aber, auch über meine Integrationskräfte aus dem Betrieb, die Problematik fest, dass auch Kinder Depressionen haben, die gerade nicht aus Familien in prekären Verhältnissen kommen, sondern dass das oft auch Kinder sind, die die sogenannte ESE-Störung haben – emotional-soziale Empfindungsstö-

(Abg. Kubitzki)

rung –, die aus Familien kommen, denen es eigentlich gut geht. Aber was ist da das Problem? Die Eltern müssen dem Geld hinterherjagen.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Sie jagen freiwillig dem Geld hinterher und haben dann wenig Zeit, sich mit den Kindern zu beschäftigen. Also ich glaube, wir müssen ganzheitlich ansetzen und das beginnt in den Kitas und bei den Eltern. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der AfD hat Abgeordnete Herold jetzt das Wort.

Abgeordnete Herold, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Besucher auf der Tribüne und Zuschauer im Netz! Die SPD möchte eine ausführliche Debatte über die Stärkung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Thüringen beginnen. Fein. Das begrüßen wir an dieser Stelle auch ausdrücklich, umso mehr, als diese SPD in Thüringen seit zehn Jahren an der Regierung beteiligt ist, unter anderem in der Vergangenheit mit einer eigenen Gesundheitsministerin. Seit 2008 gibt es die sogenannten Landesgesundheitsziele, die nicht zum Selbstzweck formuliert worden waren, sondern seit 2008 ihrer Umsetzung harren. Hochkarätig und umfangreich besetzte Gremien wie AGETHUR tagen und arbeiten und vernetzen sich mit allen nur denkbaren Akteuren des Thüringer Präventionsmarkts, aber wir haben immer noch und in steigendem Maße in Thüringen für Kinder und Jugendliche höhere Morbiditätsrisiken als in anderen Bundesländern bei vergleichbaren Erkrankungsbildern. Es ist sehr lobenswert von der DAK, diese Studie zur Morbiditätsstruktur und dem Morbiditätsniveau bei Thüringer Kindern und Jugendlichen erstellt zu haben. Dafür möchte ich der DAK an dieser Stelle auch ganz ausdrücklich Dank sagen. Und, Herr Kubitzki, eine Studie mit 12.900 Probanden ist repräsentativ, da der Mitgliedsbestand der DAK auch einen Querschnitt durch die Thüringer Bevölkerung darstellt.

(Beifall AfD)

Angesichts dieser großen Anzahl von Kindern und Jugendlichen müssen wir also davon ausgehen, dass diese Studie auf jeden Fall relevant ist. Man-

ches, das die Studie beschreibt, ist schon seit zehn bis 15 Jahren dokumentiert und veröffentlicht, nämlich zum Beispiel die hohe Anzahl adipöser Kinder in Thüringen. Dieses Phänomen verdient aufgrund der weitreichenden Folgen für das weitere Leben der Kinder, gründlich untersucht zu werden, um nach wissenschaftlicher Aufarbeitung die richtigen Maßnahmen zu identifizieren, nach denen wir politisch handeln können. Was wir heute schon tun können, ist zum Beispiel die Stärkung des Berufsstands der Hebammen in Thüringen mit allen politisch zur Verfügung stehenden Mitteln, damit vom ersten Lebenstag an die Kinder und ihre Mütter die Beratung und Unterstützung bekommen, die Kinder zum Start in ein gesundes und möglichst stressarmes Leben brauchen. Jede Mutter soll das Anrecht auf eine Eins-zu-eins-Betreuung unter der Geburt und nach der Geburt umfangreiche Betreuung durch eine Hebamme ihres Vertrauens bekommen können. Damit kann man beispielsweise noch mehr junge Mütter in die Lage versetzen, ihre Kinder zu stillen, was heute unumstritten als sinnvolle Maßnahme gilt, das Risiko für Allergien und Darmerkrankungen im späteren Leben zu senken. Das Stillen ist darüber hinaus wirkungsvoll bei der Vermeidung gewisser Formen von Kieferfehlstellungen.

In der Studie wird unter anderem festgestellt, dass die Thüringer Kinder in den Städten häufiger an Depressionen, Asthma, Neurodermitis und entzündlichen Darmerkrankungen leiden. An der Stelle ein kurzer Exkurs in die Realität: Es ist sicherlich wahr, dass diese Kinder alle krank sind. Aber bemerkenswert ist auch, dass zum Beispiel im Großraum Jena, wo es eine gewisse Klumpung von Psychotherapeuten gibt, fast 10 Prozent aller Kinder in einer psychotherapeutischen Behandlung sind, während im südlichen IIm-Kreis, wo es wenig Psychotherapeuten gibt, nur 1 Prozent aller Kinder in psychotherapeutischer Behandlung ist.

Aufseiten der Eltern dieser kranken Kinder finden sich oft niedriger Bildungsstand, fehlende Schulabschlüsse oder Unterqualifizierung. Auch das sind soziale Stressoren, die sich negativ auf die Gesundheit von Eltern und Kindern auswirken können. In unserem Sozialstaat gibt es nun bereits viele Kontaktflächen zwischen Eltern und Kindern einerseits und Angeboten für Prävention und Heilung auf der anderen Seite. Die Erkrankungen der Kinder werden durch engmaschige Kontrollen bei den Früherkennungsuntersuchungen möglichst frühzeitig diagnostiziert. Wir haben eine Beratung und Betreuung bei den Familien und gesundheitsbezogene Maßnahmen im Jobcenter, bei den Kinderärzten, im ÖGD, der chronisch unterbesetzt ist, und zum Beispiel bei ehrenamtlichen Ärzten, wie sie etwa die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahn-

(Abg. Herold)

pflege in Thüringen e. V. anbietet. Die Krankenkassen bieten ihren Versicherten ein breites Angebot an Präventionsmaßnahmen, die natürlich nicht im Selbstlauf wirken, sondern von den Versicherten aktiv abgerufen werden müssen. Wenn wir politisch handeln wollen, sollten wir hier ansetzen und die Eltern als die wichtigsten Verantwortlichen für die Gesundheit ihrer Kinder dazu motivieren, diese heute schon vorhandenen vielfachen Angebote für sich zu identifizieren und aktiv abzurufen. Wenn wir etwas für die Gesundheit unserer Kinder tun wollen, brauchen wir auch eine breite gesellschaftliche Debatte über sinnvolle Beschäftigungen für kleine Kinder fernab von Fernsehen und Tablet,

(Beifall AfD)

über ein zugängliches Angebot an innerstädtischen und sicheren Spielplätzen, über genügend Sportunterricht in sanierten und gut erreichbaren Turnhallen, über ein flächendeckendes Angebot von Sportvereinen und deren materielle Ausrüstung – vor allem für Kinder aus sozial schwachen Familien. Die Möglichkeiten politischen Wirkens sind vielfach. Jeder investierte Euro ist gut angelegtes Geld, –

Vizepräsidentin Jung:

Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Herold, AfD:

– denn glückliche und gesunde Kinder werden im Erwachsenenleben gern ihren Beitrag für unsere Gesellschaft erbringen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordnete Pfefferlein das Wort.

Abgeordnete Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Jedes Kind soll möglichst gute Chancen haben, gesund aufzuwachsen. Die Förderung gesunder Lebensumstände und familiärer Lebensziele trägt dazu bei. In der Kindheit werden die wesentlichen Grundlagen für die Gesundheit in späteren Jahren gelegt.

Nun wurden mit dem ersten Kinder- und Jugendreport der Krankenkasse DAK-Gesundheit Behandlungsdaten von fast 13.000 Jungen und Mädchen untersucht. Andere Studien zum Thema haben häufig lediglich Selbsteinschätzungen von Eltern als Grundlage. Dann stuften 94 Prozent der Eltern

den allgemeinen Gesundheitszustand ihrer Kinder als gut oder sogar sehr gut ein.

Leider kommt der DAK-Report zu einem anderen Ergebnis. Hier geht es nicht um Schnupfen oder einen beim Sport verstauchten Knöchel. Nein, in Thüringen ist fast jedes dritte Kind körperlich chronisch krank. Die Mädchen und Jungen leiden unter Neurodermitis, Asthma oder Heuschnupfen, an psychischen Erkrankungen, Übergewicht, Darmerkrankungen und Rückenschmerzen. Ich hätte den Kindern und Jugendlichen bessere Ergebnisse gewünscht.

Die Studie zeigt auch, dass Minderjährige in ländlich geprägten Gebieten anders krank sind als Gleichaltrige aus der Stadt. Warum das so ist, darüber gibt es Vermutungen. Es können die Versorgungsstrukturen sein, es kann an der Umwelt liegen oder auch am Verhalten der Eltern. Tatsächlich zeigt der Report auch, dass der Bildungsstatus der Eltern den Gesundheitszustand ihrer Kinder beeinflusst. Auch eine groß angelegte Langzeitstudie des Robert Koch-Instituts war kürzlich zu dem Schluss gekommen, dass vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Elternhäusern gesundheitlich benachteiligt sind. Sie sind oft dicker, bewegen sich weniger, rauchen häufiger und haben mehr psychische Probleme. Die Studie begründet diese Fakten auch mit fehlenden Teilhabechancen.

Damit sich Kinder später entfalten können, brauchen sie eine zugewandte und kompetente Begleitung in ihrer Familie und Lebenswelt. Wir alle wünschen unseren Kindern Gesundheit und ein gutes Leben. Sie haben ein gewaltiges Recht darauf. Aber dafür, dass sie wirklich gut aufwachsen können, haben wir alle auch die Verantwortung. Sicher, die Familie spielt dabei eine große Rolle. Bei ihr liegen auch der größte Einfluss und die größte Verantwortung. Wir sind auch als Gesellschaft füreinander verantwortlich. Deshalb gehört die materielle Existenzsicherung zu einer Staatsaufgabe. Deshalb sollten wir auch in Bezug auf Kindergesundheit die Idee der grünen Kindergrundsicherung mitdenken. Damit werden Familien gestärkt und die Kinder aus der Armut geholt.

Sicher, auch individuelle Faktoren können gesundes Aufwachsen behindern und beeinträchtigen, aber mit einem guten sozialen Umfeld, Kindergärten und Schulen, in denen sich Kinder wohlfühlen, angemessenem Wohnraum mit einem kinderfreundlichen Wohnumfeld hätten wir da schon viel erreicht.

Leider sind wir davon noch weit entfernt. Zwischen 15 und 20 Prozent der Kinder jeden Jahrgangs haben wesentliche schlechtere Chancen auf soziale

(Abg. Pfefferlein)

Teilhabe als ihre Altersgenossen, weil genau diese Voraussetzungen bei ihnen nicht gegeben sind und sie sich auch von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen fühlen. Je länger ein junger Mensch erfahren muss, dass Ausschluss und arm auch Armut bedeutet, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass dieser Mensch sein Leben lang sozial und wirtschaftlich gefährdet ist.

Können wir uns das erlauben? Ich meine, nein. Wir können kleine Schritte tun, aber wir können einen weiten Rahmen stecken. Wir können dafür sorgen, dass gesundes Essen in den Kindergärten und Schulen für alle bezahlbar und damit zugänglich ist. Oft genug ist falsche Ernährung die Ursache für Übergewicht. Das Land Thüringen hat ein Programm für Teilsubventionierung beim Schulessen aufgelegt. Das ist schon ein guter Anfang.

Wir können dafür sorgen, dass das Geld des Landesprogramms für solidarisches Zusammenleben im Wohnumfeld ankommt, damit den Kindern das Draußensein Spaß macht. Lediglich 22 Prozent der Mädchen und 29 Prozent der Jungen erreichen die Bewegungsempfehlung der Weltgesundheitsorganisation von mindestens 60 Minuten körperlicher Aktivität am Tag. Denn eine glückliche und gesunde Kindheit ist die Grundvoraussetzung dafür, dass Kinder zu zufriedenen, gesunden und widerstandsfähigen Erwachsenen werden können. Und diese Chancen sollten alle Kinder haben dürfen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Landesregierung hat Ministerin Werner das Wort.

Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, werte Gäste! Herr Hartung, ich war ehrlich gesagt erst ein bisschen verwundert über die aktuelle Debatte, freue mich aber, dass Sie das Thema „Kindergesundheit“ jetzt auch ernst nehmen. Für uns ist es jedenfalls ein sehr, sehr wichtiges Thema, an dem wir schon – denke ich – seit einigen Jahren sehr intensiv arbeiten. Ich freue mich natürlich, dass ich jetzt in der Aktuellen Stunde darüber mal ein paar Dinge berichten kann.

Ich will aber zunächst einmal kurz auf die DAK-Studie und auf den Titel der Aktuellen Stunde eingehen und würde gern an der Stelle auch, weil es viel-

leicht missverständlich gelesen werden kann, sagen: Es ist natürlich nicht so, dass die medizinische Versorgung in Thüringen nicht flächendeckend sichergestellt ist. Die ist flächendeckend sichergestellt. Ich will an dieser Stelle auch wirklich den Ärztinnen und Ärzten und den medizinischen Fachberufen hier herzlichen Dank sagen für eine gute und verantwortungsvolle Arbeit.

Ich will als Zweites natürlich auf die Studie eingehen, die – da haben Sie vollkommen recht, das haben, glaube ich, alle hier auch bestätigt – natürlich eine Studie ist, die wir sehr ernst nehmen wollen und mit deren Ergebnissen man sich auseinandersetzen muss. Wie die Forscherinnen und Forscher selbst auch gesagt haben, ist da vieles eigentlich noch zu begleiten und ist noch zu schauen, aus welchen Gründen welche Ergebnisse so auch zustande gekommen sind. Was uns besonders bewegt – und das ist aber jetzt nicht neu –, ist natürlich die hohe Abhängigkeit des Gesundheitsstatus vom sozioökonomischen Status der Eltern. Das ist etwas, was uns weiterhin sehr betroffen machen sollte. Ich will gern im Weiteren darauf noch eingehen.

Aber zunächst auch noch mal kurz zu den Zahlen – es wurde schon gesagt –: Es sind 13.000 Kinder und Jugendliche, die bei der DAK versichert sind, hier untersucht, also deren Zahlen angeschaut worden, das entspricht ungefähr 4 Prozent der Kinder und Jugendlichen in dieser Altersgruppe – ich glaube, Herr Kubitzki hat das schon gesagt. Die Ergebnisse wurden in verschiedenen Regionen vorgestellt. Vielleicht ganz kurz mal zu den Zitaten aus den verschiedenen Länderreports, zum Beispiel hat die DAK Sachsen gesagt: Fast jedes dritte Kind in Sachsen ist chronisch krank. Die DAK Brandenburg: Fast jedes dritte Kind ist chronisch krank. Und die DAK Sachsen-Anhalt sagt: Jedes dritte Kind in Sachsen-Anhalt ist chronisch krank. Und in Thüringen – das wurde aber hier schon erläutert –: Fast jedes dritte Kind, das bei der DAK versichert ist, ist als chronisch krank eingestuft.

Der Befund über die chronischen Erkrankungen deckt sich auch mit den Ergebnissen des Thüringen-Moduls aus einer Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Jahr 2015 und wir haben daraufhin auch unsere Konsequenzen getroffen. Ich darf zunächst noch mal aus dem Kernsatz der Pressemitteilung der DAK Thüringen zitieren. Die DAK sagt selbst: „Allerdings kennen wir die Gründe für diese beobachteten Zusammenhänge nicht.“ Das heißt, diese Gründe brauchen Forschung, müssen untersucht werden. Das wurde auch in der Studie angemahnt. Ich denke, dass nicht so sehr die Versorgungssituation das Problem

(Ministerin Werner)

ist, sondern – das wurde aber auch schon von Verschiedenen beschrieben – das sind natürlich beispielsweise der Anstieg chronischer Erkrankungen, psychischer Erkrankungen durch die gesellschaftlichen Entwicklungen, durch einen Druck, einen Leistungsdruck, dem Kinder und Jugendliche unterliegen, dadurch, wie Medien genutzt werden, usw. Es gibt ganz viele Zusammenhänge, die hier eine Rolle spielen. Welche jetzt wirklich dafür ursächlich sind, beispielsweise für die chronischen Erkrankungen, das muss, denke ich, auf jeden Fall weiter beforscht werden.

Was uns aber besonders bewegt – und das ist in der Studie sehr gut herausgekommen –, ist, dass Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern ungleich schlechtere Gesundheitschancen haben. Ich finde, es ist eigentlich unerträglich, zu sehen, dass in einem so reichen Land Kinder aus sozial benachteiligten Elternhäusern nicht die gleichen Chancen haben, gesund aufzuwachsen. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat schon vor einiger Zeit angefangen, dieses Thema vordergründig zu behandeln. Es ist eine der vorrangigen Aufgaben und es spiegelt sich beispielsweise auch in der von Herrn Zipfel so negativ angesprochenen Landesgesundheitskonferenz wider. Dazu muss ich sagen, es ist wirklich nicht ganz fair und vielleicht sollten Sie sich mal ausführlich auch mit den Akteuren unterhalten.

Seit 2016 haben wir diese Landesgesundheitskonferenz ins Leben gerufen und diese Landesgesundheitskonferenz orientiert sich an drei Lebensphasen: gesund aufwachsen, gesund arbeiten und leben sowie gesund alt werden. Gesund aufwachsen hat natürlich vor allem das Thema „Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ im Blick. Hier sind 60 Akteure aus den verschiedensten Bereichen der Gesundheitsförderung, der medizinischen Versorgung tätig, die sich gemeinsam bemühen, hier Lösungen zu finden, Wege aufzuzeigen und dies gemeinsam mit der Landespräventionskonferenz hier auch in entsprechende Programme umzuwandeln. Hier wird wirklich sehr intensiv daran gearbeitet und Sie wissen selbst, wenn Sie sich mit dem Thema „Prävention“ beschäftigt haben, viele Jahre wurde auf das Thema „Verhaltensprävention“ gesetzt, also man hat gedacht, wenn man nur den Finger hebt und sagt, ihr müsst das, das und das machen, dann wird das schon passieren. Wir wissen, das ist der falsche Ansatz gewesen. Es geht um Verhältnisprävention. Deswegen gibt es ja auch das Bundespräventionsgesetz, das genau das sozusagen noch mal verdeutlicht hat. Das heißt, wir müssen Eltern an der Stelle, wenn es um Kinder geht, in ihren Lebenszusammenhängen erreichen, wir müssen sehen, wie wir sie dabei begleiten können, dass die Kinder andere Lebens- und Aufwuchsbedingungen

bekommen. Das ist Thema der Landesgesundheitskonferenz und ist auch Thema der Vereinbarung zum Rahmenvertrag. Hier setzen wir auch unseren Schwerpunkt.

Ich habe es schon gesagt, das Gesundheitsziel „gesund aufwachsen“ schaut auf die verschiedenen Bereiche, nämlich auf Kita, auf Schule, auf Familie und eben auch auf Kommune. Wir haben verschiedene Handlungsfelder, die wir hier im Blick haben und die in den Arbeitsgruppen bearbeitet werden, nämlich die Themen „Ernährung“, „Bewegung“, „Mundhygiene“, „Sprache“, „Psychische Gesundheit“, einschließlich natürlich auch Suchterkrankungen sowie das Thema „Gesundheitskompetenz“. Das Ziel besteht natürlich darin, die Entwicklung eines gesunden Lebensstils im Kindes- und Jugendalter zu fördern und die gesundheitliche Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen. Das ist ja keine Sache, die erst gestern passiert ist, sondern diese Zusammenhänge gibt es seit vielen Jahren, die gibt es schon seit zehn Jahren und länger. Deswegen ist es eigentlich traurig, dass erst diese Landesregierung sich dieses Themas so sehr angenommen hat.

Dass diese Chancengleichheit so wichtig ist, darauf weist auch der DAK-Report hin, indem er eben auf diesen unmittelbaren Zusammenhang zwischen sozialem Umfeld und der Prävalenz chronischer Erkrankungen hingewiesen hat. In der Studie wird betont, dass der sozioökonomische Familienstatus und das Bildungsniveau der Eltern sich auch auf den Gesundheitsstatus der Kinder auswirken. Frau Pfefferlein hat es schon gesagt, wir müssen natürlich dann auch solche Dinge betrachten wie Mindestlohn, wie Hartz IV-Sätze, wie fehlende Kindergrundsicherung. Mir erscheint es aber besonders wichtig, die Menschen zu erreichen, die wegen ihres sozioökonomischen Status sonst durch das Raster fallen. Im Rahmen der Strategiearbeitsgruppe „Gesund Aufwachsen“ der Landesgesundheitskonferenz haben wir im vergangenen Jahr den Bedarf herausgearbeitet, dass sich zum Thema „Schule und Gesundheitsförderung“ die Akteure auf der Landes- und Kommunalebene mehr austauschen müssen und hierzu gemeinsam zu verbindlichen Handlungen kommen sollen. Dabei geht es zum einen natürlich um die wechselseitigen Informationsaustausche, wer zu diesem Thema wie und mit welchem gesetzlichen Auftrag aktiv ist. Zum anderen müssen natürlich auch die Schnittstellen zwischen den einzelnen Akteuren und den Ebenen herausgearbeitet werden, um die Zusammenarbeit zu verbessern. Dazu gibt es ein Format, nämlich Schule und Gesundheitsförderung, wer agiert in und mit Schulen in welchen Rahmen. Im Januar hat diese Arbeitsgruppe zum ersten Mal zusammenge-

(Ministerin Werner)

essen und die Akteure sind sehr froh, dass es nun diese Plattform gibt. Es war eine sehr erfolgreiche Auftaktveranstaltung. Ich habe schon gesagt, die Landesgesundheitskonferenz arbeitet ganz eng mit der Rahmenvereinbarung zum Präventionsgesetz zusammen. Wir haben gesagt, in der Landesgesundheitskonferenz müssen die Empfehlungen entstehen, die dann im Präventionsgesetz umgesetzt werden. Das ist deswegen noch mal so wichtig, weil eben die Erkenntnis ist, es gab bisher im Bereich Prävention einen Wildwuchs. Es wurde gar nicht geguckt, ob die Dinge, die dort geleistet wurden, wirklich effektiv waren, ob sie einen Mehrwert hatten, ob es wirklich den Kindern und Jugendlichen und den Eltern auch geholfen hat. Und das ist das Neue an der Landesgesundheitskonferenz, gemeinsam Empfehlungen zu erarbeiten und dann später auch zu schauen, ob das erfolgreich war und an welcher Stelle hier noch mal nachgebessert werden muss.

Zwei Projekte, die sich der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, insbesondere seit 2017, widmen: Das ist zum einen das Projekt Koordinierung von Beratungen und Angeboten für gesunde Schulen in Thüringen. Dieses unterstützt Schulen dabei, ihre Bedarfe für Gesundheitsförderung detailliert zu erfassen. Es werden dann gemeinsam passgenaue, zielgruppenspezifische und qualitätsgesicherte Angebote für die Schulen erarbeitet, die dann auch nachhaltig etabliert werden sollen.

Das zweite Programm heißt: „bewegte Kinder = gesündere Kinder“. Das ist ein Programm, das wir gemeinsam mit dem Landessportbund umgesetzt haben. Hier wird der aktuelle Stand der motorischen Fähigkeiten von Drittklässlern in Thüringen erfasst und es werden gemeinsam mit den Kindern und mit den Eltern Wege erarbeitet, wie mehr Bewegung, wie mehr gesunde Lebensweise hier erreicht werden kann. Die Kinder und die Eltern werden dort abgeholt, wo sie wohnen.

Als Drittes: Die Landesgesundheitskonferenz hat genau in diesem Jahr das Thema „Gesundheitskompetenz“ als ein gemeinsames Thema als Jahresthema festgelegt. Und auch das kommt in der DAK-Studie ja vor, dass gesagt wird, dass vielleicht die gesundheitlichen Unterschiede unter anderem darauf zurückzuführen sind, dass eben die Gesundheitskompetenz der Eltern nicht ausreichend ist, wie übrigens 50 Prozent der Menschen in Deutschland insgesamt sagen, dass sie den Eindruck haben, nicht gesundheitskompetent zu sein. Deswegen ist das unser Jahresthema und wir arbeiten als verschiedene Akteure gemeinsam daran.

Natürlich gibt es weitere Dinge. Unser Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Gene-

rationen“ wird dazu beitragen, Eltern in ihrem Umfeld abzuholen und bessere Voraussetzungen zu schaffen. Wir haben flächendeckend in Thüringen inzwischen ThEKiZ, also Kindertagesstätten, Kindergärten zu Thüringer Eltern-Kind-Zentren umgebaut, erweitert, damit eben die Eltern als Experten, ihre Kinder hier gestärkt werden. Wir haben das Thema „ThINKA“ ausgeweitet und wir haben Armutspräventionsstrategien in den Landkreisen und in den Städten auf den Weg gebracht oder die werden durch die Kommunen auf den Weg gebracht, um genau aus dieser Falle herauszukommen, dass der Status der Eltern Einfluss auf den Gesundheitsstatus der Kinder hat.

Es sind noch viele andere Dinge angesprochen, wo man gern mal auch in Ruhe ins Gespräch kommen will.

Zum Schluss noch zum Thema „Impfen“: Ja, es gibt verschiedenen Meinungen dazu und Sie werden vielleicht auch heute früh gehört haben, der Ethikrat hat sich mit dem Thema „Impfen“ auseinandergesetzt. Zumindest vom Ethikrat wird die Empfehlung kommen, das Thema „Impfpflicht“ sehr vorsichtig anzuschauen. Ich weiß, es gibt ganz viele verschiedenen Meinungen dazu. Aber von wissenschaftlicher Basis besteht eben die Angst, dass Impfgegner auf jeden Fall einen Weg finden, um das Impfen zu vermeiden, und dass diejenigen, die vielleicht unentschlossen sind, dann unsicher werden können und vielleicht nur die eine Impfung wahrnehmen und denen gar nicht klar ist, dass mehr Impfungen notwendig sind. Deswegen sollten wir darüber gut miteinander diskutieren und nicht hier einfach mal am Rande einer Aktuellen Stunde so ein Thema aufwerfen, das viel zu schwierig ist, um es hier am Rande zu behandeln. Vielleicht noch einmal der Hinweis, wir haben ja neu ein Impfportal eingerichtet, wo wir tatsächlich die Eltern informieren, wo die Menschen informiert werden und sich informieren können, welche Impfungen sinnvoll und notwendig sind, wo auf die vielen Fehlinformationen, die es in der Umwelt gibt, auch eingegangen wird, wo man Fragen stellen kann. Das, denke ich, ist der richtige Weg, hier auch entsprechend zu informieren.

Ich habe länger gesprochen als 10 Minuten, das sage ich hier schon, aber mir ist es wirklich wichtig, dass Sie sehen, dass hier eine ganze Menge läuft. Es wird nichts nützen, wenn Sie dagegen arbeiten oder vielleicht die Augen davor verschließen. Dass die Kindergesundheit abhängig ist vom sozioökonomischen Status der Eltern, das ist eine wirkliche, ja, Schweinerei, kann man hier an der Stelle sagen. Hier muss man gemeinsam daran arbeiten und da

(Ministerin Werner)

müssen alle gemeinsam an einem Strang ziehen.
Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für alle Fraktionen ergeben sich jetzt wieder 2 Minuten zusätzliche Redezeit. Herr Abgeordneter Zippel.

Abgeordneter Zippel, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schnittstellen, Arbeitsgruppen, Studien, Projekte, Erarbeitung zielgruppenspezifischer Maßnahmen – Frau Ministerin, das klingt alles sehr salbungsvoll und eines nehme ich Ihnen tatsächlich auch ab, Ihre Begeisterung für das Thema und Ihr Engagement. Das nehme ich Ihnen wirklich ab. Aber ich habe selten in einer einzigen Rede so viel Theorie ohne eine einzige praktische Maßnahme auf einmal gehört.

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:
Ich habe mindestens zwei genannt!)

Die Frage, die Sie sich gefallen lassen müssen: Wo sind die Ergebnisse?

Wir haben heute die Studie lang und breit diskutiert und ich bin nochmals der SPD dankbar, dass sie diese Aktuelle Stunde eingereicht hat. Aber was Sie sich gefallen lassen müssen als Nachfrage: Wo sind die konkreten Ergebnisse von all diesen Diskussionsrunden, die Sie veranstalten, die seit viereinhalb Jahren über das Land hinwegziehen? Dort wird an der Ecke geredet, an der Ecke geredet, aber hier im Landtag kriegen wir nichts davon mit, außer dass die Kinder im Freistaat kränker werden, dass die Kinder eben nicht gesünder werden. Wir haben diese Studie, wir haben die harten Fakten, und das ist das, woran Sie sich messen lassen müssen.

(Beifall CDU)

Das ist der Maßstab. Frau Ministerin, Sie sind an der Regierung. Ich nehme Ihnen das einfach nicht mehr ab, wenn Sie nach viereinhalb Jahren hier noch Formulierungen bringen wie „wir müssen, wir werden, wir sollten tun“. Sie hätten machen können, Sie hätten machen sollen und das haben Sie nicht gemacht und jetzt haben wir die Abrechnung mal bekommen und deswegen will ich von Ihnen Maßnahmen hören und nicht nur Theorie.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Kubitzki, Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Herr Zippel, bleiben Sie mal auf dem Teppich!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe im Gegensatz zu Ihnen eine Zeit erlebt in diesem Land, da herrschte die Diktatur, die wir alle nicht mehr haben wollen. Da war aber manches anders möglich zu klären. Da hat man nämlich den Eltern gesagt: Impfpflicht, Schuluntersuchungspflicht usw. Die Zeiten sind Gott sei Dank vorbei.

Was Sie hier der Ministerin vorwerfen, auch mit der Landesgesundheitskonferenz – ich habe ja nun auch das Vergnügen, Mitglied im Vorstand der AGETHUR zu sein. Dort laufen auch Programme für Kindergesundheit, an denen sich Landkreise beteiligen können und an denen sich Landkreise auch beteiligen, aber eben nicht alle Landkreise in Thüringen. Wir können sie nicht zwingen. Die Realität im Leben ist eigentlich auch: Ich kann fünfmal mit Eltern reden, die in prekären Verhältnissen leben, Frauen und Kolleginnen von mir müssen die betreuen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, mit den Kindern zu den Ärzten zu gehen und so weiter. Aber wir können nicht in allen Familien jemanden an die Hand nehmen. Ein bisschen Eigenverantwortung müssen die Familien auch noch von sich aus als Eltern haben.

Ich will noch mal etwas zu der Frage psychisch kranker Kinder sagen. Gerade bei Eltern, die gut situiert sind, wo die Kinder erst kommen, wenn die Eltern Mitte 30 sind, erlebe ich dann manche, die wollen auf nichts verzichten, obwohl sie Kinder haben. Auf nichts wollen sie verzichten, alles mitmachen, die schleppen abends noch kleine Kinder zu Veranstaltungen oder in Gaststätten mit. Und dann wundern die sich, dass die Kinder nervös sind. Frau Rosin, da brauchen Sie gar nicht lachen, das kann man diesen Eltern in dem Sinne nicht verbieten. Eine Gaststätte kann die eigentlich rausschmeißen, aber wenn es eine geschlossene Gesellschaft ist, kann ich das nicht verbieten. Das ist doch die Realität.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter, ...

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Bleiben Sie doch mal ein bisschen realistisch. Es sollen auch die Verantwortung tragen, die dafür sind. Und dazu müssen wir die Eltern befähigen.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist um.

Abgeordneter Kubitzki, DIE LINKE:

Aber wir können sie nicht diktatorisch dazu zwingen. Ja, das macht einen doch wahnsinnig hier.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Es passiert doch nichts!)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Hartung, Fraktion der SPD.

Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:

Sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Gäste! Frau Ministerin, ich hatte die Impfpflicht extra ausgeklammert, weil Sie sich heute positioniert haben und ich wollte das nicht kritisieren. Aber wenn Sie sagen, man weiß nicht, was das Richtige ist, dann muss ich Ihnen doch widersprechen. Denn es gibt eine Krankheit, die ist in Deutschland und weltweit ausgerottet worden und wir wissen, wie das funktioniert hat. Ich hab dazu promoviert, ich weiß es relativ genau. Der erste Schritt: Kein Besuch von Bildungseinrichtungen ohne Impfung. Hat nicht funktioniert. Zweiter Schritt: Generelle Impfpflicht – so weit will ich gar nicht gehen – mit notfalls polizeilicher Vorführung. Wie gesagt, so weit will ich gar nicht gehen. Aber nur die generelle Impfpflicht hat dazu geführt, dass die Pocken weltweit ausgerottet worden sind.

Und jetzt spannen wir mal den Bogen. Wir hatten eine Impfpflicht in der DDR, die will ich in dieser Form gar nicht wieder haben – darum geht es überhaupt nicht –, in dieser Form, wohlgemerkt. Aber seitdem es die nicht mehr gibt: Vormarsch von Keuchhusten, Vormarsch von Masern, Polio in Deutschland noch nicht, in anderen Ländern schon.

(Zwischenruf Abg. Kubitzki, DIE LINKE: Wer hat es denn abgeschafft, diese Impfpflicht? Denk doch mal darüber nach!)

Jörg, es geht nicht darum, wer es abgeschafft hat, es geht darum, welche Konsequenz wir heute daraus ziehen. Das heißt, wir müssen eine Impfpflicht

befürworten. Das ist die einzig logische Konsequenz. Ich bin deswegen vorgegangen, weil hier eine andere Konsequenz gezogen worden ist. Deswegen geht der Vorschlag von Herrn Spahn auch nicht weit genug. Wie gesagt, wir haben es schon mal gehabt. Nur die Impfpflicht über den Zugang zu Bildungseinrichtungen zu regeln, reicht nicht. Wir brauchen eine Impfpflicht für diese Krankheiten, die ausrottbar sind, die nachweislich ausrottbar sind. Dafür treten wir ein, dafür tritt die Sozialdemokratie ein, die Linken überwiegend auch, nicht alle, das haben wir heute Morgen gehört. Aber wir treten dafür ein. Ich hoffe, dass sie bald kommt. Vielen Dank.

(Beifall CDU, SPD)

Vizepräsidentin Jung:

Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Doch – Frau Abgeordnete Herold für die Fraktion der AfD.

Abgeordnete Herold, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Es ist schön, dass jetzt gegen Abend das Auditorium sich a) wieder etwas gefüllt hat und b) wieder munter geworden ist.

Die Impfpflicht ist ein sehr zweischneidiges Schwert. Die Impfpflicht wird ja gern von Leuten ins Feld geführt, die glauben, mit staatlicher Regulierung kann man alles Mögliche regeln, unter anderem die Gesundheit der Kinder. Die kriegen dann vielleicht weniger Masern, aber die kriegen dann dafür andere Erkrankungen. Wenn es die Kinder nicht sind, dann kriegen andere Kinder andere Erkrankungen. Ich glaube persönlich, dass unterm Strich die Infektionskrankheiten nicht einfach mit einer Impfpflicht zu bekämpfen sind.

Wir in der AfD plädieren energisch dafür, den Eltern Beratung und Aufklärung zukommen zu lassen. Angesichts der Gebührenscheitern, die Ärzte für eine Impfung abrechnen können – und ich weiß selbst, aus meinem eigenen Patientenkreis, wie kurz und knapp die Beratung zum Beispiel für Grippe-Impfungen gehalten wird, während sich die Patienten nach der Impfung wundern, dass sie eine, zwei Wochen außer Gefecht sind und krank mit Fieber daliegen – wie wenig Aufklärung und Beratung es also gibt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Patienten, die ausführlich und mit hohen ärztlichen Standards aufgeklärt und beraten werden, sich einer sinnvollen und vernünftigen Impfung für sich oder ihre Kinder verweigern würden. Mit Zwang und staatlichem Druck erreichen wir da eher das Gegenteil. Wir erreichen nur, dass es immer mehr Eltern geben wird, die genau aus diesen Gründen – weil sie keinen

(Abg. Herold)

Zwang und keinen staatlichen Druck wollen – versuchen werden, sich der Impfpflicht zu entziehen.

(Beifall AfD)

Darum werden wir auch immer gegen eine staatliche Pflicht an dieser Stelle votieren. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung, Herr Abgeordneter Dr. Hartung.

Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:

Frau Herold, mit Verlaub, Sie sagen, es gibt nicht weniger Infektionskrankheiten mit einer Impfpflicht. Es gibt keine Pocken mehr. Das heißt, es gibt weniger Infektionskrankheiten. Die Durchseuchung in der Bevölkerung war damals 100 Prozent bei einer Sterberate von 30 Prozent. Sehr geehrte Frau Herold, ist das weniger als es ohne Impfung gäbe? Ja. Die Frage, die Sie aufgeworfen haben, können wir also ganz klar beantworten. Sie haben nicht recht!

(Zwischenruf Abg. Herold, AfD: Keine Pocken, Tuberkulose und Krätze zum Beispiel!)

Vizepräsidentin Jung:

Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aktuelle Stunde und diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 3

Thüringer Gesetz für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (Thüringer Brexit-Übergangsgesetz – ThürBrexitÜG –)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 6/6553 -

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 6/6579 -

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien

- Drucksache 6/7001 -

ZWEITE BERATUNG

Das Wort hat Herr Abgeordneter Blechschmidt aus dem Ausschuss für Europa, Kultur und Medien zur Berichterstattung.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, am 12. Dezember 2018 hat die Landesregierung den eben genannten Gesetzentwurf in den Thüringer Landtag eingebracht und darum gebeten, ihn vorab an den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien zu überweisen.

Da es aus den Fraktionen hierzu keinen Widerspruch gab, ist die Landtagspräsidentin diesem Wunsch gefolgt, sodass die erste Beratung im Plenum entfiel. Der Gesetzentwurf sieht vor, die Änderungen im europäischen Recht, die durch das Austrittsabkommen wirksam würden, im Landesrecht nachzuzeichnen. Danach gelten Personen mit ausschließlich britischer Staatsbürgerschaft für die Dauer der im Austrittsabkommen vorgesehenen einmalig verlängerbaren Übergangsfrist weiterhin als Unionsbürger.

Hierzu soll es jedoch insbesondere eine Ausnahme für das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene geben.

Der Ausschuss für Europa, Kultur und Medien hat den Gesetzentwurf in seiner 55. Sitzung am 16. Januar 2019 erstmalig beraten und vor dem Hintergrund der Kommunalbetroffenheit eine schriftliche Anhörung der kommunalen Spitzenverbände durchgeführt sowie den Innen- und Kommunalausschuss um Mitberatung ersucht. Der Thüringer Gemeinde- und Städtebund hat die mit dem Gesetz bezweckte Schaffung von mehr Rechtssicherheit für die Wahlleiter in den Kommunen begrüßt. Der Thüringische Landkreistag hat nach Beteiligung seiner Mitglieder von einer Stellungnahme abgesehen.

Trotz der Eilbedürftigkeit, meine Damen und Herren, hat sich der Ausschuss entschieden, die Beratung nicht bereits im Februar abzuschließen, sondern die Abstimmung des Britischen Unterhauses vor zwei Wochen abzuwarten. Die Ergebnisse sind bekannt und wir haben heute in der Aktuellen Stunde auch schon darüber debattiert. Der Ausschuss für Europa, Kultur und Medien als federführender Ausschuss hat den Gesetzentwurf dann in seiner 58. Sitzung am 22. März abschließend beraten und einstimmig empfohlen, ihn mit einigen Änderungen anzunehmen.

Die Änderungen, meine Damen und Herren, berücksichtigen, dass der Rat der Europäischen Union zwischenzeitlich den Text des Abkommens im EU-Amtsblatt veröffentlicht hat und daher die Fundstellen in den Gesetzestext aufgenommen werden konnten. Da zudem entgegen der Annahme zum Zeitpunkt der Einbringung des Gesetzentwurfs die Möglichkeit besteht, dass das Austrittsabkommen erst nach dem 29. März 2019 wirksam wird,

(Abg. Blechschmidt)

sollte das Gesetz nicht an einem festen Datum, sondern zusammen mit dem Austrittsabkommen in Kraft treten. Gestatten Sie mir eine Bemerkung: Diese Änderung ist vorahnend, richtig und praktikabel.

Meine Damen und Herren, die Mitberatung des Innen- und Kommunalausschusses erfolgte heute Vormittag in einer außerplanmäßigen Sitzung. Er empfiehlt ebenfalls die Annahme der Beschlussempfehlung. Um für alle Fälle eine rechtzeitige Verkündung sicherzustellen, haben wir uns entschieden, und das mit Änderung der Tagesordnung, die zweite Beratung des Gesetzes auf jeden Fall am heutigen Mittwoch durchzuführen.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole mich und komme damit zum Ende: Der federführende Ausschuss für Europa, Kultur und Medien empfiehlt Ihnen einstimmig die Annahme der Beschlussempfehlung in Drucksache 6/7001 und des insoweit geänderten Gesetzes. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Ich eröffne die Aussprache. Es liegen mir keine Wortmeldungen vor. Das ist so. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien in Drucksache 6/7001 ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind alle Fraktionen des Hauses. Wer stimmt dagegen? Stimmenthaltungen? Der fraktionslose Abgeordnete Gentele. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Wir stimmen über den Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 6/6553 in zweiter Beratung unter Berücksichtigung der Annahme der Beschlussempfehlung ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind alle Fraktionen des Hauses. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Der fraktionslose Abgeordnete Gentele und Frau Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright. Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung angenommen.

Somit kommen wir zur Schlussabstimmung. Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben, wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung die Zustimmung gibt. Das sind alle Fraktionen des Hauses. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Der fraktionslose Abgeordnete Gentele und Frau Abgeordnete Dr. Scheringer-Wright. Damit ist der Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung an-

genommen und ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Ausführungsgesetzes zum Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern

Gesetzentwurf der Landesregierung

- [Drucksache 6/6652](#) -

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft
- [Drucksache 6/6994](#) -

ZWEITE BERATUNG

Das Wort hat Abgeordneter Wirkner aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft zur Berichterstattung.

Abgeordneter Wirkner, CDU:

Werte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Ausführungsgesetzes zum Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern wurde in der 137. Plenarsitzung am 31. Januar 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung überwiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung hat den Gesetzentwurf in seiner 55. Sitzung am 21. Februar 2019 und in seiner 56. Sitzung am 21. März 2019 beraten. Der Ausschuss hat einstimmig empfohlen, den Entwurf der Landesregierung anzunehmen. Danke.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Ich eröffne die Aussprache. Es liegt mir nur eine Wortmeldung vor, die des Abgeordneten Rudy, Fraktion der AfD.

Abgeordneter Rudy, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuschauer auf der Tribüne und am Livestream! Das Erste Gesetz zur Änderung des Thüringer Ausführungsgesetzes zum Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern stellt die Umsetzung bundesrechtlicher Vorgaben dar. Ziel des

(Abg. Rudy)

Gesetzes ist eine Vereinfachung der Abläufe in der IHK, was wir im Prinzip immer begrüßen. Denn Regelungen, die zu Vereinfachungen von Verwaltungsabläufen führen, entsprechen dem gesunden Menschenverstand, und den will die AfD bekanntlich stärken. Es ist gewiss eine immense Erleichterung, wenn das zuständige Thüringer Ministerium durch eigene Richtlinien die Prüfung der Rechnungslegungen der Industrie- und Handelskammern überwachen kann. Ebenso begrüßen wir nun erfolgende Rechnungslegung auf kaufmännischer Grundlage, wodurch auch besagte Rechnungslegung für den außenstehenden Kaufmann leichter nachzuvollziehen ist. So kann man das vorliegende Gesetz im Ganzen als positive Richtungsweisung ansehen und die Fraktion der AfD wird dem Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Ausführungsgesetzes zum Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern zustimmen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Ich schließe die Aussprache und wir stimmen direkt über den Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 6/6652 in zweiter Beratung ab. Wer dem Gesetzentwurf zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind alle Fraktionen des Hauses. Gegenstimmen? Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? Sehe ich auch keine. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf die Zustimmung gibt, den bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. Das sind alle Fraktionen des Hauses. Gegenstimmen? Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? Die sehe ich auch nicht. Damit ist der Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung angenommen.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt und die heutige Plenarsitzung und möchte noch mal auf den parlamentarischen Abend hinweisen, der um 19.00 Uhr beginnt.

Ende: 18.03 Uhr